DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

202/203 | 18. JAHRGANG | Juli/August 2001 | 8,00 DM / 4,00 Euro

AUS DEM INHALT:

ÖKOBANK AM ENDE

Mit dem vorgeschlagenen Konzept zur Ausgliederung des Bankgeschäftes an die »Bank Aktiengesellschaft Hamm« (BAG Hamm), dem die VertreterInnenversammlung der Ökobank am 30.6.2001 noch zustimmen muss, wird ein umstrittenes Projekt der »Alternativszene« nun endgültig zu Grabe getragen. Seite 3

VIRTUELLE GENOSSENSCHAFT

Die Idee dieser in Gründung befindlichen ersten virtuellen Genossenschaft ist, Kunden und Mitarbeiter zu Gesellschaftern zu machen, um damit den Gedanken von Opensource mit einer wirtschaftlich tragfähigen Lösung zu verbinden. Seite 2

GÖTEBORG

Tagungsorte werden mit hohen Zäunen abgeriegelt und gesichert (Quebec) oder auf ein Schiff verlegt (G8-Gipfel in Genua), das »Schengener Abkommen« wird vorübergehend außer Kraft gesetzt und Grenzen werden dicht gemacht (Österreich und Italien), Politiker fliehen über die Feuerleiter ihres Hotels und müssen ihr Gepäck zurück lassen (Göteborg) und das geplante IWF-Treffen in Barcelona wurde gleich ganz gestrichen. Schuld daran, so Politiker und Medien, seien herumreisende Horden von »Krawallmachern«. Na ja...
Eine etwas andere Sichtweise über die Ereignisse rund um den EU-Gipfel in Göteborg von der Antifa aus Stockholm auf Seite 3.

WELTKLIMAKONFERENZ

Ein UN-Gremium hat errechnet, dass eine CO_2-Reduktion von 60% notwendig wäre, um das globale Klima zu stabilisieren. Um lächerliche 5,2% Reduktion streiten sich im diesjährigen »Sommertheater« vom 16. bis 27. Juli 2001 die Nationen in Bonn. Alternative Sichten, Pro und Contra »Kyoto« und geplante Aktionen auf Seite 4/5.

SOZIALGENOSSENSCHAFTEN

Sozialgenossenschaften können spannende Modelle für die Zukunft sein. Zwei dieser Projekte, die Berliner »Dienstleistungen e.G. und die Trierer Wohnungsgenossenschaft, die sich einen zusätzlichen Förderauftrag gegeben hat, stellen wir in dieser Ausgabe vor. Dass am Abbau von Benachteiligungen für Sozialgenossenschaften dringender Bedarf besteht, darin waren sich die Beteiligten in einem Fachgespräch einig, zu dem die »Arbeitsgemeinschaft Drittes System« eingeladen hatte. Mit diesem Thema beschäftigt sich auch eine Tagung unter dem Titel »Sozialgenossenschaften – Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichen Engagement und Arbeitsformen der Zukunft«, die Mitte September 2001 in Frankfurt/Main stattfindet. Seite 11 bis 13

www.contraste.org

Oekonux – Ökonomie & GNU/Linux

»Die Freie Gesellschaft erfinden«

Unter diesem Motto fand vom 28.-30.4. in Dortmund die erste Oekonux-Konferenz statt. Rund 180 Menschen von 14 bis 71 fragten sich, ob und wenn ja, wie es möglich sei, die Ideen der Freien Software auf andere Bereiche der Gesellschaft auszudehnen.
30 ReferentInnen boten ein breites Themenspektrum von Kultur, Wissenschaft, freier Soft- und Hardware bis zu theoretischen und praktischen Fragen der Politik. Die Konferenz wurde vollständig virtuell organisiert, die meisten OrganisatorInnen sahen sich in Dortmund zum ersten Mal. Von Anfang an waren die ReferentInnen in die selbstorganisierte Struktur eingebunden wie sie sonst in der freien Softwarebewegung praktiziert wird. Diese Anlage der Konferenz als »Prozess« denn als fertiges »Produkt« begeisterte TeilnehmerInnen wie ReferentInnen. Alle hoben die große Offenheit hervor. Ohne Vorbehalte konnten Fragen wie »Kann es eine Gesellschaft ohne Markt und Geld geben?« oder »Ist die Rede von einer Keimform einer neuen Gesellschaft nicht bloßer Wunschtraum?« diskutiert werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Benni Bärmann ● Inzwischen haben ja viele schon mal was von dem Phänomen »Linux« bzw. Freier Software gehört. Jedoch wissen die wenigsten, wie es *dazu kam, dass Tausende dazu übergegangen sind,* die Software, die ihre Computer benötigen, nicht *mehr* zu kaufen, sondern gemeinsam selbst herzustellen und das Ergebnis frei zur Verfügung zu stellen. In den Anfangstagen der Computerei war Software keine eigenständige Ware, sondern etwas, was man dazu bekam, wenn man einen Computer kaufte oder etwas, was teure Spezialisten für die eigenen Bedürfnisse maßgeschneidert herstellten. Erst in den 80'er Jahren parallel zur beginnenden massenhaften Verbreitung von Computern wurde damit begonnen, Software als eigenständige Ware zu handeln. Die Verfügungsmacht wird bei der Ware »Software« sogar noch weiter eingeschränkt, als das bei anderen Waren der Fall ist. Wenn ich ein Auto einmal gekauft habe, kann ich damit tun, was ich will. Software kauft man jedoch meist nicht, sondern »lizensiert« sie nur, was mit vielfältigen Einschränkungen verbunden ist. Die Freie-Software-Bewegung ist eine Reaktion darauf, da es vielen damals widersinnig erschien, etwas, das man kostenfrei kopieren kann, zur Ware zu machen.

Seit fast zwei Jahren gibt es nun die Mailingliste »Oekonux«, die sich mit den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Fragen, die im Zusammenhang mit dieser Bewegung auftreten, beschäftigen. Sie organisierte auch die Konferenz, auf der Projekte vorgestellt wurden, die versuchen, Prinzipien freier Softwareentwicklung auch auf ihre Bereiche zu übertragen – von freien Hardware-Entwürfen (Freedom-CPU: www.f-cpu.org), Enzyclopädien (Enz. Aperta: www.opentheory.org/enzyklopaedie) oder selbst Autos (OSCar www.theoscarproject.org). Es wurde die Entwicklung der Produktivkräfte untersucht und Beziehungen zwischen Kritik und Widerstand betrachtet.

Die Teilnehmer kamen dabei aus einem sehr breiten politischen Spektrum. Da waren Traditionsmarxisten ebenso vertreten wie Postmoderne, Reformisten, oder Marktwirtschaftler. Daneben gab es viele Leute, die eher einen technischen Zugang zum Thema hatten. Auf der Mailingliste reden diese Leute mit den unterschiedlichsten Ansätzen schon seit einiger Zeit durchaus sehr produktiv miteinander. Auch auf dem Kongress hat das erstaunlich gut geklappt. Die Offenheit der Diskussionen, die Verständigung möglich machte, aber auch Auseinandersetzungen verdeutlichte, wurde von vielen Beteiligten gelobt.

Ich beteilige mich selbst nun auch seit geraumer Zeit an der Mailingliste und will kurz versuchen, ein paar typische Positionen zu umreißen, die dort vertreten werden und die auch auf dem Kongress vielfach die Diskussionen bestimmten. Die sicher nach Außen hin bekannteste »Fraktion« wird meist als »Keimformanhänger« bezeichnet. Sie vertreten die Auffassung, dass freie Software und die Art wie sie produziert wird innerhalb des Kapitalismus eine Keimform einer neuen Gesellschaft sei. Der Begriff der »Keimform« hat dabei schon zu vielen Missverständnissen geführt. Hier vielleicht nur soviel: Es geht weder um einen platten Technikdeterminismus noch ist eine Keimform einfach etwas, das nur immer mehr wachsen braucht, um dann den Kapitalismus einfach einzusaugen.

In der Analyse der Keimformanhänger ist die Produktivkraftentwicklung an einem Punkt angekommen, wo die Selbstentfaltung der Individuen zum wichtigen Faktor wird. Verwertung widerspricht aber der Selbstentfaltung und aus diesem Widerspruch entsteht die Keimform. Darin besteht meiner Meinung nach eine Ähnlichkeit zu den Postoperaisten wie Negri, etc., die ja auch im Übergang zum Postfordismus solche emanzipativen Momente entdeckt haben. Andere theoretische Bezüge bestehen zu den Thesen der Gruppe Krisis (www.krisis.org) rund um Robert Kurz.

Fortsetzung auf Seite 6

SCHWERPUNKTTHEMA

Nehmen statt Kaufen Seite 6/7
Die etwas andere alternative Ökonomie Seite 7/8
Klicks in die Freiheit Seite 9

D 8008

Einladung: Workshop zu alternativen Lebens- und Arbeitsprojekten

Neue Arbeit – Neue Ökonomie

Man kann ja doch nichts ändern – wie oft haben wir schon diesen Spruch gehört oder selbst getan? Unser tägliches Erleben in der Erwerbs»arbeitswelt« scheint diese Erfahrung zu bestätigen und ständig zu verfestigen. Ein Grundgefühl, der Allgewalt des sich global gebärdenden Kapitals ausgeliefert zu sein, sich bestenfalls in einige Nischen ducken zu können bestimmt offenbar unser Weltempfinden.
Auch die Arbeitsverhältnisse, folgen grundlegend den Mustern profitorientierter Konkurrenzökonomie. Sitzen wir alle in diesem Zug, der nunmehr ungebremst auf den Abgrund zurast?

Hilmar Kunath, Red. Hamburg ● Jedoch gibt es immerhin einige Gruppen und Einzelne, die sich ab einem gewissen Punkt dieser Logik entziehen...

Wir haben in verschieden Städten begonnen, als praktische Projektgemeinschaften einen Ablösungsprozess von der zunächst allgewaltig scheinenden Abhängigkeit von dieser Erwerbsarbeit zu entwickeln. Durch bewusstes, direktes Arbeiten füreinander und Fördern von Gemeinschaftsbesitz können wir allmählich die »allgemeine Verrücktheit« des Tanzes um das goldene Kalb, also des alles überschwemmenden Wertbewusstseins, besser erkennen und spüren: »Neue Arbeit« ist für uns eine Öffnung zu selbstbestimmteren Arbeitsarten, jeweils konkret nützliche Arbeit, Gemeinschaftsarbeit.

»Neue Arbeit« ist nur ein Schlagwort, wenn – wie in vielen sog. Beschäftigungsprojekten – der alte Wein kapitalistischer Lohnarbeit in diesen neuen Schläuchen auf den Markt kommt und damit Arbeitslose in Abhängigkeit bleiben und als Gnadenbrotempfänger auf dem zweiten oder dritten Arbeitsmarkt diskriminiert sind. »Neue Arbeit« ist letztlich nur realistisch gestaltbar, wenn ihre Basis auch eine andere Ökonomie ist – so lautet die Kernthese der Tagung in Dresden (14. bis 16. September 2001), die wir vor allem in vier Arbeitsgruppen diskutieren werden.

Dabei stehen die Ansätze, Erfahrungen und Vorhaben von Projekten im Mittelpunkt, die solche Wege beschreiten. Damit wollen wir den Austausch zwischen diesen Projekten fördern und TeilnehmerInnen ermutigen, selbst in ihren Orten aktiv zu werden. Wir können viel mehr erreichen, wenn wir die Ansätze alternativer Ökonomien mit ihren »Erfolgen« und Schwierigkeiten wahrnehmen und uns etwas mehr zutrauen! Insofern soll die Tagung nicht nur »vernetzen«, sondern vor allem auch streuen, anregen zu neuen Versuchen und zur Solidarisierung ...●

Es laden herzlich ein:
- GALA Ganzheitliche Arbeits- & LebensAkademie Dresden
- workstation. Ideenwerkstatt Berlin e.V.
- Arbeitskreis Lokale Ökonomie e.V., Hamburg – Sozialistische Selbsthilfe Mühlheim, Köln

Weitere Infos und Anmeldungen:
Uta Knischewski –Telefon: (03 51) 802 99 23
Peter Müller – Telefon: (03 51) 802 76 56
Carsten Ungewitter – Telefon: (03 51) 810 60 63

DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

202/203 | 18. JAHRGANG | Juli/August 2001 | 8,00 DM / 4,00 Euro

AUS DEM INHALT:

ÖKOBANK AM ENDE

Mit dem vorgeschlagenen Konzept zur Ausgliederung des Bankgeschäftes an die »Bank Aktiengesellschaft Hamm« (BAG Hamm), dem die VertreterInnenversammlung der Ökobank am 30.6.2001 noch zustimmen muss, wird ein umstrittenes Projekt der »Alternativszene« nun endgültig zu Grabe getragen. Seite 3

VIRTUELLE GENOSSENSCHAFT

Die Idee dieser in Gründung befindlichen ersten virtuellen Genossenschaft ist, Kunden und Mitarbeiter zu Gesellschaftern zu machen, um damit den Gedanken von Opensource mit einer wirtschaftlich tragfähigen Lösung zu verbinden. Seite 2

GÖTEBORG

Tagungsorte werden mit hohen Zäunen abgeriegelt und gesichert (Quebec) oder auf ein Schiff verlegt (G8-Gipfel in Genua), das »Schengener Abkommen« wird vorübergehend außer Kraft gesetzt und Grenzen werden dicht gemacht (Österreich und Italien), Politiker fliehen über die Feuerleiter ihres Hotels und müssen ihr Gepäck zurück lassen (Göteborg) und das geplante IWF-Treffen in Barcelona wurde gleich ganz gestrichen. Schuld daran, so Politiker und Medien, seien herumreisende Horden von »Krawallmachern«. Na ja...
Eine etwas andere Sichtweise über die Ereignisse rund um den EU-Gipfel in Göteborg von der Antifa aus Stockholm auf Seite 3.

WELTKLIMAKONFERENZ

Ein UN-Gremium hat errechnet, dass eine CO_2-Reduktion von 60% notwendig wäre, um das globale Klima zu stabilisieren. Um lächerliche 5,2% Reduktion streiten sich im diesjährigen »Sommertheater« vom 16. bis 27. Juli 2001 die Nationen in Bonn. Alternative Sichten, Pro und Contra »Kyoto« und geplante Aktionen auf Seite 4/5.

SOZIALGENOSSENSCHAFTEN

Sozialgenossenschaften können spannende Modelle für die Zukunft sein. Zwei dieser Projekte, die Berliner »Dienstleistungen e.G. und die Trierer Wohnungsgenossenschaft, die sich einen zusätzlichen Förderauftrag gegeben hat, stellen wir in dieser Ausgabe vor. Dass am Abbau von Benachteiligungen für Sozialgenossenschaften dringender Bedarf besteht, darin waren sich die Beteiligten in einem Fachgespräch einig, zu dem die »Arbeitsgemeinschaft Drittes System« eingeladen hatte. Mit diesem Thema beschäftigt sich auch eine Tagung unter dem Titel »Sozialgenossenschaften – Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichen Engagement und Arbeitsformen der Zukunft«, die Mitte September 2001 in Frankfurt/Main stattfindet. Seite 11 bis 13

www.contraste.org

Oekonux – Ökonomie & GNU/Linux

»Die Freie Gesellschaft erfinden«

Unter diesem Motto fand vom 28.-30.4. in Dortmund die erste Oekonux-Konferenz statt. Rund 180 Menschen von 14 bis 71 fragten sich, ob und wenn ja, wie es möglich sei, die Ideen der Freien Software auf andere Bereiche der Gesellschaft auszudehnen.
30 ReferentInnen boten ein breites Themenspektrum von Kultur, Wissenschaft, freier Soft- und Hardware bis zu theoretischen und praktischen Fragen der Politik. Die Konferenz wurde vollständig virtuell organisiert, die meisten OrganisatorInnen sahen sich in Dortmund zum ersten Mal. Von Anfang an waren die ReferentInnen in die selbstorganisierte Struktur eingebunden wie sie sonst in der freien Softwarebewegung praktiziert wird. Diese Anlage der Konferenz als »Prozess« denn als fertiges »Produkt« begeisterte TeilnehmerInnen wie ReferentInnen. Alle hoben die große Offenheit hervor. Ohne Vorbehalte konnten Fragen wie »Kann es eine Gesellschaft ohne Markt und Geld geben?« oder »Ist die Rede von einer Keimform einer neuen Gesellschaft nicht bloßer Wunschtraum?« diskutiert werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Benni Bärmann ● Inzwischen haben ja viele schon mal was von dem Phänomen »Linux« bzw. Freier Software gehört. Jedoch wissen die wenigsten, wie es *dazu kam, dass Tausende dazu übergegangen sind,* die Software, die ihre Computer benötigen, nicht *mehr* zu kaufen, sondern gemeinsam selbst herzustellen und das Ergebnis frei zur Verfügung zu stellen. In den Anfangstagen der Computerei war Software keine eigenständige Ware, sondern etwas, was man dazu bekam, wenn man einen Computer kaufte oder etwas, was teure Spezialisten für die eigenen Bedürfnisse maßgeschneidert herstellten. Erst in den 80'er Jahren parallel zur beginnenden massenhaften Verbreitung von Computern wurde damit begonnen, Software als eigenständige Ware zu handeln. Die Verfügungsmacht wird bei der Ware »Software« sogar noch weiter eingeschränkt, als das bei anderen Waren der Fall ist. Wenn ich ein Auto einmal gekauft habe, kann ich damit tun, was ich will. Software kauft man jedoch meist nicht, sondern »lizensiert« sie nur, was mit vielfältigen Einschränkungen verbunden ist. Die Freie-Software-Bewegung ist eine Reaktion darauf, da es vielen damals widersinnig erschien, etwas, das man kostenfrei kopieren kann, zur Ware zu machen.

Seit fast zwei Jahren gibt es nun die Mailingliste »Oekonux«, die sich mit den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Fragen, die im Zusammenhang mit dieser Bewegung auftreten, beschäftigen. Sie organisierte auch die Konferenz, auf der Projekte vorgestellt wurden, die versuchen, Prinzipien freier Softwareentwicklung auch auf ihre Bereiche zu übertragen – von freien Hardware-Entwürfen (Freedom-CPU: www.f-cpu.org), Enzyclopädien (Enz. Aperta: www.opentheory.org/enzyklopaedie) oder selbst Autos (OSCar www.theoscarproject.org). Es wurde die Entwicklung der Produktivkräfte untersucht und Beziehungen zwischen Kritik und Widerstand betrachtet.

Die Teilnehmer kamen dabei aus einem sehr breiten politischen Spektrum. Da waren Traditionsmarxisten ebenso vertreten wie Postmoderne, Reformisten, oder Marktwirtschaftler. Daneben gab es viele Leute, die eher einen technischen Zugang zum Thema hatten. Auf der Mailingliste reden diese Leute mit den unterschiedlichsten Ansätzen schon seit einiger Zeit durchaus sehr produktiv miteinander. Auch auf dem Kongress hat das erstaunlich gut geklappt. Die Offenheit der Diskussionen, die Verständigung möglich machte, aber auch Auseinandersetzungen verdeutlichte, wurde von vielen Beteiligten gelobt.

Ich beteilige mich selbst nun auch seit geraumer Zeit an der Mailingliste und will kurz versuchen, ein paar typische Positionen zu umreißen, die dort vertreten werden und die auch auf dem Kongress vielfach die Diskussionen bestimmten. Die sicher nach Außen hin bekannteste »Fraktion« wird meist als »Keimformanhänger« bezeichnet. Sie vertreten die Auffassung, dass freie Software und die Art wie sie produziert wird innerhalb des Kapitalismus eine Keimform einer neuen Gesellschaft sei. Der Begriff der »Keimform« hat dabei schon zu vielen Missverständnissen geführt. Hier vielleicht nur soviel: Es geht weder um einen platten Technikdeterminismus noch ist eine Keimform einfach etwas, das nur immer mehr wachsen braucht, um dann den Kapitalismus einfach einzusaugen.

In der Analyse der Keimformanhänger ist die Produktivkraftentwicklung an einem Punkt angekommen, wo die Selbstentfaltung der Individuen zum wichtigen Faktor wird. Verwertung widerspricht aber der Selbstentfaltung und aus diesem Widerspruch entsteht die Keimform. Darin besteht meiner Meinung nach eine Ähnlichkeit zu den Postoperaisten wie Negri, etc., die ja auch im Übergang zum Postfordismus solche emanzipativen Momente entdeckt haben. Andere theoretische Bezüge bestehen zu den Thesen der Gruppe Krisis (www.krisis.org) rund um Robert Kurz.

Fortsetzung auf Seite 6

SCHWERPUNKTTHEMA

Nehmen statt Kaufen Seite 6/7
Die etwas andere alternative Ökonomie Seite 7/8
Klicks in die Freiheit Seite 9

D 8008

Einladung: Workshop zu alternativen Lebens- und Arbeitsprojekten

Neue Arbeit – Neue Ökonomie

Man kann ja doch nichts ändern – wie oft haben wir schon diesen Spruch gehört oder selbst getan? Unser tägliches Erleben in der Erwerbs»arbeitswelt« scheint diese Erfahrung zu bestätigen und ständig zu verfestigen. Ein Grundgefühl, der Allgewalt des sich global gebärdenden Kapitals ausgeliefert zu sein, sich bestenfalls in einige Nischen ducken zu können bestimmt offenbar unser Weltempfinden.
Auch die Arbeitsverhältnisse, folgen grundlegend den Mustern profitorientierter Konkurrenzökonomie. Sitzen wir alle in diesem Zug, der nunmehr ungebremst auf den Abgrund zurast?

Hilmar Kunath, Red. Hamburg ● Jedoch gibt es immerhin einige Gruppen und Einzelne, die sich ab einem gewissen Punkt dieser Logik entziehen...

Wir haben in verschieden Städten begonnen, als praktische Projektgemeinschaften einen Ablösungsprozess von der zunächst allgewaltig scheinenden Abhängigkeit von dieser Erwerbsarbeit zu entwickeln. Durch bewusstes, direktes Arbeiten füreinander und Fördern von Gemeinschaftsbesitz können wir allmählich die »allgemeine Verrücktheit« des Tanzes um das goldene Kalb, also des alles überschwemmenden Wertbewusstseins, besser erkennen und spüren: »Neue Arbeit« ist für uns eine Öffnung zu selbstbestimmteren Arbeitsarten, jeweils konkret nützliche Arbeit, Gemeinschaftsarbeit.

»Neue Arbeit« ist nur ein Schlagwort, wenn – wie in vielen sog. Beschäftigungsprojekten – der alte Wein kapitalistischer Lohnarbeit in diesen neuen Schläuchen auf den Markt kommt und damit Arbeitslose in Abhängigkeit bleiben und als Gnadenbrotempfänger auf dem zweiten oder dritten Arbeitsmarkt diskriminiert sind. »Neue Arbeit« ist letztlich nur realistisch gestaltbar, wenn ihre Basis auch eine andere Ökonomie ist – so lautet die Kernthese der Tagung in Dresden (14. bis 16. September 2001), die wir vor allem in vier Arbeitsgruppen diskutieren werden.

Dabei stehen die Ansätze, Erfahrungen und Vorhaben von Projekten im Mittelpunkt, die solche Wege beschreiten. Damit wollen wir den Austausch zwischen diesen Projekten fördern und TeilnehmerInnen ermutigen, selbst in ihren Orten aktiv zu werden. Wir können viel mehr erreichen, wenn wir die Ansätze alternativer Ökonomien mit ihren »Erfolgen« und Schwierigkeiten wahrnehmen und uns etwas mehr zutrauen! Insofern soll die Tagung nicht nur »vernetzen«, sondern vor allem auch streuen, anregen zu neuen Versuchen und zur Solidarisierung ...●

Es laden herzlich ein:
- GALA Ganzheitliche Arbeits- & LebensAkademie Dresden
- workstation. Ideenwerkstatt Berlin e.V.
- Arbeitskreis Lokale Ökonomie e.V., Hamburg – Sozialistische Selbsthilfe Mühlheim, Köln

Weitere Infos und Anmeldungen:
Uta Knischewski –Telefon: (03 51) 802 99 23
Peter Müller – Telefon: (03 51) 802 76 56
Carsten Ungewitter – Telefon: (03 51) 810 60 63

indymedia.de

Jetzt auch in der BRD am Start

Seit dem 16. März 2001 ist das weltweite unabhängige Medienzentrum nun auch in deutscher Sprache unter http://de.indymedia.org online. indymedia ist ein demokratisches, kollektiv geführtes Internet-Medienprojekt. germany.indymedia.org ist Teil des internationalen und nicht-kommerziellen Nachrichtennetzwerkes www.indymedia.org.

Redaktion Heidelberg ● indymedia entstand anlässlich und als Teil der weltweiten Proteste gegen die kapitalistische Globalisierung und die verheerenden Folgen der neoliberalen Politik. Dieser Widerstand hat viele Gesichter: der Kampf der Zapatistas in Mexiko, die Bewegung der Landlosen in Brasilien, Proteste gegen Staudammprojekte in Indien und Spanien, die internationalen Karawanen gegen die Festung Europa und gegen die rassistische Diskriminierung von AusländerInnen, sowie nicht zuletzt die durch all diese Bewegungen inspirierten weltweiten Aktionstage.

Zur Tagung der Welthandelsorganisation (WTO) im November 1999 in Seattle trat indymedia das erste Mal auf die Bühne und lieferte eine aktuelle und radikale Berichterstattung über die Proteste und deren Hintergründe.

Bei indymedia berichteten die AktivistInnen vor Ort selbst über ihre Sicht der Dinge. Über einen Webbrowser können alle, die einen Internet-Zugang haben, ihre Texte, Fotos, Videos und Audio-Dateien direkt bei indymedia veröffentlichen.

Dieses Konzept der Nachrichten »von unten für unten« schaltet Medienkonzerne, Presseagenturen und alle, die an deren Tropf hängen, aus. Dies ist eine radikaldemokratische Nutzung der Medien, bei der die Menschen, die von Machenschaften von Weltbank und IWF betroffen sind, ihre Medien selbst inhaltlich gestalten und wodurch der Unterschied zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen von Informationen aufgehoben wird. Die Idee ist gut und hat sich rasant ausgebreitet. In den eineinhalb Jahren seit Seattle sind über 50 Independent Media Centers (IMC) rund um den Globus entstanden. Das ist die Art von Globalisierung, die wir wollen: Die weltweite Vernetzung von Menschen und emanzipatorischen, basisdemokratischen Bewegungen.

Als erste große Kampagne hat indymedia die Proteste gegen die Castor-Transporte nach Gorleben medial unterstützt und sich hervorragend bewährt. Auch für weitere Mobilisierungskampagnen und Berichterstattung kann auf indymedia gesetzt werden. Indymedia lädt alle Menschen ein, sich auf ihren Seiten zu informieren und mitzumachen.●

http://de.indymedia.org
Mailingliste: imc-germany@lists.indymedia.org

Internet-Zeitung »ngo-Online«

Uwe Förster ● »Hofberichterstattung« für Non Governmental Organizations (NGO) werde es nicht geben, sagt Henrik Paulitz, Initiator der Internet-Zeitung »ngo-online«. Doch »ein Stück weit bevorzugt« würden sie schon, weil sie in vielen anderen Medien vernachlässigt würden. Die Online-Zeitung aus Heidelberg, die Ende Mai ins Netz gegangen ist, will insbesondere Positionen von Nicht-Regierungsorganisationen zur Diskussion stellen und als Plattform der Auseinandersetzung dienen.

Ein Jahr Vorbereitungszeit hat sich Paulitz genommen, um sein Projekt zu realisieren. Jetzt stellt er zusammen mit drei Kollegen, die entweder auf Honorarbasis oder ehrenamtlich für »ngo-online« tätig sind, und mit Hilfe von ddp-Meldungen täglich insgesamt 20 Nachrichten aus unterschiedlichsten Gebieten auf die Site. Über die Summen, die das Projekt verschlingt, schweigt sich Paulitz aus, macht aber aus den Förderern keinen Hehl. Zu denen zählen die Vereine »Bund für Umweltschutz und Naturschutz Deutschland« (BUND) und »Eurosolar«. Paulitz selbst verdient sich seine Brötchen als Fachreferent für Atomenergie bei der Organisation »Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs« (IPPNW).

Die Zeitung (www.ngo-online.de), die noch im Aufbau ist, strebt eine Moderatorenrolle im »Wettstreit der Fakten und Argumente« an.●

Aus: PRREPORT, 1.6.2001

AKTION 2001

Gegenöffentlichkeit...

... herzustellen, ist keine leichte Aufgabe, erst recht nicht im Zeitalter der Neuen Medien. Die Nachrichtenflut über Printmedien, TV und Internet überschwemmt mensch mit Informationen, jedoch mit sehr einseitigen, die nur den Herrschenden dienen. Diese haben nur ein Ziel, mensch vorzugaukeln, dass mensch in einer glücklichen und reichen Gesellschaft lebt und das die Industriestaaten alle auftretenden Probleme in den Griff bekommen, wenn nur Umsätze und Profite stimmen. Unser kleines Zeitungsprojekt versucht – im Rahmen seine bescheidenen Möglichkeiten – diesen einseitigen Darstellungen Gegenöffentlichkeit, Wahrheiten, Utopien und neue Gesellschaftsentwürfe entgegenzustellen.

Um diesen Anspruch auch weiterhin umzusetzen, benötigt unser Zeitungsprojekt Unterstützung durch seine LeserInnen und Mitglieder im CONTRASTE e.V. Im letzten Monat verwiesen wir auf die gestiegenen Papierkosten, die unsere Druckkosten um ca. 2.000 DM in diesem Jahr erhöhen. Unsere Freude war groß, als durch eine weitere Spende diese Belastung abgedeckt wurde.

Sorgen machen uns die sich in letzter Zeit häufenden »unzustellbaren« Abos durch Umzug. Zeitungen werden von der Post nicht nachgeschickt und wenn auf dem Nachsendeantrag an die Post das Kästchen mit der »Adressenweitergabe an Andere« angekreuzt wird, erfahren wir Eure neue Anschrift nicht. Besser ist es, wenn Ihr uns Eure neue Anschrift rechtzeitig mitteilt.

Unsere aktuelle Monatstatistik:

Drei Abos und eine Fördermitgliedschaft wurden gekündigt, zwei weitere Abos und ein Fördermitglied sind »unbekannt verzogen«. Das ergibt im Monat Juni einen Verlust von **670 DM**.
Vier neue Abos konnten eingerichtet werden.
Bereinigt ergibt das einen Verlust von **350 DM**.
Folgende Spenden gingen auf unserem Spendenkonto ein:

- Aspirina D7 (2.000 DM)
- Hubertus Selent, Bremen (10 DM)
- Petra Milhoffer, Bremen (30 DM)

Zusammen mit dem bisherigen Überschuss 2001 verbleibt uns ein Finanzpolster von **2.722 DM**. Nach Abzug der um 2.000 DM gestiegenen Druckkosten für dieses Jahr verbleibt ein Betrag von **+ 722 DM**.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen SpenderInnen, neuen und alten Fördermitgliedern!

Wir hoffen weiterhin auf Neuabos, weitere Fördermitgliedschaften und Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!) und werden in der nächsten Ausgabe wieder über den neuesten Stand berichten.●

dp

Hostsharing eG Hamburg – www.hostsharing.net

Opensource auf Webhosting übertragen

Hostsharing als eingetragene Genossenschaft überträgt den Gedanken von Opensource auf Webhostingdienstleistungen. In der Tradition von Opensource ermöglicht Hostsharing eG Webhosting im Stile offener Kommunikation und damit Sicherheit für den Nutzer in technischen, organisatorischen und finanziellen Fragen. Hostsharing eG ist die erste virtuelle Genossenschaft für Webhostingdienstleistungen in Deutschland. Der Nutzer ist sein eigener Hoster.

Michael Hönnig, Hamburg ● Die Hostsharing eG bietet eine Alternative zu gewöhnlichen Hostern durch das im Genossenschaftsgesetz und in der Satzung verankerte Mitbestimmungsrecht. Die Idee von Hostsharing eG ist, die Kunden und Mitarbeiter zu Gesellschaftern zu machen und damit den Gedanken von Opensource mit einer Wirtschaftlich tragfähigen Lösung zu verbinden.

Die Unternehmensform einer Genossenschaft ermöglicht das gesetzlich festgelegte Mitbestimmungsrecht der Gesellschafter auf OpenSource zu übertragen, die verabschiedete Satzung sichert einen Know-how Austausch der Mitglieder ab und ermöglicht die Errichtung der ersten virtuellen Genossenschaft in Deutschland.

Die Wirtschaftlichkeit wird durch gemeinsame Anschaffung der benötigten Hardware und Dienstleistungen erreicht. Statt einer undurchsichtigen Mischkalkulation zahlt der Gesellschafter weitestgehend genau nur für tatsächlich in Anspruch genommene Leistungen.

Das Kapital wird durch die Gesellschafter selbst in Form der Geschäftsanteile aufgebracht. Eine für die Genossenschaft kostenträchtige Aufnahme von Fremdkapital mit den entsprechenden Risiken und Verpflichtungen besteht nicht. Hostsharing eG nutzt zur Umsetzung seiner Dienstleistungen Software aus dem Open Source Bereich oder eigene Entwicklungen, die einer Open-Source-Software-Lizenz unterliegen. Ausgaben für kostspielige Softwarelizenzen entfallen somit.

Hostsharing eG bietet Unix-Hosting, Domainsservices, Webhosting Pakete, Virtual Server und Application Services an. Als Application Services, werden z.B. in naher Zukunft CVS-Server und Content-Management-Systeme angeboten. Hostsharing eG betreibt kein Geschäft mit Nichtmitgliedern, dies ist nur zu Werbezwecken möglich. Allerdings können Mitglieder ihre Webhostingpakete auch gewerblich nutzen oder weiter vermieten.

Hostsharing eG ist eine interessante Alternative für professionelle Selbstnutzer mit besonderen Anforderungen, für kleine Provider, die für ihren Kunden eine flexible Plattform für ihre Internetpräsenz und ungewöhnliche Dienstleistungen benötigen (z.B. CVS-Server, Koordiniert Änderungen an Dokumenten, für Entwickler) und auch für private Anwender, die experimentieren möchten oder etwas über Hosting lernen wollen.

Zur Zeit können verschiedene Hosting-Pakete von Mitgliedern gebucht werden, diese bieten weitreichende Möglichkeiten zur eigenen Konfiguration und gute Voraussetzungen für den Aufbau dynamischer Webseiten, z.B. php-4.0.5 und sablotron (PHP, ist eine Sprache zur Erstellung von dynamischen Webseiten und sablotron ermöglicht die Ausführung von Scripten um z.B. XML Formate in andere zu übertragen). Hostsharing ist kein Komplettanbieter, jedes Mitglied übernimmt für seine eigenen Webhosting-Pakete eine höhere Verantwortung, als es bei konventionellen Hostern üblich ist. Das Mitglied ist nicht nur Kunde, sondern auch sein eigener Hoster!●

Kontakt:
Michael Hönnig, Boytinstr. 10, D-22143 Hamburg,
Tel. (0 40) 23 64 69 10, Fax 67 58 14 26
www.hostsharing.net

Kurt's Surf-Center

... monatlich die heißesten Surftipps aus dem Internet

»Webhosting« ist in. Immer mehr Menschen, Projekte und Unternehmen setzen ihre Ideen und Anliegen ins Web. Gefragt sind also Dienste, die ihre Webs oder zumindest die Namen ihrer »Domain« (z.B. www.Name.de) hosten. Wer nun z.B. auf der www.suedschiene.de (meiner eigenen Homepage) rauf und runtersurft oder sich in die www.contraste.org einklickt, stöbert also in Wirklichkeit in den Weiten eines gigantischen Rechenzentrums in Karlsruhe (und nicht auf meinem Computer) herum oder hat Kontakt zum Politwebhoster NADIR in Hamburg, der neben vielen anderen Politadressen auch CONTRASTE beherbergt.

Ende März und Anfang April dachten fast 1 Million deutschsprachige Webmaster mit fast 2 Millionen solcher Webangebote erst an einen schlechten Aprilscherz, als ihr mühsam erarbeitetes Projekt im Netz (also etwa ein e-shop, eine Service-Seite oder ein distance-learning-Angebot) mit einenmal nicht mehr erreichbar war. Aber dann wurde es traurige Gewissheit: der größte Kommunikations-Gau in der bisherige Geschichte des deutschsprachigen Webs nahm seinen Lauf. Das Superduper-Rechenzentrum des Marktführers Strato mit ca. 1 Drittel aller deutschen Adressen war zusammengebrochen und musste in mehr als einwöchiger Arbeit wieder hochgefahren werden. Noch schlimmer – bei den Datensicherungen war auch noch geschlampt werden, so dass nicht alles rekonstruiert werden konnte.

In der schönen neuen Ökonomie gibt es eben nicht nur Spekulationsblasen, die wie Seifenblasen platzen, sondern auch Technik-Gaus, die das Internet teilweise lahm legen können und denen Internet-Projekte fassungs- und wirkungslos gegenüberstehen. Oder geht es auch anders?

Der Traum einer Alternativen Technologie- und Entwicklungsvernetzungsgenossenschaft (ATEV e.G.) stand ja nun schon vor fast 10 Jahren in dieser Zeitung und ist nach ARIES (www.aries.de), Netz (www.netz-bund.de) und was alles daraus geworden ist, längst ausgeträumt.

Die Hamburger Mädels und Jungs waren da fixer. Die haben nicht nur eine überzeugende Antwort auf vermaledeite Supertechnikgaus, sondern bieten mit allerlei Technikzeug, die open-source-Anwendungen zur vielfältigen ökonomischen Nutzung (php etc.) heranführen, auch Webhosting-Werkzeug vom Feinsten: es geht um eine sich derzeit eintragende Genossenschaft (www.hostsharing.net), die diesmal mein Surftipp des Monats ist.

Und weil jetzt Linux-Tage sind und unser Schwerpunkt von Oekonux.de ist, dachte ich, wir ermöglichen ihnen ihre Selbstdarstellung gleich neben meinem Surftipp. Schließlich endet diese für CONTRASTE geschriebene Presseerklärung so süffisant mit den Worten: hier ist der Kunde wirklich auch der eigene Hoster. Und wenn nun tatsächlich einmal ein paar Stunden mehr downtime angesagt sind als bei dem Umzug vom hostsharing-net Mitte Mai, dann haben die Betroffenen es einfach genossenschaftlich mitzuverantworten.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Analyse der Ereignisse rund um den EU-Gipfel in Göteborg

Drei Tage, die Europa schadeten

Eine erste politische Analyse der Ereignisse rund um den EU-Gipfel in Göteborg von der Antifa in Stockholm. Der Text erschien am 19.6. im schwedischen linken Webportal www.motkraft.net, die Übersetzung ist alles andere als fehlerfrei und erfolgte spontan nach bestem Wissen.

Wir hätten niemals gedacht, dass die Proteste in Göteborg so sein würden. Die Ereignisse haben das Establishment – Medien, Polizei und PolitikerInnen – in einen Schockzustand versetzt. Und Schock ist noch das annäherndste, womit man den Zustand unserer Bewegungen beschreiben kann, die an den Protesten in Göteborg teilnahmen. Wir werden lange brauchen, zu verstehen, was dort passiert ist. Wir haben bei Motkraft (ein linkes Internetprojekt in Schweden) versucht, täglich über das zu berichten, was während des Gipfels in Göteborg passierte. Unsere Texte waren oft bloße Aneinanderreihungen der Ereignisse, wir haben keine Zeit gefunden, anzuhalten, nachzudenken und das Geschehene zu analysieren.

Dies hier ist ein erster Versuch, ein übergreifendes Bild zu zeichnen. Denn ein alternatives Bild ist notwendig, wenn man sieht, wie einheitlich pechschwarz die Schilderungen der etablierten Medien von den Protesten waren. Noch einmal hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, über unabhängige Medien zu verfügen. Denn das Bild der kommerziellen Medien ist klar: Sie verteidigen das Eigentum mehr als die Menschen. Sie sind mehr empört über eingeschlagene Schaufenster, als über Übergriffe gegen soziale Bewegungen oder über angeschossene DemonstrantInnen. In den letzten Tagen hat es (in Schweden) keinen Raum für soziale Bewegungen gegeben, ihrer Empörung Gehör zu verschaffen und ihre Sichtweise deutlich zu machen. Die meisten Artikel sind von solch mieser Qualität, dass sie ebenso gut alle Pressemitteilungen der Polizei direkt abdrucken könnten. Wir warten immer noch darauf, dass sich die ersten kritischen Stimmen erheben.

Göran Persson (der schwedische Ministerpräsident) hat im Fernsehen versucht, uns als eine Armee darzustellen – mit viel besseren Waffen, großen ökonomischen Ressourcen und gut organisiert. Alle, die mit uns in Kontakt gekommen sind, wissen, dass nichts davon wahr ist. Der Teil der außerparlamentarischen Linken, zu dem wir gehören, ist in losen Netzwerken organisiert. Die internationale Organisierung passierte dadurch, dass wir per E-Mail Einladungen verschickten und dass wir herumreisten und auf Treffen in Europa Apelle hielten, wie bei der LL-Demo in Berlin und beim PGA-Treffen in Mailand. Das ganze Frühjahr über haben wir Soliparties organisiert, um etwas Geld zu bekommen und das meiste haben wir aus eigener Tasche bezahlt. Wir haben keine Zuschüsse für unsere Tätigkeiten bekommen.

Bündnis »Göteborgsaktionen 2001«

In den Medien wurden wir als ein Anhängsel der »seriösen« Proteste dargestellt. Auch dieses Bild hat nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Wir haben einen großen Teil der Aktivitäten vor dem Gipfel organisiert, unter anderem durch unsere aktive Teilnahme am großen Bündnis *»Göteborgsaktionen 2001«*. Dieses Bündnis wäre ohne die Arbeit der libertären Linken unmöglich gewesen. Unsere Aktivitäten wurden mit den Krawallen, mit Gewalt und mit Vermummung verbunden. Ironischer weise gerade zu einem Zeitpunkt, an dem wir neue Wege des Protestes jenseits der Straßenschlacht suchten.

Ya Basta entwickelte das White Overall-Konzept, um aus der Sackgasse zu kommen, in der sie die italienische autonome Bewegung sahen. Im Norden waren sowohl »Globalisering Underifrån« (Globalisierung von unten) als auch die AFA (autonome Antifa) von diesen Formen inspiriert. Wir entschieden uns, mit einer bedeutend größeren Offenheit zu arbeiten als sonst. Wir planten fantasievolle Blockaden, bei denen wir uns friedlich hineinschieben wollten mit Körperschutz, um nicht von den Polizeiknüppeln verletzt zu werden. Aus diesen Aktionen wurde nichts. Der Einsatzleiter der Polizei, *Håkan Jaldung*, erklärte frühzeitig, dass er willens sei, alle Aktionen zu stoppen, bevor sie ankommen (am Gipfelgelände). Von daher begann die Gipfelwoche mit Zugriffen auf Schulen und Wohnungen. Die Repression traf besonders unsere Strukturen, sie verhafteten unsere AktivistInnen, verhinderten unsere Treffen und beschlagnahmten unseren Körperschutz.

Wir distanzieren uns nicht von den Krawallen, die ausbrachen, im Gegenteil, viele von uns nahmen aktiv daran teil. Aber wir können nicht sagen, dass wir es waren, die die Tagesordnung bestimmten. Sämtliche Krawalle die entstanden, passierten nach Polizeiangriffen. Am Donnerstag führte die Einkesselung und Räumung der Hvitfeldska-Schule zu Ausbruchsversuchen. Gleichzeitig führte die Räumung des Vasaparkes vor der Schule zu Zusammenstößen. Am Freitagmorgen griff die Polizei DemonstrantInnen an, die auf die Absperrungen zugingen, wonach Krawalle auf der gesamten Avenyn (der Vorzeige-Boulevard von Göteborg) ausbrachen. Am Abend hatte die Polizei sich entschlossen, die *Reclaim the City-Party* um jeden Preis aufzulösen, die Stadt wurde mit Containern versiegelt und die Party angegriffen, Krawalle brachen aus und die Polizei eröffnete das Feuer. Wenn die Polizei sich zurückhielt, liefen die Proteste friedlich ab, wie die Anti-Bush-Demo am Donnerstag, die Nein-zur-EU-Demo am Freitag abend und die große Bündnisdemo am Samstag. Göteborgsaktionen (das Bündnis) verstand sehr früh, dass der beste Weg, um Ruhe und Ordnung zu erhalten war, die Polizei dazu zu bekommen, sich so fern wie möglich zu halten, und sie bekamen Recht.

Medien, Wirtschaft und Polizeiaktionen

Einige Bilder haben sich einem eingebrannt. So die Sozialdemokraten, in Göteborg, die die Polizei loben, die AktivistInnen angeschossen hat. Der Aushang der Zeitung »Aftonbladet«, der diese Bullen zu Helden ernennt. Die Wirtschaft in Göteborg, die öffentlich der Polizei dankt. PolitikerInnen, Medien und Wirtschaft klopfen sich gegenseitig auf die Schulter. Wir wurden niemals so gedemütigt wie während dieser Tage. Die schwedische Polizei war die erste, die das Feuer auf die Globaliserings-Protestbewegung eröffnete. Drei unserer GenossInnen wurden niedergeschossen, wovon einer um sein Leben kämpft. In ganz Göteborg gab es willkürliche Verhaftungen während des Ausnahmezustandes am Samstag – »Operation Sanierung« – mit der Einkesselung aller Menschen auf dem gesamten Gebiet des Järntorget als Höhepunkt. Bei der Stürmung der Schiller-Schule am Samstag schleifen mit Maschinenpistolen bewaffnete Bullen junge Leute aus ihren Schlafsäcken und zwingen sie, in Unterwäsche vor der Schule auf dem Boden zu liegen. Die hunderte Personen von *»Globalisering Underifrån«*, die an der Hvitfeldska-Schule verhaftet wurden, bewahrten dort ihre weißen Overalls für ihre gewaltfreie Aktion auf. Deutsche AktivistInnen wurden aufgrund des Terroristenparagrafen im Ausländergesetz verhaftet.

Wie kann jemand erstaunt sein, dass so eine Situation explodiert? Was wollten wir eigentlich? Aus Teilen der außerparlamentarischen Linken hatten wir uns einige konkrete Ziele für Göteborg gesetzt. Wir wollten den Gipfel stören, die Polizei sollte sehen, dass sie die Sicherheit des Gipfels nicht garantieren kann und wir wollten den Versuch der Sozialdemokraten brechen, einen neuen Konsens über das EU-Projekt aufzubauen. Die EU als Institution wurde gebildet, um einen europäischen Binnenmarkt zu schaffen und neoliberale ökonomische Politik durchzusetzen. Für die Mehrheit der EuropäerInnen (und der Weltbevölkerung) bedeutete dies eine gesteigerte Ausbeutung, da wir gezwungen werden, mehr zu arbeiten für weniger Geld, und weniger Einfluss und Macht über unser eigenes Leben haben. Wir haben uns entschieden, uns an den globalen Protestzug gegen ökonomische Gipfeltreffen anzuhängen, der in den letzten Jahren in Fahrt gekommen ist. Krass formuliert kann man sagen, dass dieses Ziel erreicht wurde. Es wären niemals so viele Leute nach Göteborg gekommen, wenn es nicht darum gegangen wäre, auf der internationalen Protestwelle gegen die Gipfel mitzureiten. Deshalb brauchten wir keine Ressourcen oder eine große Organisation, um die Leute dafür zu interessieren, zu kommen. Es sollte nicht merkwürdig anmuten, dass Leute aus ganz Europa kommen, um dagegen zu protestieren, dass die »Entscheidungsträger« hier sitzen und eine Politik bestimmen, die ganz Europa betrifft. Aber dennoch ist es genau das, wogegen das Establishment Sturm läuft.

Der Kampf der Bewegungen muss global werden

Die Ökonomie wird globalisiert. Die staatlichen Institutionen, die der Ökonomie dabei dienlich sind, werden globalisiert. Menschen werden global versetzt als passive Objekte, als »Ware Arbeitskraft«. Aber wenn die Menschen beginnen, sich global als aktive Subjekte zu bewegen, egal ob sie sich zu internationalen Protesten bewegen oder ob sie nach Europa ziehen, dann ist auf einmal Schluss mit der Bewegungsfreiheit und der Globalisierung. Wir wurden als rückwärtsgewandt bezeichnet, es wurde gesagt, dass wir Angst vor Veränderung haben. Aber wir glauben nicht an ein Schweden außerhalb der EU, Nationalstaaten in all ihren Formen sind heutzutage verschmolzen mit den Interessen des Kapitals. Wir träumen nicht von irgend einem goldenen Wohlfahrtsstaat in der Vorzeit. Nur wenn das Kapital und die Staaten global werden, muss auch der Kampf der sozialen Bewegungen global werden, um Erfolg zu haben.

Wir sind nicht gegen Globalisierung, aber wir glauben an eine Globalisierung von unten. Eine Organisierung sozialer Bewegungen, die auf internationalen Gegenkonferenzen und sozialen Foren (wie im brasilianischen Porto Alegre) stattfindet. Hier, in den globalen sozialen Bewegungen, die sich ihrer eigenen Kraft bewusst werden, beginnt die Demokratie in der wahren Bedeutung des Wortes Gestalt anzunehmen. Heute merken wir, die wir die Proteste mitorganisiert haben, eine große Müdigkeit. Der Preis war hoch. Wir werden uns einige Wochen Urlaub leisten und dann nehmen wir neuen Anlauf auf das G8-Treffen in Genua und auf den globalen Aktionstag gegen Kapitalismus im Zusammenhang mit dem Treffen von IWF und Weltbank in Qatar im November.

Göteborg mag uns hart getroffen haben – aber die Ereignisse dieser Tage haben uns Kraft und Hoffnung in Menschen auf der ganzen Welt gegeben, die globale Protestwelle weiterzutragen. Alle Leute, die an den Protesten in Göteborg teilnahmen, egal was sie gemacht haben, verdienen einen großen Applaus. Ein großer Dank an das Bündnis Göteborgsaktionen und besonders an all die Organisationen, die aktiv diese Zusammenarbeit möglich gemacht haben: SAC, Miljöförbundet Jordens Vänner, Rättvisepartiet Socialisterna, Socialistiska Partiet, AFA und Attac.●

Olle M – AFA Stockholm

hoch die internationale solidarität – kampf dem eu-polizeistaat !

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

MIETHÄUSER-SYNDIKAT FREIBURG

Das Miethäuser Syndikat gründet zusammen mit den Bewohnerinnen der Schellingstraße neue Projekt-GmbH in Tübingen

Damit beteiligt sich das Freiburger Mietshäuser Syndikat erstmalig an einem Wohnprojekt außerhalb der Region Freiburg:

Am 11. Juni 2001 wurde in Tübingen die Wohnprojekt Schellingstrasse GmbH gegründet. Diese will ein ehemaliges Kasenerngelände mit 3 Wohngebäuden, welches zur Zeit noch dem Bund gehört, kaufen. In den drei Häusern leben ca. 100 Menschen. Die Kaufverhandlungen sind weit fortgeschritten, da alle Beteiligten, zu denen auch die Stadt Tübingen zählt, an einem Strang ziehen.

Das Syndikat ist ein Zusammenschluss von mittlerweile 8 Hausprojekten und 3 Projektinitiativen. Außer den Freiburger Projekten wie *SUSI*, den drei Grether Projekten und die *Rennerstraße 12* gehören zum Syndikat die *Krone* in Sulzburg und die *Villa Nostra* in Bad Krozingen.

Das Syndikat berät selbstorganisierte Hausprojekte und daran interessierte Menschen, und beteiligt sich an solchen Hausprojekten, damit diese dem Immobilienmarkt entzogen werden. Das Syndikat hilft bei der Projektfinanzierung, initiiert neue Projekte und verwaltet 2 Fonds, den Solidarfonds für neue Projekte, und den Gießereihallenfonds für das bestehende Projekt Grether Ost. Geplant ist die Gründung einer Aktiengesellschaft zur Finanzierung von Hausprojekten.

Zur Unterstützung des Wohnprojekts Schellingstrasse nimmt das Mietshäuser Syndikat gerne neue Mitglieder auf, mit einer Einlage ab 500 DM. Mehr Infos gibt es unter www.syndikat.org oder im Büro Adlerstr. 12 in Freiburg, Tel. (07 61) 2 48 87

ÖKOBANK EG

Die »Abwicklung« der Ökobank

Nach Drucklegung dieser CONTRASTE-Ausgabe, am 30. Juni 2001, entscheidet die VertreterInnenversammlung der Ökobank über die Ausgliederung des Bankgeschäftes an die Bankaktiengesellschaft Hamm (BAG Hamm). Mit diesem Beschluss wird, auch wenn die Genossenschaft Ökobank weiterhin bestehen bleibt, ein umstrittenes Projekt der »Alternativszene« endgültig zu Grabe getragen.

Redaktion Heidelberg ● Dabei hatte Vorstand Wolfgang Herath schon auf der VertreterInnenversammlung vom 18.11.2000 die zukünftige Entwicklung vorgezeichnet:

»Die Ursachen der Schieflage sind aus unserer Sicht vielschichtig. Im Wesentlichen liegen sie

1. in der Nichtbeachtung und fehlenden Abarbeitung der durch die Prüfung aufgezeigten Mängel und Hinweise
2. in der unzureichenden Ablauforganisation
3. im fehlenden und unvollständigen innerbetrieblichen Kontrollsystem
4. in nicht funktionsfähiger Innen- und Kreditrevision
5. im fehlenden fachlichen Know-how der MitarbeiterInnen in bestimmten Bereichen
6. in unvollständigen Instrumentarien zur Risikosteuerung und Risikovorsorge
7. in einer auf großes Wachstum ausgerichteten Geschäftspolitik und mangelnder Disziplin in den Zuständigkeiten der Gremien

Diese Mängel sind konsequent und zügig zu bereinigen. Alle in diesem Prozess involvierten Parteien sind sich darüber im Klaren, dass dieses Konzept nicht ein neuerlicher Versuch ist, etwas schön darzustellen, sondern vielmehr der letzte Versuch, eine Liquidation abzuwenden. Wenn die Sanierung nicht bis Mitte 2001 gelingt und sichtbar wird, bleibt tatsächlich nur noch die Abwicklung der Ökobank.« (Protokollauszug vom 18.11., das gesamte Protokoll ist einzusehen unter www.oekobank.de)

In einer Presseerklärung vom 19.6.2001 schreibt die Ökobank:

»Die Ökobank eG hat zur ordentlichen VertreterInnen-Versammlung am 30. Juni 2001 eingeladen. Die VertreterInnen-Versammlung (VV) ist das höchste beschlussfassende Organ der Ökobank Genossenschaft. Vorstand und Aufsichtsrat werden die VertreterInnen-Versammlung ausführlich über die Hintergründe und die Umsetzung des vorgeschlagenen Wegs für die Zukunft der Ökobank informieren.

Neben den üblichen Tagesordnungspunkten wie Genehmigung des Jahresabschlusses, Entlastung der Organe und Wahlen zum Aufsichtsrat steht ein Vertragsentwurf zur Ausgliederung des Bankgeschäftes an die Bankaktiengesellschaft Hamm (BAG Hamm) zur Entscheidung an. Dieser Weg wurde nach reiflicher Prüfung aller Möglichkeiten während der zurückliegenden zwölf Monate gefunden.

Die BAG ist ein Spezialinstitut des genossenschaftlichen Verbundes. Hauptgesellschafter ist der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) Bonn.

Ziel der Ausgliederung ist, das Bankgeschäft zunächst in Form einer eigenständigen Filiale mit dem Namen Ökobank Niederlassung der BAG beizubehalten. In einem zweiten Schritt soll das Bankgeschäft von Interessenten aus dem ethisch-ökologischen Bereich weiter geführt werden. Entsprechende Verhandlungen sind bereits im Gange.

Damit ist es gelungen, eine von Vorstand, Aufsichtsrat und der genossenschaftlichen Sicherungseinrichtung gemeinsam getragene Lösung zu finden.«●

WELTKLIMAKONFERENZ:

Climate talks! Money talks!

In Bonn findet die nächste Weltklimakonferenz vom 16.-27. Juli 2001 statt. Die Auswirkungen des globalen Klimawandels dürfen nicht monokausal nur im Zusammenhang mit Ökologie gesehen werden. In den aktuellen Verhandlungen spielen rassistische, neokolonialistische und neoliberale Tendenzen eine starke Rolle.

Redaktion Umweltschutz von unten ● Bereits in den nächsten 10 Jahren muss mit 150 Millionen Umweltflüchtlingen gerechnet werden. Im Jahre 2025 werden 3,5 Milliarden Menschen ohne direkten Zugang zu Wasser sein. Da klingt es zynisch, dass die WTO bereits beschlossen hat, dass Wasser zwar ein Grundrecht, nicht jedoch ein Menschenrecht sei und dass Wasser in Zukunft nach Angebot und Nachfrage gehandelt werden soll. Die Frage nach ausreichender Qualität und Quantität von Wasser wird als einer der Hauptkriegsursachen des 21. Jahrhunderts prognostiziert. Währenddessen ist die »Festung Europa« errichtet worden. Es ist sehr fraglich, ob alle Opfer des Klimawandels in ausreichendem Maße einen Computer bedienen können, um als »nützliche AusländerInnen« hier eine neue »Lebensberechtigung« zu bekommen.

Die Auswirkungen des globalen Klimawandels machen sich heute bereits bemerkbar: es gibt mehr als doppelt so viele Naturkatastrophen, wie noch Mitte der 90er Jahre. Die Zukunftsprognose für das 21. Jahrhundert hat Dante'sche Ausmaße: etwa ein Drittel aller Tier und Pflanzenarten werden aussterben, Naturkatastrophen, wie Überschwemmungen, Stürme und Dürren werden stark zunehmen, viele Gebiete werden unbewohnbar werden und Seuchen und Epidemien werden ausbrechen.

Das wissenschaftliche UN-Gremium, dass diese Zukunftsprognosen errechnet hat, das »Intergovernmental Panel for Climate Change« (IPCC, www.ipcc.ch), hat ebenfalls errechnet, dass eine CO_2-Reduktion von mindestens 60% notwendig wäre, um das globale Klima zu stabilisieren. Die Reduktionsvorgaben im aktuell verhandelten »Kyoto-Protokoll« reichen längst nicht aus, das Protokoll sieht eine weltweite CO_2-Reduktion von 5,2 % vor. Die Reduktionsvorhaben werden weiter unterhöhlt durch die Schaffung von sehr fragwürdigen Methoden der betroffenen Ländern, um die Kosten für die Reduktion möglichst gering zu halten: Atomkraftwerke und große Wälder sollen als CO_2-reduzierende Maßnahmen anerkannt werden und CO_2 soll zukünftig an der Börse gehandelt werden.

Die Weltklimakonferenz in Bonn ist die Nachverhandlung der gescheiterten Klimakonferenz von Den Haag. Ziel wird es auf dieser Weltklimakonferenz einmal mehr sein, das Kyoto-Protokoll von 1997 ratifizierbar zu machen, d.h. eine weltweite durchschnittliche Kohlendioxidreduktion um 5,2% ab 1990 bis zu den Jahren 2008 bis 2012 durchzuführen. Die Klimaverhandlungen sind geprägt von einer stark überrepräsentatierten Wirtschaftslobby und von einer stark unterrepräsentierten Delegation der Betroffenen (»Entwicklungsländer«, Noch-Inselstaaten, Flüchtlinge etc.). In Bonn hat sich das breite außerparlamentarische und kapitalismuskritische Bündnis »Risingtide« gegründet, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und Proteste während der Weltklimakonferenz zu organisieren. Wir sind dezentral organisiert und verfügen über gute bundesweite und internationale Kontakte. Mit direkten Aktionen und Reclaim-The-Street-Parties werden wir unseren Protest formulieren. Weitere Informationen können auf unserer Homepage www.risingtide.de gefunden werden oder direkt über info@risingtide.de . Wake up and get active! Don't nuke the climate!●

Kontaktadresse: Risingtide, Wolfstr. 10 (Hinterhof), D-53111 Bonn, Tel. (02 28) 963 77 73, Fax: 963 77 74, (vorher anrufen), mail: info@risingtide.de
www.risingtide.de

PRO KYOTO

Zum Erfolg verdammt

Ein paar Tausend Menschen kommen im Juli in Bonn zusammen, um nach mehr als zehn Jahren harter und intensiver Verhandlungen die Umsetzung des Kyoto-Protokolls zu besiegeln. Dies würde den Einstieg in ein weltweites Klimaschutzregime bedeuten, das die Industrieländer – also diejenigen Länder, die für über 90 Prozent der in der Atmosphäre befindlichen menschenverursachten Treibhausgase verantwortlich sind – im ersten Schritt bis zum Jahr 2012 zu moderaten Reduktionszielen verpflichtet.

Ein paar Milliarden Menschen arbeiten (implizit) dagegen – mit ihren Handlungen, Wünschen und Träumen zur Selbstverwirklichung: soviel Geld wie möglich haben, ein Eigenheim im Grünen, ein oder mehrere Pkw in der Garage, jedes Jahr ein paar Kurzreisen mit dem Flugzeug, auch Fernreisen und warum nicht vielleicht am Ende gar in den Weltraum ...? Deren »Interessenvertreter« sind auch in Bonn dabei, und sie setzen sich heftig ein, dass die jetzige Wirtschaftsweise mit ihrem Überkonsum, viel zu hohem Energieverbrauch und den nichtnachhaltigen Konsummustern erst einmal fortgeführt werden kann.

Der Präsident des Klimagipfels in Bonn, der niederländische Umweltminister *Jan Pronk*, muss mit seinen inhaltlichen Vorschlägen so im Zentrum des Möglichen liegen, dass ihm und uns allen nicht der gesamte Prozess um die Ohren fliegt. Das ist eine äußerst delikate Aufgabe.

Er – wie auch jeder mit diesem Prozess Befasste – weiß, dass die Reduktionsziele des Kyoto-Protokolls für die erste Verpflichtungsperiode (sie endet im Jahr 2012) nur ein bescheidener Einstieg in den weltweiten Klimaschutz, nur ein allererster Schritt in einem globalen Klimaschutzmarathon sind, der uns noch tief in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts führt – mit dem Ziel, die weltweiten Treibhausgasemissionen mehr als zu halbieren. Das Ziel der Bonner Verhandlungen ist also nicht, angemessene Emissionsreduktionen im weltweiten Klimaschutz festzulegen – die Reduktionswerte liegen bereits seit Kyoto fest. Ziel ist es, einen rechtsverbindlichen Einstieg in den weltweiten Klimaschutz zu finden. Dieser würde es immerhin noch einigermaßen realistisch erscheinen lassen, dass bis Mitte des Jahrhunderts tatsächlich die notwendigen Emissionsreduktionen erreicht werden können, wenn jetzt die notwendige Dynamik ausgelöst würde.

Das Delikate in der Aufgabe von *Pronk* ist also nicht, möglichst anspruchsvolle Ziele und Durchführungsbestimmungen zu formulieren – das wäre einfach. Würde er dies (also das, was die Nichtregierungsorganisationen immer fordern) tun, wäre ein Scheitern der Konferenz nicht nur absehbar, sondern sicher.

Das Delikate in seiner Aufgabe liegt darin, einen Vorschlag zu unterbreiten, dem alle für ein Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls wichtigen Akteure zustimmen können – Konsens ist ja notwendig: sowohl diejenigen, die relativ anspruchsvollen Klimaschutz unterstützen (etwa die Europäische Union), als auch die, die sich zwar verbal für internationalen Klimaschutz aussprechen, aber real so wenig wie nur möglich tun wollen (etwa Japan). Doch damit ist nicht genug. Gleichzeitig muss er noch diejenigen Industrieländer, die die Klimaänderung als sehr ernstes Problem sehen, aber selbst am liebsten gar nichts tun wollen (das sind die USA, Australien und Kanada), davon abhalten, daß sie völlig destruktiv auftreten und (obwohl sie schon heute sagen, dass sie das Kyoto-Protokoll nicht ratifizieren wollen) gar einen Konsens verhindern. Diese Fußlahmen über kurz oder lang zu wirklichem Klimaschutz zu zwingen, das ist die wichtigste Funktion eines internationalen Abkommens.

Ein Konsens in Bonn ist die Voraussetzung dafür, dass die Industrieländer die Ratifizierung des Protokolls zu Hause angehen mit dem Ziel, daß das Protokoll im Jahr 2002, also 10 Jahre nach der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro, in Kraft tritt. Dies ist auch ohne die USA möglich, ja nicht einmal Australien und Kanada müssen dazu ratifizieren. Für das Inkrafttreten des Protokolls reichen die Ratifizierungsurkunden der EU, der assoziierten mittel-und osteuropäischen Staaten sowie von Russland und Japan. Doch das geht nur, wenn der Gipfel in Bonn die Ausführungsbestimmungen des Protokolls festlegt. Gelingt das nicht, gewinnen schnell die Kräfte die Überhand, die – wie der US-Präsident Bush – den ganzen Prozess beerdigen möchten. Ein solches Scheitern würde den Prozess internationalen Klimaschutzes um viele Jahre zurückwerfen. Und es würde aus Wettbewerbsgründen auch viel Dynamik aus den Klimaschutz-Bemühungen in Europa herausnehmen.

Die Unterhändler in Bonn sind also zum Erfolg verdammt. Ohne ein Ergebnis in Bonn droht ein Scheitern des gesamten Prozesses, der die besten weltweit mit dem Klimaschutz befassten Kräfte über die letzten 10 Jahre intensiv beschäftigte und der bereits weitgehend ausgestaltet ist. Es gibt keine »zweite Mannschaft«, die darauf wartet, zum Einsatz zu kommen, damit ihre Vorschläge im Klimaschutz umgesetzt werden. Ein anderes Übereinkommen zum Klimaschutz zwischen den Hauptverursacherländern der Treibhausgasemissionen ist weit und breit nicht in Sicht. Auch der Papst oder der Dalai Lama oder sonst wer könnten, selbst wenn sie das Problem sehr dringlich fänden, kaum etwas bewegen. In der Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren, angestoßen durch das Kyoto-Protokoll, zum Glück einiges Richtung Klimaschutz getan – manche sagen sogar: mehr als in der Politik. Doch wie bereits nach dem gescheiterten Gipfel in Den Haag festzustellen ist, ist zu befürchten, dass diejenigen Stimmen in Unternehmen, die sich für Klimaschutz aussprechen, durch ein Scheitern der Bonner Verhandlungen zurückgedrängt würden. Denn ohne die richtigen staatlichen Rahmenbedingungen, die ein in Kraft befindliches Kyoto-Protokoll nach sich zöge, kann kaum ein Unternehmen auf Dauer Klimaschutz betreiben.

Die Leidtragenden eines Scheiterns wären vornehmlich die Menschen in Entwicklungsländern. Sie – etwa die Subsistenzbauern und die städtischen Armen – sind schon heute Opfer des Klimawandels, und sie können sich am wenigsten gegenüber dem von der Klimaänderung ausgehenden Stress (etwa vermehrte Dürreperioden, Hitzewellen, zunehmende Verbreitung von Krankheiten) schützen. Um ihnen ihr Leben nicht noch schwerer zu machen, als es jetzt schon ist, ist der Gipfel in Bonn zum Erfolg verdammt.●

Manfred Treber, GERMANWATCH

Kyoto-Protokoll wegschmelzen – Klimakonferenz verhindern

Seit der 1.Weltklimakonferenz 1979 versuchen sich die Regierungen auf ein Programm zur CO_2-Reduktion zu einigen. Dies ist bisher regelmäßig fehlgeschlagen, so in Rio de Janeiro 1992, in Kyoto 1997 und zuletzt in Den Haag 2000. Da in Den Haag die Umsetzungsrichtlinien des Kyoto-Protokolles gescheitert sind, sollen nun vor dem nächsten Klimagipfel 2002 in Marakesh auf einem Zwischengipfel in Bonn diese genauer bestimmt werden. Das Protokoll ist eindeutig auf die Interessen der Wirtschaft ausgerichtet, und trägt keineswegs zum Klimaschutz bei. Aus folgenden Gründen ist das Kyoto-Protokoll zu verhindern:

1. Kyoto erlaubt eine Steigerung der CO_2-Emissionen

Laut IPCC, dem wissenschaftlichen UN-Gremium »Intergovernmental Panel for Climate Change«, ist eine sofortige Reduktion des weltweiten CO_2-Ausstoßes um 60% notwendig, um das globale Klima zu stabilisieren. Nach dem aktuell verhandelten »Kyoto-Protokoll« würden sich die Industrieländer aber nur zu einer Reduktion von 5,2% je nach Land bis 2008 oder 2012 verpflichten, obwohl sie als Hauptverursacher der Emissionen 80% laut IPCC einsparen müssten. Dank fragwürdiger Methoden und etlichen Schlupflöchern in den Umsetzungsrichtlinien lässt das Kyoto-Protokoll sogar eine deutlich Erhöhung der CO_2-Emissionen zu: Der Bau und Betrieb von Atomkraftwerken sowie Aufforstungen sollen als CO_2-reduzierende Maßnahmen anerkannt werden. Zudem dürften Erlaubnisscheine für eine CO_2-Produktion an den Börsen gehandelt werden. Eine Wende zum Energiesparen und eine Förderung regenerativer Energieträger würde damit nicht erfolgen.

2. Kyoto dehnt marktwirtschaftliche Verwertungslogiken aus

Im Kyoto-Protokoll geht es um verschiedene treibhauswirksame Gase, allen voran das CO_2. Gemessen wird alles in CO_2-Äquivalenten. Damit werden die Voraussetzungen für eine Vermarktung der Luft geschaffen, das bedeutet Profit statt den Klimaschutz zu fördern. Luft wird nicht mehr länger allen gehören, sondern das Recht, sie zu belasten, wird kauf- und verkaufbar – und damit z.B. akkumulierbar, d.h. das Recht auf Luftbelastung wird Stück für Stück in die Hand weniger übergehen, eben der zahlungskräftigsten und durchsetzungsstärksten Konzerne. Kyoto bedeutet daher eine Ausdehnung der Vermarktungslogik – und ist somit eine klassische Form des Neoliberalismus.

3. Die Debatte um Kyoto verhindert eine wirkungsvolle Klimaschutzdebatte

Die Klimadebatte der Vereinten Nationen verschlingt gigantisches Potential – zeitlich, materiell sowie finanziell und zerstört die Hoffnungen von vielen Menschen, denen der Klimaschutz wichtig ist. Das geht soweit, dass inzwischen sogar die meisten Umweltverbände (zumindest in Deutschland) auf Kyoto und immer mehr auch auf die verantwortlichen PolitikerInnen in der Bundesregierung und EU setzen – eine absurde Situation angesichts dessen, wer eigentlich weltweit die Scharfmacher in Sachen neoliberaler Verschärfung, Erhöhung sozialer Ungerechtigkeiten usw. sind.

4. Kyoto schafft eine rechtliche Absicherung für den Ausstoß von Treibhausgasen

Mit dem Kyoto-Protokoll wird eine Vermarktungslogik von Luftverschmutzungsrechten eingeführt. Es ist zu erwarten, dass auch für sog. Entwicklungsländer in weiteren Phasen des Kyoto-Prozesses Obergrenzen definiert werden. Dann wird vollendet, was jetzt beginnt: Stück für Stück werden sich die Reichen die Emissionsrechte sichern – und damit nicht nur das Recht, Umwelt weiter zu zerstören, sondern auch die Chance, sich weiter zu industrialisieren. Die globale Ungerechtigkeit könnte steigen. Die Industrienationen legalisieren ihre Umweltzerstörung mit Hilfe von neuen Gesetzen – Kyoto ist die rechtliche Absicherung des Weiterbetriebs der Verschmutzungsanlagen. Eine Parallele zum »Atomkonsens« ist unübersehbar.

Kyoto verhindern!

Daraus folgt: Kyoto verhindern. Endlich wieder Umweltschutz einfordern und verwirklichen! Staaten und Konzerne sind Verursacher von Umweltzerstörung und sozialen Ausbeutungsverhältnissen. Die Vereinten Nationen sind bedauerlicherweise zur Zeit von neoliberalen Staaten dominiert, die mit ökonomischen und militärischen Mitteln ihre Interessen durchsetzen. Wir halten es für unwahrscheinlich, dass eine Kooperation mit diesen Partnern zum Ziel führt.

Wir fordern als kurzfristige und langfristige Ziele:

Wenn überhaupt in CO_2-Äquivalenten gedacht werden soll, dann muss das »Recht auf Verschmutzung« den Menschen selbst übergeben werden, die diese verleihen oder in kooperative Strukturen (z.B. Energiegewinnung, Produktion) einbringen, nicht aber verkaufen können. Damit liegt die Gestaltungsmacht und die Entscheidungsfrage über den Klimaschutz bei den Menschen. Sie sind diejenigen, die unmittelbar ein Interesse an einer lebenswerten Umwelt haben – nicht die Regierungen und Unternehmen, die nach dem Kyoto-Protokoll Inhaber der Verschmutzungsrechte sein sollen.

Die Festlegung von CO2-Äquivalenten kann nur für eine begrenzte Zeit als Notmaßnahme gelten, weil sie immer mit Kontrolle und Festlegung von Bewertungsmaßstäben verbunden sind, die über Machtstrukturen durchgesetzt werden müssen. Langfristig fordern wir daher gesellschaftliche Strukturen ein, in denen die Menschen gleichberechtigt und unmittelbar ihre Umwelt selbst gestalten können.

Wir rufen alle Menschen auf, die Weltklimakonferenz in Bonn zu verhindern und mit lokalen Aktionen die Proteste zu unterstützen.

Diese Resolution wurde vom 30. BundesÖkologie-Treffen in Augsburg verabschiedet.

Bitte diesen Aufruf ... verbreiten, unterzeichnen und was immer geht! Bitte sendet Eure Unterzeichnerlisten per e-mail an: bsoe@studis.de

(Wenn Ihr per email sendet, muessen Euch die Unterschriften der unterzeichnenden Personen / Organisationen schriftlich vorliegen.)
und/oder per Post an: BSOe e.V., c/o AStA der Uni Münster, Schloßplatz 1, D-48149 Münster

Anzeige

NEUES HEFT SOEBEN ERSCHIENEN

BSE-CHEMIE

Produkte der chemisch-pharmazeutischen Industrie BSE-behaftet.

STICHWORT BAYER

Widerstand gegen Konzernmacht. Konkret, spannend, international.

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 150418, 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

CONTRA KYOTO

Das Kyoto-Protokoll ist nichts als neoliberale Luft

Wer für den Klimaschutz ist, muss gegen Kyoto sein. Denn es schafft keinerlei Verbesserung der Schadstoffausstöße, sondern eine weitere Verschlechterung wird zugelassen. Wer zudem eine gleichberechtigte Gesellschaft und ein nebeneinander aller Menschen weltweit mit gleichen Möglichkeiten will, sollte gegen das Kyoto-Protokoll kämpfen. Denn es zementiert Ungleichheiten bzw. verschärft die Ausbeutungsverhältnisse.

Das Hauptargument gegen Kyoto: Noch mehr Kapitalismus!

Neoliberalismus bezeichnet eine Modernisierung und Ausdehnung von Verwertungslogik. Innerhalb weniger Jahre sind wesentliche bisher dem Staatshandeln (Verordnungen, Gesetze) und der Privatsphäre zugeordnete Bereiche marktwirtschaftlichen Logiken, vor allem der totalen Verwertung zum Zwecke des Profits unterworfen worden. Dazu gehört auch die Verwertbarmachung bisher eigentumsloser Flächen, Rohstoffe wie Wasser und Luft oder z.B. der Gene.

Luft ist nicht so einfach direkt zu verwerten, weil sie nicht greifbar ist. Daher haben sich die ArchitektInnen des totalen Marktes (Neoliberalismus) im Zuge der Klimaschutzverhandlungen etwas Cleveres einfallen lassen: Nicht die Luft selbst soll vermarktet werden, sondern das Recht, sie zu verschmutzen. Im Kyoto-Protokoll geht es um treibhauswirksame Gase, allen voran das CO_2, aber auch noch andere. Gemessen wird alles in CO_2-Äquivalenten. Damit werden die Voraussetzungen für eine Vermarktung der Luft geschaffen. Diese wird nicht mehr länger allen gehören, sondern das Recht, Luft zu belasten, wird kauf- und verkaufbar – und damit z.B. akkumulierbar, d.h. das Recht auf Luftbelastung wird Stück für Stück in die Hand weniger übergehen, eben der zahlungskräftigsten und durchsetzungsstärksten Konzerne. Kyoto bedeutet daher eine Ausdehnung der Vermarktungslogik – und ist somit eine klassische Form des Neoliberalismus.

Zweites Argument gegen Kyoto: Noch mehr Treibhausgase

Die Industrienationen (einschließlich der Länder des ehemaligen Ostblocks) sollen im nächsten Jahrzehnt ihren Ausstoß um 5,2 Prozent verringern. Schon diese Zahl wirkt peinlich, haben doch selbst offizielle Stellen der UN festgestellt, dass eine Verringerung um 60 oder gar 80 Prozent notwendig wäre. Doch tatsächlich sind die Zahlen noch schlimmer: Dank vieler Schlupflöcher, der Möglichkeit, Verschmutzungsrechte zu verkaufen und damit auch tatsächlich alle Verschmutzungsrechte voll auszunutzen und dem unglaublichen Vorschlag, z.B. durch Anpflanzen von Wäldern in ärmeren Ländern gleichzeitig in den Industrienationen mehr CO_2 ausstoßen zu dürfen, ist das Ziel von 5,2 Prozent Verringerung auch dann einzuhalten, wenn in Wirklichkeit eine Steigerung der Emissionen erfolgt. Zudem: Alle anderen Länder können zudem ihren Ausstoß beliebig erhöhen – was vor allem bei den Ländern erhebliche Mehrbelastungen bringen dürfte, die in den letzten Jahren durch maximale Industrialisierung versucht haben, den Anschluss an die Industrieländer zu schaffen – und dabei, oft unter dem Druck der reichen Länder und ihrer Knebelorganisationen wie WTO oder Weltbank, krasse Ausbeutungsverhältnisse der Menschen sowie Zerstörungen der Umwelt eiskalt in Kauf genommen haben. Konzerne der Industrienationen können emittierende Fabriken einfach in ärmere Länder verlagern, z.B. in die dort schon entstehenden Maquilas, quasi rechtlose Zonen der totalen Ausbeutung von Mensch und Natur.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Drittes Argument: Rechtlich abgesichertes Treibhaus

Mit dem Kyoto-Protokoll wird eine Vermarktungslogik von Luftverschmutzungsrechten eingeführt. Es ist zu erwarten, dass auch für sog. Entwicklungsländer in weiteren Phasen des Kyoto-Prozesses Obergrenzen definiert werden. Dann wird vollendet, was jetzt beginnt: Stück für Stück werden sich die Reichen die Emissionsrechte sichern – und damit nicht nur das Recht, Umwelt weiter zu zerstören, sondern auch die Chance, sich weiter zu industrialisieren. Die globale Ungerechtigkeit könnte steigen. Die Industrienationen verrechtlichen ihre Umweltzerstörung – Kyoto ist die rechtliche Absicherung des Weiterbetriebs der Verschmutzungsanlagen (und die Parallele zum Atom»konsens« unübersehbar).

Viertes Argument: Die Kyoto-Debatte lähmt anderes

Die Klimadebatte der Vereinten Nationen verschlingt gigantisches Potential – zeitlich, materiell, finanziell und nicht zuletzt an Tausenden von Menschen, denen der Klimaschutz wichtig ist. Das geht soweit, dass inzwischen sogar die meisten Umweltverbände (zumindest in Deutschland) voll auf Kyoto und immer mehr auch voll auf die verantwortlichen Politiker in Bundesregierung und EU setzen – eine absurde Situation angesichts dessen, wer eigentlich weltweit die Scharfmacher in Sachen neoliberale Verschärfung, Erhöhung sozialer Ungerechtigkeiten usw. sind.

Daraus folgt: Kyoto verhindern. Endlich wieder Umweltschutz einfordern und verwirklichen! Staaten und Konzerne sind Verursacher der Umweltzerstörung und sozialen Ausbeutungsverhältnisse. Die Vereinten Nationen sind ein Pakt derer, die Neoliberalismus wollen, die Welthandels- und militärische Kriege führen usw. Sie können niemals unsere Partner sein. Sie sind unsere Gegner. Umweltschutz muss von unten kommen!●

(Stellungnahme des Instituts für Ökologie)

Die Alternative zu Kyoto:

Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs

Marktwirtschaftliche Instrumente dehnen die Logik von Verwertung, von Kauf und Verkauf auf die betroffenen Bereiche aus. Sie stärken damit den Mechanismus, der eine der Hauptursachen der Umweltzerstörung ist. Noch nie konnten Umweltschutz und Menschenrechte über Herrschafts- und Marktmechanismen dauerhaft gestärkt werden. Alternativen also sind nötig.

Redaktion Umweltschutz von unten ● Der Gegenentwurf zu Markt und Macht lautet: Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs. Dieses zentrale Mittel eines emanzipatorischen Umweltschutzes bedeutet, dass weder allgemeingültige und von oben (Herrschaft) durchgesetzte Standards des Umgang mit der Natur noch die Marktlogik gelten, sondern die Menschen in einem gleichberechtigten Prozess die Nutzung ihrer Umwelt vereinbaren.

Naturschutzflächen, die Form der Landwirtschaft und vieles mehr werden dann von Ort zu Ort zunächst in direkt-demokratischen Entscheidungen bestimmt. Langfristig sind Gesellschaftsverhältnisse vorstellbar, in denen alle Menschen gleiche Zugriffsmöglichkeiten auf Boden und Rohstoffe haben – durch gleichmäßig verteiltes Eigentum oder, der spannendere Entwurf, durch die Abschaffung von Eigentum in allen seinen Formen. Dann kommt es zu freien Vereinbarungen und Kooperativen zwischen den gleichberechtigten Menschen. In diesem Zustand gibt es keinen Zwang mehr zur Ausbeutung von Mensch und Natur – kein Drang zum Profit und keine Möglichkeit, über Herrschaft die Folgen des eigenen Handelns ungefragt anderen Menschen aufzubürden. Aus der Unmittelbarkeit aller Entscheidungen werden Menschen ihre Umwelt, die die eigene Lebensgrundlage darstellt, immer oder fast immer so erhalten, dass es für ein gutes Leben sinnvoll ist. Das wird auch im Sinne des Umweltschutzes sein – wenn auch als vielfältiger Flickenteppich unterschiedlicher Lösungen, die von den Menschen gefunden wurden.

Schon der Zwischenschritt, ein direkt-demokratisches Mitbestimmungsrecht bei Flächen- und Rohstoffnutzung würde zu grundlegend veränderten Wirtschaftsformen führen, da niemand mehr über den Kopf der Menschen hinweg Flächen und Rohstoffe für sich sichern kann. Wer welche haben will, wird die Menschen gewinnen müssen – und das wird schonende Methoden, Gegengeschäfte usw. nach sich ziehen ... zigmal wirksamer als Ökosteuern oder Zertifikate mit allen ihren gravierenden Nebenwirkungen.

Für den Klimaschutz heißt das: Wenn überhaupt in CO_2-Äquivalenten gedacht werden soll, dann muss das »Recht auf Verschmutzung« den Menschen selbst übergeben werden. Da Leben und die Nutzung der Umwelt für ein gutes Leben ein Grundrecht ist, müssen diese Äquivalente unverkäuflich sein, dürfen aber verliehen oder in kooperative Strukturen eingebracht werden. So entstände ein Prozess, in dem die Menschen selbst zu den Gestaltenden werden. Konzerne, die Umwelt nutzen wollen, werden die Menschen dafür gewinnen müssen. Das wird ihnen nur gelingen, wenn sie diesen einen hohen Gegenwert anbieten. Das kommt den Menschen zugute – bei Kyoto kommt es korrupten Regierungen und Konzernen zugute. Das ist der Unterschied – und der ist wesentlich!●

Nachrichten aus »Umweltschutz von unten«

Freie Menschen in Freien Vereinbarungen II

Im Sommer 2000 erschien das Buch »Freie Menschen in Freien Vereinbarungen« der Gruppe Gegenbilder. In ihm wurde neben einer Analyse der aktuellen Verwertungs- und Herrschaftsverhältnisse ein Bild einer zukünftigen Gesellschaft entworfen, in dem dank Aufhebung aller Macht- und Verwertungsverhältnisse ein gesellschaftlicher Reichtum entstehen kann, der Institutionen, Warenaustausch und Verregelungen überflüssig macht. An beeindruckenden Beispielen wird die Wirkung z.B. der Aufhebung von Urheber-, Lizenz- und Patentrechten beschrieben – wenn allen Menschen jede neue Idee oder Errungenschaft sofort zur Verfügung steht.

Die Gruppe Gegenbilder hat sich im Rahmen des Oekonux-Kongresses mit weiteren Verfechtern dieser Idee zusammengetan, u.a. Christoph Spehr (Autor von »Gleicher als andere« und »Die Aliens sind unter uns«) sowie Heinz Weinhausen (Mitwirkender bei der Gruppe KRISIS, der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim in Köln und CONTRASTE-Redakteur). Die Gruppe ist offen und möchte eine Diskussion um herrschafts- und verwertungsfreie Visionen beginnen – und zwar transparent als offener Prozess, an dem alle Menschen mit ihren Ideen teilnehmen können, direkt oder über ein Diskussionsforum im Internet, wo alle neue Ideen sofort offen zur Diskussion gestellt werden. Informationen:

- Buch »Freie Menschen in Freien Vereinbarungen« gegen 19,80 DM plus Porto bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen.
- Freie Menschen in Freien Vereinbarungen als Diskussionsforum im Internet: www.opentheory.org/proj/gegenbilder
- Neues Projekt: www.opentheory.org/proj/buchprojekt

Ökostrom-von-unten-Reader erschienen

Neu ist der Reader »Ökostrom von unten« des Instituts für Ökologie. Er bietet übersichtliche Hintergrundinfos zu den verschiedenen Grünstromangeboten, den dahinterstehenden Firmen sowie über eigene Handlungsmöglichkeiten vor Ort. Dabei geht es nicht allein um die Umstellung des Stromverbrauchs, sondern um eine Verbindung von Erzeugung und Verbrauch. Ziel ist, dass regional in gemeinsamer Initiative neue Anlagen entstehen, die dann auch den Verbrauch dort decken (zumindest rechnerisch).
Der Reader kostet 12 DM (plus Porto) bei der Materialauswahl Umweltschutz, Postfach 1818, D-36228 Bad Hersfeld.

Mailinglisten und Diskussionsforen

Wer sich an Diskussionen beteiligen will, kann sich in Mailinglisten eintragen oder die Diskussionsforen nutzen. Eintragungen in die Listen über www.projektwerkstatt.de/mailing.html. Die Diskussionsforen laufen unter www.opentheory.org/proj/uvu (Umweltschutz von unten), .../proj/gegenbilder und .../proj/buchprojekt (Freie Menschen in Freien Vereinbarungen).

Risingtide und Aktionen

Risingtide versteht sich als ein dezentral organisiertes außerparlamentarisches und kapitalismuskritisches Netzwerk. Unser Ziel ist es, ein breit gefächertes Bündnis aufzubauen, um die Proteste für die nächste Weltklimakonferenz optimal vorzubereiten. Mittlerweile besteht Risingtide aus etwa 30 Gruppen, von EYFA (Niederlande) über die Indymedia Cooperation, die auch die Berichterstatttung für Norwegen gemacht hat, bis hin zu der BUNDjugend Baden-Württemberg, JungdemokratInnen/Junge Linke NRW oder der FAU Bonn.

Langfristig soll das Netzwerk bestehen bleiben und für zukünftige Projekte weiter genutzt werden. Da wir für die Vorbereitung nur fünf Monate zur Verfügung haben, konzentrieren wir uns auf die Bereitstellung der Infrastruktur wie Unterkunft und Verpflegung, um gute Voraussetzung für eigene Aktionen zu bieten. Zusätzlich bauen wir ein alternatives Pressezentrum mit einer interaktiver Homepage, auf der jede Person Artikel veröffentlichen kann. Um eine umfassende Recherche zu erlauben, werden wir ein öffentlich zugängliches Internetcafé einrichten. Abgerundet wird das Programm mit täglichen Kulturveranstaltungen und natürlich zahlreichen inhaltlichen Veranstaltungen und Workshops.

Zu den Aktionen selber: am Sonntag, dem **15. Juli**, also einen Tag vor der Eröffnung der Weltklimakonferenz, werden diverse Fahrradtouren in Bonn eintreffen. Eine feste Zusage haben wir bereits aus Utrecht, weiter aus Münster und Bochum sind im Gespräch.

Am **16. Juli** findet die Auftaktkundgebung mit einer »critical mass« (kreative Fahrraddemonstration) statt, Treffpunkt ist hier um 12:00 Uhr am Münsterplatz.

Am **17. und 18. Juli** werden zahlreiche inhaltliche Workshops angeboten.

Am **19. Juli** findet unser zentraler Aktionstag mit einer Reclaim-The-Street-Party zum Konfernzgebäude (Maritim) statt. Die Auftaktkundgebung beginnt um 12:00 Uhr auf dem Münsterplatz. Begleitet wird die Demonstration mit zahlreichen direkten Aktionen. Überall auf der Welt werden Solidaritätsaktionen stattfinden. Gruppen, die nach Genua mobilisieren, rufen ebenfalls dazu auf, nach Bonn zu kommen und werden abends mit Bus und Bahn weiter nach Genua zu fahren. In Planung ist ein Gratiszug (siehe www.projektwerkstatt.de/gratiszug).

Am Samstag, dem **21. Juli**, versammeln sich in Bonn mehrere Tausend Menschen, um ein kolossales Rettungsboot zu bauen. Das Boot wird in einer karnevalesken Prozession zum Konferenzgebäude gezogen, wo es als Mahnmal der Forderungen der Menschen aus aller Welt aufgestellt wird. Diese Aktion wird organisiert von »Friends of the Earth International«.

In der folgenden Woche werden noch direkte Aktionen eigenständiger Gruppen stattfinden, bevor am Freitag, den **27.Juli**, eine große Abschlussdemonstration zum geplanten Gipfelende stattfinden wird. Die Aktionen in der zweiten Woche werden sehr stark vom Verlauf der Konferenz geprägt sein.

Wir rufen auf: bereitet Aktionen vor und kommt vielleicht schon mal im Vorfeld nach Bonn, um genauer planen zu können. Werdet aktiv, gründet Gruppen und ladet uns zu Informationsveranstaltungen ein. Kommt nach Bonn vom 16. bis 27. Juli!

Ab sofort:
Die Zeitung zur Mobilisierung zum G8 Gipfel nach Genua und zum Aufbau von Widerstand vor Ort

Inhalte:
Der internationale Aufruf
Gegen Markt und Macht!
Technix und Orga Tipps für Genua
Klimakonferenz in Bonn, Gratiszug
Herbst: Seminare zu Widerstand vor Ort
Rückseite: Termine, Adressen usw.
Kosten: Bis 5 Stück 3 DM, bis 50 Stück 10 DM, darüber je 100 Stück 15 DM (immer Vorauskasse!).

Infos: www.projektwerkstatt.de/aktuell.html
Die Zeitung ist eine Idee des »Menschen statt Profite Treffens« in Dresden.

Weitere Infos und Vernetzungen:
Hoppetosse - Netzwerk für kreativen Widerstand
www.projektwerkstatt.de/hoppetosse

Direct-Action-Netzwerk
www.aktionsinfo.de/dan

Bildet Widerstandskollektive überall!
www.menschenstattprofite.de

Denkt dran: Nicht nur Castor, Glatzen und G8 Neoliberalismus, Patriarchat, Verwertungsdruck, Rassismus und Sozialrassismus, Diskriminierung und Herrschaft sind überall. Widerstand muß vor Ort beginnen! Emanzipatorische Politik ist mehr als planloses Herumstochern, Alternative Aktionsferien und Debattierclubs!

Zur Wirtschaftsform der Freien Software

»Die Freie Gesellschaft erfinden«

Nehmen statt Kaufen

Die in diesem Beitrag vorgestellten Gedanken sind wesentlich im Projekt Oekonux entstanden. Ohne die rege Diskussion auf der Oekonux-Mailing-Liste wäre dieser Text nicht möglich gewesen. Der Beitrag ist insgesamt sehr gerafft und kann nur als Einstieg in die Thematik dienen. Vertiefende Texte sowie eine Langfassung dieses Artikels finden sich im Textbereich der Oekonux-Web-Site (www.oekonux.de/texte) oder über die Linkliste (www.oekonux.de/projekt/links.html).

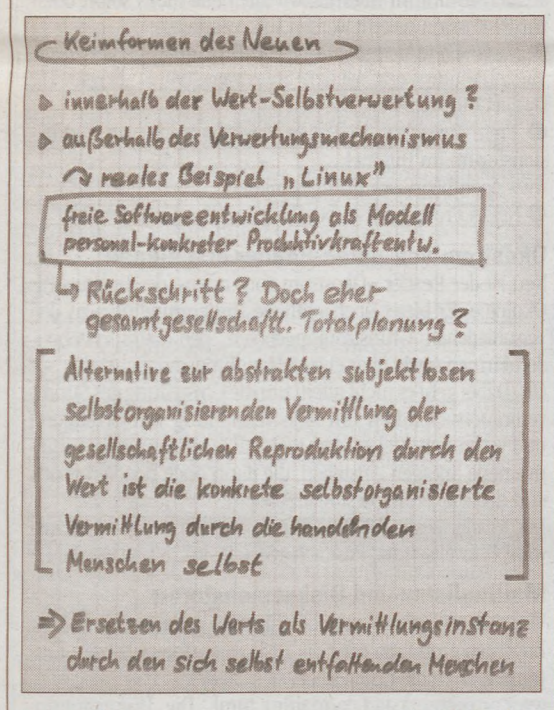
Foto: Wolfgang Schmidt

Stefan Merten ● Neben der kommerziellen Software, die wie andere Waren auf einem Markt gekauft werden kann, gibt es eine Fülle anderer Formen, in den Besitz von Software zu kommen. Bekannt sind z.B. Shareware-Modelle, bei denen die BenutzerInnen einer Software bei Gefallen verpflichtet sind, den ProduzentInnen einen relativ geringen Geldbetrag zu übersenden. Auch Raubkopien sind eine (illegale) Form von Software-Beschaffung.

In diesem Beitrag ist weder von Shareware noch von Raubkopien die Rede, sondern es geht um Freie Software. Entscheidend für Freie Software ist nicht, dass sie nahezu kostenlos ist. Entscheidend ist vielmehr, dass Freie Software mit bestimmten Freiheitsrechten für die BenutzerIn verbunden ist. Neben dem Recht zur Benutzung der Software, räumt Freie Software auch das Recht ein, die Quellen des Programms zu studieren, Anpassungen an ihnen vorzunehmen, und die originale oder veränderte Versionen weiterzugeben.

Zur Entstehungsgeschichte Freier Software

Die Geschichte der Freien Software ist untrennbar mit Richard M. Stallmann, der Free Software Foundation und dem GNU-Projekt verbunden. Richard M. Stallmann, der



Konferenzplakate Fotos: Stefan Meretz

bis dahin den freien Fluß von Software gewohnt war, ärgerte sich über die aufkommende urheberrechtlich gestützte Verknappung und Geheimhaltung von Software so sehr, dass er 1984 das GNU-Projekt ins Leben rief. Ziel war es, ein Unix-artiges Betriebsystem in die Welt zu setzen, das Frei ist. Große Teile dieses Ziels sind auch mit zahlreichen, qualitativ herausragenden Programmen über die Jahre verwirklicht worden. Nur der Kernel, das Herzstück eines Betriebssystems wurde und wurde nicht fertig.

In dieser Situation trat 1992 Linus Torvalds auf den Plan. Er suchte im Internet Leute, die wie er Lust hätten, einen Kernel zu entwickeln. In rasanter Geschwindigkeit fanden sich weltweit zahlreiche ProgrammiererInnen und in atemberaubendem Tempo entstand das, was heute als Linux bekannt ist. Da die damals bereits vorhandene GNU-Software diese Entwicklung erst möglich machte und auch eine heutige Linux-Distribution zum größten Teil aus GNU-Software besteht, sollte genauer von GNU/Linux gesprochen werden.

Lizenz zum Kopieren

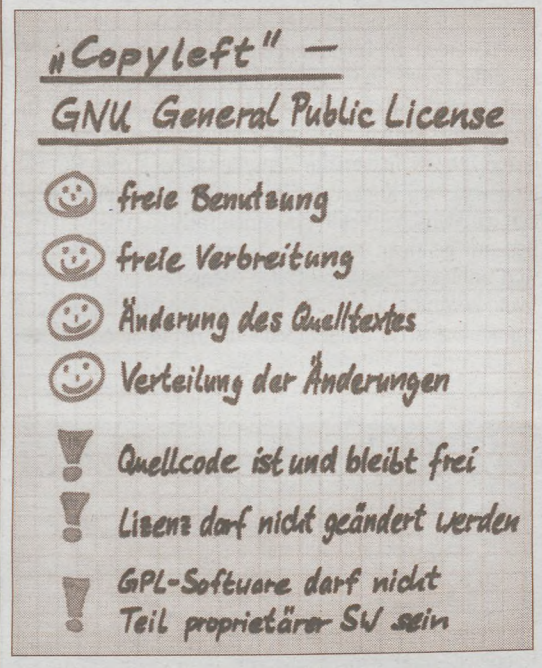
Der geniale Trick von Richard M. Stallmann bei der Gründung des GNU-Projekts bestand darin, die General Public License zu erfinden – kurz GPL. Eine Lizenz, die genau das erlaubt, was andere Lizenzen verbieten: Das beliebige Kopieren und Weitergeben der Software, das Studium der Quellen, deren Veränderung und auch die Weitergabe der veränderten Versionen.

Das einzige was die GPL verbietet, ist die Reprivatisierung von Software, die unter der GPL steht: Wird GPL-Software weitergegeben, dann müssen den EmpfängerInnen die Quellen genauso verfügbar gemacht werden, wie sie der GeberIn zur Verfügung stehen. Die Eigenschaft der Freiheit eines Produkts, das unter der GPL steht, vererbt sich also quasi auf Folgeprodukte.

Neben der GPL hat sich auch eine Fülle von weiteren Lizenzmodellen für Software gebildet. Diese lassen teilweise sogar die Reprivatisierung von Software zu, indem die GeberIn nicht verpflichtet wird, bei Weitergabe der Software die Quellen mitzuliefern. In diesem Fall kann dann von Open-Source-Software gesprochen werden. Freie Software im engeren Sinne ist solche, die unter der GPL steht und damit den BenutzerInnen die weitestgehendsten Freiheitsrechte einräumt.

Die Freie-Software-Community

Auf dieser Grundlage hat sich innerhalb weniger Jahre eine ständig wachsende Fan-Gemeinde gebildet, die Freie Software und speziell GNU/Linux nutzt. Sie wird sichtbar



in zahllosen Linux-bezogenen Web-Sites, zahlreichen Linux User Groups, vielen Veranstaltungen mit teilweise über 10.000 BesucherInnen und einigen Linux-bezogenen Zeitschriften.

Einige aus dieser Community entwickeln in einem permanenten Prozess die vorhandene Freie Software weiter und erstellen neue. Die so entstehende Software ist in der Regel von überragender Qualität, die nur von wenigen kommerziellen Produkten erreicht wird. Insbesondere die verbreiteten Microsoft-Produkte können bei der Qualität auf allen Ebenen nicht im entferntesten mithalten.

Neben dem konkreten Nutzen, den Freie Software allen BenutzerInnen bietet, ist in der Community aber auch deutlich eine Begeisterung für die Idee der Freien Software als solche zu spüren. Viele sind einfach fasziniert von dem Gedanken, selbst bei der Programmierung von Software Spaß zu haben und gleichzeitig damit der ganzen Welt etwas Gutes tun zu können.

Im Artikel »Klicks in die Freiheit ;-)« (S. 9) beschreiben wir eine Auswahl Freier Projekte für nichtmaterielle und materielle Produkte sowie wichtige Texte zur Freien Software – mit Linkangaben zum Nachstöbern.

Freie Software als Wirtschaftsform

Freie Produkte lassen sich mit dem durch Tausch, Arbeit und Geld geprägten Denken nicht mehr richtig fassen. Es ist für viele allein schon schwer vorstellbar, warum einE EntwicklerIn kein Geld für ihre Tätigkeit verlangt. Alle Aspekte zusammengenommen handelt es sich bei Freier Produktion um eine neue, in der Geschichte der Menschheit bisher nicht dagewesene Wirtschaftsform.

Weder Lohnarbeit noch Subsistenz

Da die ProduzentInnen Freier Produkte nicht bezahlt werden – und in aller Regel auch gar nicht bezahlt werden wollen –, sind Freie Software und andere Freie Produkte so wertlos wie die Luft zum Atmen: Sie müssen nicht bezahlt werden und stehen dennoch denen, die sie brauchen, im Überfluss zur Verfügung.

Gleichzeitig strengen sich Freie ProduzentInnen nicht nur für sich selbst an. Zwar spielt der konkrete Nutzen für die je persönlichen Bedürfnisse oft eine Rolle bei der Entwicklung eines Freien Produkts, doch viele Freie ProduzentInnen arbeiten zusammen mit anderen Interessierten in ihre Produkte auch unentwegt Änderungen und Erweiterungen ein, die vorwiegend anderen NutzerInnen des Produkts nützlich sind. Damit hebt sich diese Form des Wirtschaftens von allen subsistenzbasierten Wirtschaftsformen ab, die nur für die Bedürfnisse der je eigenen Person und/oder Gruppe tätig werden.

Weder Tauschen noch Schenken

Freie Software und andere Freie Produkte sind nicht Gegenstand irgendwelcher Tauschvorgänge. Freie Software steht allen zur Verfügung, die sie benötigen – sie kann einfach genommen werden. Auch wer überhaupt nichts zu Freier Software beigetragen hat – wie jedeR durchschnittlicheR GNU/Linux-NutzerIn –, kann sie in vollem Umfang und ohne Abstriche nutzen, sich die Quellen anschauen, daraus lernen und sie weitergeben. Das Konzept des Tausches ist auf Freie Produkte schlicht nicht an-

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Die Analyse des Kapitalismus als wertverwurstende Maschine übernehmen sie von dort. Dem manchmal etwas apokalyptisch anmutenden Gestus der Krisis-Gruppe stellen sie jedoch ihre Keimform-Utopie entgegen. Als Einstieg in diese Sicht der Dinge bietet sich vielleicht der Text »Linux & Co. Freie Software – Ideen für eine andere Gesellschaft« von Stefan Meretz an (www.kritische-informatik.de/fsrevol.htm).

Da Freie Software als Keimform einer neuen Gesellschaft eine sehr steile These ist, dreht sich natürlich oft die Diskussion um diese Position. Sei es jetzt in positivem oder in negativem Bezug. Es gibt zwei wichtige Einwände gegen die »Keimformer«, die zur Zeit diskutiert werden. Einmal wird ihnen Technikdeterminismus vorgeworfen, und zum anderen wird gesagt, dass sie die Versuche des Kapitals, Freie Software für die Verwertung einzuspannen, nicht Ernst genug nähmen.

Diese Diskussion wurde auch beim Kongress wieder geführt, und ich meine wahrgenommen zu haben, dass das eine oder andere Missverständnis aus der Welt geräumt werden konnte. Was natürlich nicht heißen muss, das jetzt alle einer Meinung sind. Das war auch nie das Ziel von Oekonux und wird es auch in Zukunft wohl nicht sein. So etwas wie ein gemeinsames Ziel gibt es sowieso nicht, außer natürlich dem gemeinsamen Interesse an dem Phänomen Freier Software und wohl bei den allermeisten ein irgendwie emanzipatorischer Ansatz.

Ein weiterer Strang der Diskussion dreht sich um freie Kooperation. Das ist ein Konzept von Christoph Spehr, das ursprünglich aus seinem Buch »Die Aliens sind unter uns« stammt und in seinem Aufsatz »Gleicher als Andere« präzisiert wurde. Es geht darum, dass Kooperationen nur dann frei und gleich sein können, wenn sie drei Minimalbedingungen bieten. Das sind:

- Die Regeln einer Kooperation müssen jederzeit verhandelbar sein.
- Ein Verlassen der Kooperation oder eine Einschränkung der Kooperationsleistung muss immer möglich bleiben und
- dieses darf jeden Kooperationsteilnehmer nur einen vertretbaren »Preis« kosten.

Mit Freier Software hat das insofern etwas zu tun, als auf der Liste die Art der Produktion, wie sie dort verwirklicht wird, oft unter diesen Aspekten betrachtet wird. Anschließend daran entwickeln sich oft (wie auch in Spehrs Texten) Diskussionen um das Verhältnis von Widerstand und Perspektive. Auf dem Kongress gab es zu diesem Thema einen Workshop mit Christoph Spehr, Annette Schlemm, Stefan Meretz, Jörg Bergstedt und Heinz Weinhausen. Die Diskussion dort war erstaunlich produktiv. Es ist jetzt daraus ein offenes Buchprojekt bei open theory entstanden (www.opentheory.org/buchprojekt), an dem sich jeder beteiligen kann.

Einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion bilden Reformansätze wie z.B. Existenzgeld oder die Frage vom Sinn oder Unsinn von Utopien. Es gibt einen sehr schönen Text von Annette Schlemm, (»Das Utopische Klo« www.oekonux.de/texte/utoklo.html), der aus dieser Diskussion und der Keimform-Theorie entstanden ist.

Ich kann die Oekonux-Diskussionen auf jeden Fall jedem, der sich für das Spannungsfeld zwischen Informationstechnik, Politik und Ökonomie interessiert, nur empfehlen.●

Oekonux und alternative Ökonomie

»Die Freie Gesellschaft erfinden«

Die etwas andere alternative Ökonomie

Das schöne Wort »Alternative« ist so geräumig, dass sich sehr viele Vorstellungen und Konzepte darin wiederfinden können. Innerhalb des Kapitalismus wurden immer wieder Wirtschaftskonzepte realisiert, die dem Grundprinzip des Kapitalismus, Kapital zu vermehren, d.h. primär auf Profite zu zielen, entgegen gerichtet sind.

Annette Schlemm ● Allgemeine Merkmale Alternativer Ökonomiekonzepte sind nach Schwendter (1986a, 210) Gebrauchswertorientierung und die Möglichkeit eines basisdemokratischen, weniger arbeitsteiligen Produktionsprozesses. Die Alternative Ökonomie ist noch in den kapitalistischen Markt eingebunden und versucht, ihn quasi mit seinen eigenen Mitteln Niederzukonkurrieren. So bestand noch 1979 die Hoffnung, dass im Jahr 1990 bereits 8 bis 10% des Bruttosozialprodukts im »alternativen Sektor« erzeugt werden würde (Schwendter 1986b, 287).

Inzwischen sind viele Hoffnungen verflogen und die Warnung, der alternativökonomische Bereich wirke eher als »Reparaturwerkstatt des Imperiums« (Sana 1997, 121) denn als Alternative, ist angesichts der neoliberalen Wirklichkeit mit nichtabgesicherten Arbeitsverhältnissen und vielen kleinen »Selbständigen«, besonders Frauen, aktueller denn je.

Gemeinwesenökonomie

Das Konzept der Gemeinwesenökonomie unterscheidet sich von den anderen alternativökonomischen Konzepten dadurch, dass diese Ökonomie sich nicht mehr in den »heutigen Markt« gebunden sieht (Möller 1997, 18). Es versteht sich auch explizit als nicht-patriarchal. Gemeinwesenorientiertes Wirtschaften will mit möglichst wenig Arbeit die individuelle und gemeinsame Bedürfnisbefriedigung im Lebensumfeld vor Ort sichern (Möller, Peters 1998, 29). Damit wird die alternative wirtschaftliche Orientierung von Individuen und Kleinkollektiven auf regionale Gemeinwesen ausgedehnt, weil relativ vollständige Reproduktionsgesamtheiten (auch im ökologischen Sinne) im Blickpunkt sind. Die Gemeinwesenökonomie beinhaltet Selbstversorgung, wird aber noch ergänzt durch Erwerbsarbeit.

Durch die Orientierung auf Selbstversorgung wird Bezug genommen auf überindividuelle und überkollektive Gemeinwesen als Mindestgebiet wirtschaftlicher Tätigkeit. Dadurch ergibt sich eine inhärente Tendenz, die Reproduktion des Gemeinwesens als Eigenzweck zu verstehen, dem die Individuen sich – im eigenen Interesse natürlich – unterordnen müssten.

Barefoot-Economy

Die Ziele der wirtschaftlichen Tätigkeit werden im Barefoot-Konzept (nach Braun 1998, 487) schon breiter abgesteckt als im Gemeinwesenkonzept. Die Barfuß-Ökonomie versteht sich direkt als Ökonomie des Widerstandes gegenüber dem marktwirtschaftlichen Konzept des Wirtschaftswachstums. Und sie hat ein umfassenderes Verständnis von Bedürfnissen. Diese umfassen traditionell neben Subsistenz, Schutz, gefühlsmäßige Beziehungen, Verständnis, Teilnahme, Muße und schöpferischer Tätigkeit neuerdings auch Identität, Freiheit und Transzendenz.

Selbstentfaltungs-Ökonomie

Der durch die Diskussion der Produktionsweise von Freier Software entstandene Diskussionszusammenhang Oekonux (mit dezentral verteilter AutorInnenschaft) entwickelt eine noch weitergehende Vorstellung einer Freien Wirtschaft und Gesellschaft. Ich möchte dies hier im Kontrast zum Gemeinwesenkonzept genauer darstellen.

Zuerst möchte ich die Gemeinsamkeiten hervorheben:

- Die Gemeinwesenökonomie (GÖ) beruht auf Selbstversorgung und Selbsthilfe (Möller 1997, 18). Dies kann man auch für die Selbstentfaltungs-Ökonomie (SÖ) sagen. Die spezifischen Motive, wirtschaftlich tätig zu werden, bestehen hier in dem Wunsch, konkrete Lösungen für konkrete Probleme durch kreative Tätigkeit als Teil der individuellen Selbstentfaltung zu realisieren (siehe Merten 2001).
- Die GÖ ist basisdemokratisch organisiert, was bedeutet, dass ihre Entscheidungen möglichst dezentralisiert sein sollen. Die SÖ basiert auf Freien Vereinbarungen – ausgehend von Individuen und ihren Bedürfnissen (nach Selbstentfaltung in Reproduktion/Produktion...).
- In der GÖ wird für das »gemeinsame Eigene« (Möller 2001, 32) gearbeitet – und die SÖ orientiert sich

Fortsetzung auf Seite 8

Foto: Sabine Sauer

FORTSETZUNG VON SEITE 6

wendbar. Das schließt im übrigen ein, dass auch eine Person, die etwas gibt, nicht erwarten kann, dafür etwas zu bekommen.

Andererseits kann auch nicht von Geschenken im engeren Sinne gesprochen werden, da Freie Software im allgemeinen nicht für bestimmte andere Personen geschrieben wird. Höchstens von einem Geschenk an die Menschheit könnte gesprochen werden.

Die Rolle digitaler Kopien und des Internets

Diese in dieser Dimension völlig neue Form des Wirtschaftens ist historisch erst durch die Erfindung der digitalen Kopie und durch deren breite Verfügbarkeit ermöglicht worden. Erst der Computer ermöglichen die massive Senkung der Transaktionskosten einer digitalen Kopie und die qualitätsverlustfreie Replizierbarkeit beliebiger digitaler Daten: Software, Web-Seiten, Kochrezepte, Reiseberichte, Briefe, Bilder, Schaltpläne, Musik, etc.

Das Internet, das als riesige Fernkopiereinrichtung verstanden werden kann, überschreitet die Beschränktheit des lokalen Computers und ermöglicht eine weltweite Vernetzung. Das Internet bringt in historisch neuer Qualität weltweit verstreute Menschen zusammen, die am gleichen Thema interessiert sind. Freie Software ist ein Beispiel dafür, wie fruchtbar diese globale Vernetzung sein kann.

Individuelle Selbstentfaltung als Motor

Zwar bekommen die AutorInnen Freier Software kein Geld, aber natürlich haben auch sie etwas davon, dass sie Software schreiben. Eine der wichtigsten Triebfedern dürfte der Spaß am Programmieren sein, der für einige schon Befriedigung genug ist. Aber auch die konkrete Nützlichkeit für sich oder andere spielt eine wichtige Rolle bei der Erstellung Freier Software. Dadurch richtet sich der Fokus der AutorInnen auf den Gebrauchswert, auf die umfassende Qualität der Software. Wieder andere haben einfach Freude an der Kooperation in einem Team aus Gleichgesinnten. Personen, die sich als MaintainerIn eines Freien Software-Projekts betätigen, müssen Spaß an der Kommunikation, Organisation und auch mal am Treffen von Entscheidungen haben, die den Konsens in einem Projekt widerspiegeln. Einige schreiben allerdings Freie Software auch, weil sie der Welt etwas geben wollen.

Die Gründe, die zu Freier Software führen, lassen sich als Wunsch nach Selbstentfaltung zusammenfassen – und diese Selbstentfaltung ist individuell höchst unterschiedlich. AutorInnen Freier Software, die in der Regel aus anderen Quellen materiell abgesichert sind, brauchen aufgrund dieser verwirklichten Selbstentfaltung keine äußere Motivation für ihr Tun, sondern die Tätigkeit ist sich selbst genug.

Einfach nehmen

In der Konsequenz führt das zu einer Wirtschaftsform, in der die zur Verfügung stehenden Produkte im Überfluss zur Verfügung stehen und in der alle einfach das nehmen können, was sie brauchen. Es ist kein Tausch irgendwelcher Werte mehr notwendig und dennoch ist die bestmögliche Versorgung gewährleistet.

Gelingt es, diese Aspekte, die heute in der Freien Software schon weit entwickelt sind, auf die Produktion zunächst weiterer Informationsgüter und dann auf die materielle Produktion auszudehnen, dann hat diese neue Wirtschaftsform das Potential den Kapitalismus mit seiner über Tausch, Arbeit und Geld vermittelten Zwangslogik abzulösen. Erste Entwicklungen, die die Prinzipien der Entwicklung Freier Software auf andere Güter übertragen, sind schon vielfältig sichtbar und bei dem momentanen Entwicklungstempo könnten die Umbrüche schneller gehen, als wir uns heute vorstellen können.●

Die Langfassung dieses Artikels kann online unter www.opentheory.org/nehmen diskutiert werden.

ERKLÄRUNGEN

Freie Kooperation: Ein Konzept von Christoph Spehr aus seinem Buch »Die Aliens sind unter uns«. Eine kurze Darstellung des Konzeptes findet sich auf www.thur.de/philo/kooperation.htm.

Freie Software: Software, die nicht zwingend umsonst, aber frei kopierbar ist. Um dies zu gewährleisten, steht sie oft unter der GNU General Public Lizence (GPL). Große Teile der Internet-Infrastrukur basieren auf Freier Software.

GNU: rekursives Akronym, das für »GNU's Not Unix« steht. Es bezeichnet den Versuch der Free Software Foundation (FSF), ein freies Betriebssystem zu schreiben. Der Linux-Kernel war zu diesem Vorhaben nur der letzte noch fehlende Teil (vgl. www.gnu.org).

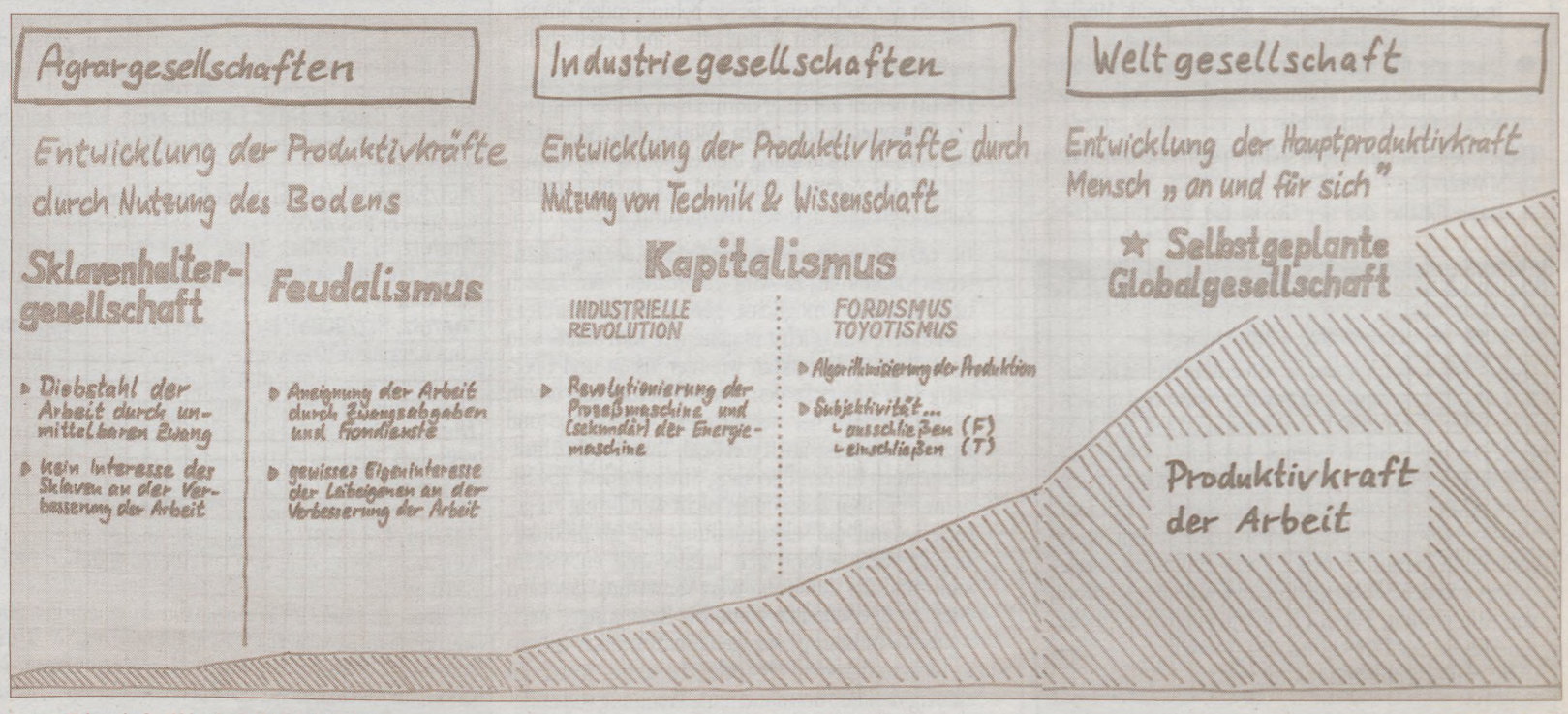
GPL: Diese Lizenz (www.gnu.org/copyleft/gpl.html) nutzt subversiv das Copyright, um es zu unterlaufen, indem dem Lizenznehmer wichtige Rechte eingeräumt werden. Ein weit verbreitetes Missverständnis ist jedoch, dass GPL-Software »umsonst« sei. Das ist nicht zwingend der Fall. Jedoch gehört zu den Rechten, die man mit einer GPL-Lizenz erlangt, eben auch, dass man die Software frei weitergeben und kopieren darf. Ein weiteres wichtiges Recht ist, dass einem der Quelltext des Programms zur Verfügung gestellt werden muss, denn nur so kann man eigene Änderungen am Programm einbringen.

Linux bzw. GNU/Linux: Ein freies Betriebssystem mit zugehörigen Anwendungsprogrammen aus so gut wie allen Bereichen, dass von tausenden von Leuten selbstorganisiert und über die ganze Welt verteilt entwickelt wurde. GNU/Linux wird vom heimischen PC bis hin zur Großrechenanlage auf Millionen von Rechnern erfolgreich eingesetzt. Das Projekt hat inzwischen einen Status erreicht, so dass selbst der Monopolist Microsoft diese Entwicklung nicht mehr ignorieren kann, da in wichtigen Marktsegmenten (z.B. Webserver) diese Konkurrenz sehr erfolgreich ist.

open theory: ein Projekt mit dem Versuch, die Prinzipien der Produktion Freier Software auf die Produktion von Theorie anzuwenden. Es gibt schon einige Dutzend open-theory-Projekte unterschiedlichsten Inhalts (www.opentheory.org).

Oekonux: Wortverbindung von Ökonomie und GNU/Linux. Ein Projekt, in dem über die Verallgemeinerbarkeit der Prinzipien Freier Software nachgedacht wird (www.oekonux.de). Gestalterin dieses CONTRASTE-Schwerpunkts:-)

Programm der Oekonux-Konferenz: www.oekonux-konferenz.de

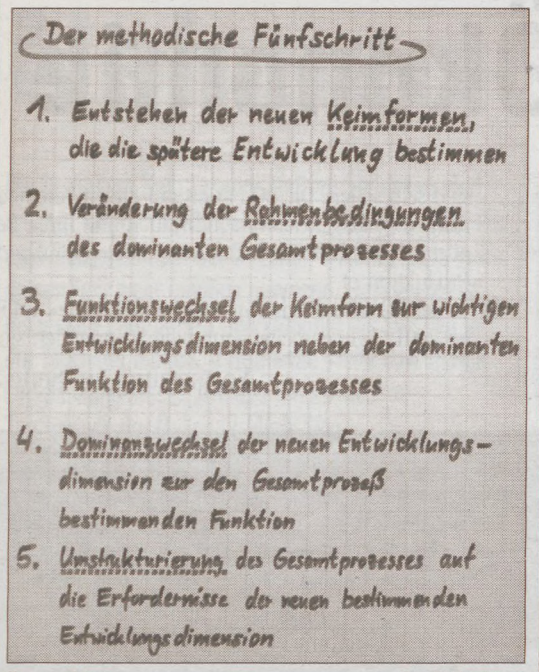


Kongress-Plakatserie: Geschichte der Produktivkraftentwicklung

Foto: Stefan Meretz

FORTSETZUNG VON SEITE 7

»Die Freie Gesellschaft erfinden«



Kongressplakat Foto: Stefan Meretz

an den »gemeinsamen Eigeninteressen« (Meretz 2000, 23).

- In der GÖ ist die Arbeit nicht-patriarchal verteilt (alle Tätigkeiten werden als gleichwertig betrachtet) – die SÖ organisiert alle Tätigkeiten entsprechend individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten – unabhängig vom (sex oder gender)-Geschlecht.
- Auch die in der GÖ geforderte Anknüpfung an vorhandene Qualifikationen und Erweiterung der Qualifikationen ist in der SÖ implizit enthalten. Sie beruht auf Beziehungen, die eine hierarchische Lehr-Lern-Beziehung (in der die/der Belehrte als Objekt betrachtet wird) unmöglich sind.
- Als Inhalt der GÖ wird ökologisch sinnvolles Wirtschaften betrachtet. Die SÖ geht von Selbstentfaltungsbedürfnissen aus, die – wenn sie recht verstanden werden (vgl. Gruppe Gegenbilder 2000, 25) – das in jedem Individuum vorhandene Bedürfnis nach einer intakten Umwelt beinhalten.
- Die in der GÖ angestrebte neue Lebensqualität wird in der SÖ konkret bestimmt als umfassende Möglichkeiten zur je individuellen Selbstentfaltung.
- Dass, wie für die GÖ gefordert, die Wirtschaft Menschen und ihrem Wohlbefinden dienen soll, versteht sich in der SÖ von selbst.

Diese Übereinstimmungen sollen spezifische Differenzen nicht verdecken:

– Das explizite Ziel der GÖ ist die Bedürfnisbefriedigung der jeweils gemeinsam Wirtschaftenden. Die SÖ fokussiert die Aufmerksamkeit stärker direkt auf das Individuum. Die Kooperation in verschiedenen Reichweiten (bilateral, lokal-gemeinwesenorientiert, international...) ist lediglich Mittel zum Zweck der Bedürfnisbefriedigung im Rahmen der je individuellen Selbstentfaltung. Das Individuelle beinhaltet dabei grundsätzlich die »natürliche Gesellschaftlichkeit« (Holzkamp) jedes Menschen.

– Die GÖ wird ans lokale Umfeld gebunden – die SÖ betrachtet auch globale Vernetzung als unabdingbar für die Erzeugung komplexer Infrastrukturen und Produkte.

– Entscheidungen auf Konsensbasis werden in der GÖ angestrebt. Die SÖ überlässt die konkrete Art und Weise der Entscheidungsfindung der Freien Vereinbarung der Beteiligten. Wichtig ist hier die gleiche Macht jeder einzelnen Person, auf die dabei verwendeten Regeln Einfluss zu nehmen, was u.a. durch die Möglichkeit der »Abstimmung mit den Füßen« abgesichert sein muss. Die Voraussetzung dazu ist, dass jede ohne einen höheren Preis zu bezahlen als andere es müssen, gehen können muss (vgl. Spehr 2000 zu den Bestimmungen Freier Kooperationen).

– Die Bedarfsorientierung der GÖ setzt Unterscheidung von Bedürfnis (Mangelgefühle...) und Bedarf (Güter und Dienste zur Bedürfnisbefriedigung) voraus (nach Möller 1996). Im Rahmen der SÖ lassen sich die wichtigsten Bedürfnisse nicht in verdinglichter Form befriedigen, sondern gerade Reproduktion/Produktion ist selbst ein grundlegendes Bedürfnis.

– Die GÖ fordert eine Orientierung an eigenen »notwendigen und wünschenswerten Bedürfnissen« (Möller 1996). Aus der Sicht der SÖ sind alle real auftretenden menschlichen Bedürfnisse notwendig und für diese Menschen wünschenswert. Es gibt keine äußere Instanz, die »Wünschenswertigkeit« bewerten darf. In der menschlichen Bedürftigkeit selbst steckt das Bedürfnis nach ökologischer Intaktheit, das muss nicht zusätzlich durch eine äußerliche Bewertung hinzugefügt werden. Auch die Vorsorgeorientierung und eine »Verpflichtung, die Zukunft mitzubedenken« brauchen nicht als äußerliche moralische Forderung auftreten, sondern ist immanent in der menschlichen Bedürftigkeit enthalten (Holzkamp) und bedürfen lediglich der Aufhebung der sie behindernden bürgerlich-kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse.

– Die GÖ beruht auf einer normativen Zielbestimmung für ökonomisches Handeln (Möller 2001, 33), wobei die Normen diskursfähig bleiben sollen. Die SÖ verzichtet auf Normen und setzt auf nichtnormative Selbstregulation in freien Vereinbarungen.

– Die GÖ steht noch mit einem Bein in der kapitalistischen Ökonomie. Es wird gesprochen von Tausch und Verkauf, »möglichst geringem Geldtransfer« und davon, »möglichst unabhängig vom Staat« sein zu wollen. Es ist unklar, wie hier Vision und Übergang sich unterscheiden. Die SÖ beruht auf einem Ausschluss jeglicher wertförmiger Verhältnisse und Beziehungen, also auch von Geld, Tausch oder ähnlichem. Auch für den Übergang wird gefordert, alle Innenverhältnisse konsequent nicht wertförmig zu gestalten, damit die Selbstentfaltung sich als produktiver, kreativer Faktor sich ausreichend entwickeln kann und die durch die Wert-Verwertung gesetzten Grenzen überschreiten kann. Die Beziehungen nach »außen« müssen gezwungenermaßen noch teilweise verwertungsorientiert (geldlich) sein – jedoch ist eine rigide, klare und dauerhafte Trennung von äußerer Verwertungslogik und innerer Nutzenslogik notwendig. Die Orientierung ist auf die Expansion des wertfreien »Innenbereichs« und Minimierung ihrer »Außenbeziehungen« gerichtet (Meretz 2000b).

– Die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln wird im GÖ-Konzept nicht gestellt – die SÖ setzt für den Übergang auf eine rechtliche Absicherung der Produkte und selbsterzeugten Produktionsmittel durch subversive Nutzung bürgerlichen Eigentums- und Urheberrechts zur Absicherung angeeigneter materieller Ressourcen (Analogie: freie Softwarelizenz GPL) (ebd.)

Das soll nicht heißen, dass die Gedanken zu einer Selbstentfaltungs-Gesellschaft bereits vollständig ausgegoren seien. Wir haben uns noch vielen Fragen ausdrücklich zu widmen. Das Verhältnis von allgemeiner Reproduktion und Produktion im üblichen ökonomischen Sinne ist genauer zu diskutieren (vor allem in Hinsicht auf die von Frauen eingebrachten Aspekte). Die Ökologie-Frage ist mit dem obigen Vermerk auf ihr Enthaltensein in individuellen Bedürfnissen noch nicht abgearbeitet und auch das Verhältnis von materieller und immaterieller Produktion (bei Zunahme der Bedeutung der Informationssphäre) ist noch nicht ausreichend geklärt worden. Diese Texte hier in CONTRASTE sind teilweise eine erste explizite Bezugnahme auf solche Fragen, nachdem das Grundsätzliche auf ziemlich fundierter Grundlage ausgearbeitet wurde. Die weitere Arbeit wird weiter dezentral-vernetzt vor allem im Internet erfolgen und abhängig davon, wie viele Menschen sich mit welchen Beiträgen beteiligen, kann das Konzept weiter qualifiziert werden. Wir laden herzlich dazu ein. Dieser Beitrag kann z.B. unter www.opentheory.org/andereoekonomie diskutiert werden. Dort findet sich auch die komplette Literaturliste, die aus Platzgründen eingespart wurde. ●

P.S. Dieser Text wurde gesponsert durch meinen Erwerbsarbeit»geber«, der mir durch eigene Überstunden die Zeit zu meiner Selbstentfaltung beim Schreiben dieses Textes verschaffte...

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Copyleft für diesen Schwerpunkt

© 2000 bei den jeweiligen AutorInnen.

Dieser Schwerpunkt wurde von einem freien Redaktionsteam aus dem Oekonux-Projekt organisiert. Alle Texte unterstehen den Bedingungen der GNU Free Documentation License, Version 1.1 oder höher, herausgegeben von der Free Software Foundation (FSF), d.h. sie dürfen frei kopiert, verändert und verändert weitergegeben werden, sofern die Lizenz nicht verändert und ihre Bedingungen eingehalten werden. Dazu gehört die übliche Nennung von AutorInnen, Titeln und ursprünglicher Quelle. Eine Kopie der Lizenz findet sich unter www.gnu.org/copyleft/fdl.html.

Literatur

Braun, A. (1998): Überlebensstrategien zwischen Barfuß-Ökonomie und Frauenemanzipation. In: Das Argument 226, Hamburg. S. 487-502

Gruppe Gegenbilder (2000): Freie Menschen in Freien Vereinbarungen – Gegenbilder zur EXPO 2000, Saasen.

Holzkamp, K. (1985): Grundlegung der Psychologie, Campus Frankfurt/M.

Meretz, S. (2000a): Linux & Co. Freie Software – Ideen für eine andere Gesellschaft. AG-SPAK-Verlag, Neu-Ulm

Meretz, S. (2000b): Freie Software und die Ideen für eine alternative Ökonomie. Thesen für den TAK-AÖ-Workshop am 31.08.2000. Internet: www.oekonux.de/liste/archive/msg00786.html.

Merten, S. (2001): Freie Software für eine Freie Gesellschaft. Bringen GNU/Linux und Co. uns einer neuen Gesellschaft näher? Internet: www.oekonux.de/texte/neuegesellschaft/inhalt.html

Möller, C. (1996): Feministische Ansätze zu einer alternativen Ökonomie. In: CONTRASTE Oktober 1996, S. 10-11

Möller, C. (1997): Überlegungen zu einem gemeinwesenorientierten Wirtschaften. **In: Möller, C., Bleibaum, B., Peters, U., Steitz, L., Wagnerová, A. (1997):** Wirtschaften für das »gemeine Eigene«. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, Berlin , S. 17-32

Möller, C., Peters, U. (1998): AG: Anders wirtschaften – arbeiten – leben. Feministische Ansätze zu einer gemeinwesenorientierten Ökonomie. In: Rundbrief Alternative Ökonomie. Nr. 84, S. 29-31

Möller, C. (2001): Theoretische Zugänge zu solidarischer Ökonomie aus feministischer Sicht. In: Rundbrief Alternative Ökonomie Nr. 93, S. 32-36

Sana, H. (1997): Die Zivilisation frisst ihre Kinder. Die abendländische Weltherrschaft und ihre Folgen, Hamburg

Schwendter, R. (1986a): Notate zu den Mühen der Ebenen. **In: Schwendter, R. (Hrsg.):** Die Mühen der Ebenen. Grundlegungen zur alternativen Ökonomie – Teil 2, S. 259-267

Schwendter, Rolf (1986b): Notate zu den Mühen der Berge. **In: Schwendter, R. (Hrsg.):** Die Mühen der Berge. Grundlegungen zur alternativen Ökonomie – Teil 1, S. 286-292

Spehr, C. (2000): Gleicher als Andere. Eine Grundlegung der Freien Kooperation. zugleich Beantwortung der von der Bundesstiftung Rosa Luxemburg gestellten Frage: »Unter welchen Bedingungen sind soziale Gleichheit und politische Freiheit vereinbar?«, Bremen.

Eine kommentierte Link-Sammlung

»Die Freie Gesellschaft erfinden«

Klicks in die Freiheit ;-)

Was 1984 bei der Software begann, strahlt heute in viele andere gesellschaftliche Bereiche aus. Im folgenden werden ausgewählte wichtige Quellen der Freien Software und solcher Bereiche genannt, die von Freier Software und ihren Prinzipien inspiriert wurden. Eine vollständige und permanent aktualisierte Linksammlung findet sich unter www.oekonux.de/projekt/links.html.

Stefan Merten, Stefan Meretz ● Das GNU-Project (www.gnu.org) ist eine wesentliche Grundlage für GNU/Linux. Es ist die erste Form, in der die Entwicklung **Freier Software als gesellschaftlich relevante Tätigkeit** diskutiert und praktiziert wurde. Am Beginn der Bewegung Freier Software steht unbestreitbar das »GNU-Manifest (The GNU Manifesto: www.gnu.org/gnu/manifesto.html, deutsch: www.gnu.de/mani-ger.html). Auch wenn der Erfolg der Bewegung heute für sich spricht, ist das Papier noch mit Gewinn zu lesen. Ähnlich grundsätzlichen und inzwischen historischen Charakter haben die Artikel »What is Free Software?« (www.gnu.org/philosophy/free-sw.html) und »Why Software Should Not Have Owners« (www.gnu.org/philosophy/why-free.html). Das GNU-Projekt dokumentiert auch den Artikel »Studies Find Reward Often No Motivator -- Creativity and intrinsic interest diminish if task is done for gain« (www.gnu.org/philosophy/motivation.html) über Studien, die zeigen, daß Belohnung eher Killer als Anreiz für Kreativität ist.

Neben inzwischen zahlreichen kommerziellen GNU/Linux-Distributoren kann sich das Freie Debian-Projekt (www.debian.org) einen hervorragenden Status erhalten. Weltweit sorgen Freiwillige für das anerkannt beste GNU/Linux-System. In einem **Gesellschaftsvertrag** (Social Contract: www.debian.org/social_contract) formuliert das Projekt oft übernommene Grundlagen ihres Handelns als Freies Projekt.

Unter »The Open Source Page« (www.opensource.org) findet sich die Homepage der anderen Fraktion in der Freien Software-Szene, die versuchen, **Freie Software in marktwirtschaftliche Strukturen** zu integrieren.

Historisches

Wer einen Überblick über Vorgeschichte und **Geschichte Freier Software** sucht, ist mit der Zeittafel »Geschichte Freier Software« (www.kritische-informatik.de/ fshist.htm) mit zugehörigem Glossar gut versorgt. Sie ist Teil des Büchleins »LINUX & CO. Freie Software – Ideen für eine andere Gesellschaft« von Stefan Meretz, das auch online (www.kritische-informatik.de/fsrevol.htm) verfügbar ist. Der Vortrag »Offene Quellen und öffentliches Wissen« (waste.informatik.hu-berlin.de/Grassmuck/Texts/wos-moskau.html) von Volker Grassmuck gibt einen historischen Abriss der Entwicklung von freier Software und bietet einen kurzen Ausblick. Vom gleichen Autor stammt auch »Open Source – Betriebssystem für eine freiheitliche Gesellschaft« (waste.informatik.hu-berlin.de/Grassmuck/Texts/OSS-Tutzing-5-00.html).

Musik

Grundideen der freien Verfügbarkeit von digitalen Produkten wurde schnell im Musikbereich aufgegriffen. Im Manifest »The Free Music Philosophy« (www.ram.org/ramblings/philosophy/fmp.html) finden sich Gedanken zur **Begründung Freier Musik**. Es ähnelt dem GNU-Manifest. Eine Link-Liste (www.ram.org/ramblings/philosophy/fmp/fma.html) listet Sites, die diese Idee unterstützen. Der europäische MP3-Verbund (www.mp3eu.net) bündelt die Aktivitäten der einzelnen MP3-Sites in Europa. Gemeinsam haben sie sich der Verbreitung von **Freier MP3-Musik** verschrieben, die Freie KünstlerInnen zur Verfügung stellen. »The xiphophorus company« (www.xiph.org) ist ein Zusammenschluß von Leuten, die **Freie Multimedia-Standards** etablieren wollen. Ihre Selbstdarstellung (www.xiph.org/about.html) enthält eine gute Darstellung zum Thema Freie Musik und Musikindustrie. Projekte, die Freie Musik anbieten, finden sich unter GNUsic (www.gnusic.net) und monotonik::mono (www.mono211.com).

Weitere Berichte zur Oekonux-Konferenz:

Telepolis:
www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/konf/ 7584/1.html
Heise-Ticker:
www.ix.de/newsticker/data/em-30.04.01-005
NZZ:
www.nzz.ch/2001/05/04/em/page-article7DCR8.html
Berliner Zeitung:
www.BerlinOnline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/2001/0502/medien/0010/index.html
Junge Welt:
www.jungewelt.de/ 2001/05-08/018.shtml
Livebericht:
www.famemaf.de/oekonux.html
Indymedia:
www.de.indymedia.org/netactivism.html
ComUneFarce:
www.copyriot.com/unefarce (hier erscheint dieser Artikel auch)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Texte

Texte jeglicher Art unterliegen in digitaler Form einem erheblichen »Freiheitsdruck«. So ist es nicht verwunderlich, dass es viele Projekte in diesem Bereich gibt. Das »Open Directory Project« (www.dmoz.org) ist Plattform eines **Freien Internet-Katalogs**. »The GNU version of The Collaborative International Dictionary of English« (www.ibiblio.org/webster) ist ein **Freies Wörterbuch** und wird auf der Grundlage einer Ausgabe von Webster's Dictionary erstellt, dessen Copyright abgelaufen ist. Im Projekt »Nupedia – the open content encyclopedia« (www.nupedia.com) wird eine **Freie Enzyklopädie** aufgebaut. Ein ähnliches Ziel verfolgt das Projekt »Encyclopaedia Aperta« (www.opentheory.org/enzyklopaedie).

Freie Inhalte aller Art stehen unter der OpenContent-Lizenz (opencontent.org), die mit der GPL vergleichbar ist. Es wird auch eine umfangreiche Liste (wiley.byu.edu/opencontent) konkreter Projekte geführt. Es lohnt sich, dort zu stöbern. Die Open Mind Initiative (www.openmind.org) sammelt Weltwissen von Durchschnitts-Netizens um **Freie Software »intelligenter«** zu machen. Im Projekt Lehrer-Online (www.lehrer-online.de) werden u.a. **Unterrichtsmaterialen für Lehrer** mehr oder weniger frei zur Verfügung gestellt. Bei der Leselupe (www.leselupe.de) können **Freie AutorInnen** ihre literarischen Werke ins Web stellen. Auch für Lektorat bzw. Rezension gibt es Freiwillige. Echte **Freie Literatur** also. Sogenannte MODs für das Computer-Spiel »Half Life« (www.planethalflife.com) entstehen ähnlich wie Freie Software. Auf einer **Web-Site für Expertenwissen** (www.expertenseite.de) werden Fragen und Antworten aus zahlreichen Themengebieten präsentiert. Interessant ist die Punktebewertung der Antworten, die eine Einschätzung von deren Qualität und der antwortenden Experten ermöglicht. Das Projekt open theory (www.opentheory.org) versucht **Theorie-Entwicklung** nach dem Vorbild der Entwicklung Freier Software zu betreiben.

Materielle Produkte

Besonders spannend sind Projekte, bei denen die Prinzipien Freier Software erst einmal nicht so nahe zu liegen scheinen. Eine Liste **Freier Hardware-Projekte** wird im Utopia Webring (opencollector.org/cgi-bin/utopia/index) gepflegt. Nachdem er mit Patentierung seiner eigenen Idee durch eine andere Firma bedroht wurde, hat der Erfinder seine Erfindung als **Freien Microarrayer für die Molekularbiologie** (cmgm.stanford.edu/pbrown) veröffentlicht, zu dem es auch einen Kommentar (opencollector.org/news/Archives/2000/Feb/951242884.html) gibt. Unter dem Label OPENCORES.ORG (www.opencores.org) werden **Freie Chips** designt. In der ersten Phase einer recht ambitionierten Planung soll eine Freie PCI-Karte entwickelt werden, auf der GNU/Linux läuft. Das »Free IP project« (www.free-ip.com) entwickelt **Freie Chip-Cores** für den Einsatz in programmierbareren Chips. An der Entwicklung **Freier Computer-Hardware** wird bei »Open Collector« (opencollector.org) gearbeitet, und das Projekt »Freedom CPU« (www.f-cpu.org) entwickelt eine **Freie CPU**. Ein **Freies Auto** ist das Ziel des OSCar-Projekts (www.theoscarproject.org) – sehr spannend!

Workshop Informationsgesellschaft — Foto: Detlef Borchers

... und weitere Bereiche

Das Projekt Divercity (www.berlin.heimat.de/divercity) überträgt die Prinzipien Freier Software-Entwicklung auf die **Stadtplanung**. Der Text auf ihrer Homepage enthält auch interessante grundsätzliche Überlegungen zu Kooperation und anderen Aspekten Freier Entwicklung, deren Prinzip sie offenbar gut verstanden haben. Der Text »A Cathedral of Public Policy to a Public Policy Bazaar« (www.nettime.org/nettime.w3archive/199905/msg00284.html) stellt Überlegungen an zur Übertragung der Prinzipien Freier Software auf **praktische Politik in Demokratien**. Unter www.mikro.org/Events/OS/lessig/ ist ein Workshop dokumentiert, der sich unter anderem auf **CyberLaw** bezieht. Grundsätzliche Überlegungen, Erfahrungsberichte und Zitate bekannter Leute zum Verhältnis von Freier Software und **Freier Sexualität** (www.salon.com/tech/feature/2000/05/26/free_love/index.html). Das Projekt PingoS (www.pingos.schulnetz.org) fördert **GNU/Linux in Schulen**. Es versteht sich als Kommunikationsprojekt einer virtuellen Gemeinschaft, über die versierte Linux-Nutzer kostenlos Schulen bei der Einrichtung und Wartung von Linux-Rechnern unterstützen. Auch der Staat überlegt den Einsatz Freier Software in Bundesverwaltungen (linux.kbst.bund.de).

Oekonux

Das Oekonux-Projekt (www.oekonux.de) hat viele Inspirationsquellen. In einem Vortrag »Linux -Software-Guerilla oder mehr? -- Die Linux-Story als Beispiel für eine gesellschaftliche Alternative« (www.kritische-informatik.de/linuxsw.htm) der **AG Kritische Uni** (www.merten-home.de/KritischeUni/veranstalt/99s/990624.html) hat Stefan Meretz wichtige Gedanken zum späteren Thema von Oekonux vorgetragen. Er untersucht die Entwicklung Freier Software als qualitativ neuen Aspekt der **Produktivkraftentwicklung**. Vom gleichen Autor stammt »Die doppelte algorithmische Revolution des Kapitalismus – oder: Von der Anarchie des Marktes zur selbstgeplanten Wirtschaft« (www.kritische-informatik.de/algorev.htm). Auf der Konferenz **Wizards-of-OS** (www.wizards-of-os.org) haben sich schließlich die Leute gefunden, die Oekonux aus der Taufe gehoben haben. Eine lesenswerte nach Themen sortierte Zusammenfassung (www.thur.de/philo/oekonux.htm) ist von Annette Schlemm angelegt worden.

Ein sehr **grundlegender Artikel**, der für mehrere Leute bei Oekonux zu den hier diskutierten Fragen geführt hat, ist »Antiökonomie und Antipolitik« (www.giga.or.at/others/krisis/r-kurz_antioekonomie-und-antipolitik_krisis19_1997.html) von Robert Kurz. Eine nicht uninteressante Auseinandersetzung mit der Freien Software aus der DKP-Ecke leistet der Artikel Kommunismus = Sowjetmacht + Internet (http://home.t-online.de/home/hDunkhase/parisw.htm). Eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Stand kapitalistischer Entwicklung und Möglichkeiten einer Umwälzung ist Thema des Aufsatzes »Subjektivität, Selbstentfaltung und Selbstorganisation« (www.opentheory.org/selbst), der als überarbeitetes Kapitel Eingang in das Buch »Freie Menschen in freien Vereinbarungen« der Gruppe Gegenbilder (www.opentheory.org/gegenbilder) fand. CONTRASTE berichtete darüber in Ausgabe 195.

Der Artikel »The Hi-Tech Gift Economy« (www.firstmonday.dk/issues/issue3_12/barbrook/index.html) von Richard Barbrook untersucht unter anderem, warum das Internet so gut als **anarcho-kommunistisches Medium** funktioniert und warum diese Entwicklung gerade an diesem Punkt der menschlichen Geschichte auftritt. Auch eine Einbettung in die Ideen der Neuen Linken nimmt er vor.

Die erste **Oekonux-Konferenz** (www.oekonux-konferenz.de) hat zahlreiche neue Beiträge zum Projekt erbracht, die zu einer Intensivierung der Diskussion um gesellschaftliche Alternativen geführt haben. Erstaunlich ist die große Offenheit, Breite und Stabilität der Debatte. Grabenkämpfer finden im Projekt kein Gehör, gehen meist von selbst und äußern ihre Kritik dann außerhalb. Dazu zählt der Aufsatz »Die IdiotInnen des Kapitals« von Christian Fuchs (stud4.tuwien.ac.at/~e9426503/infogestechn/fsw.html), der trotz seines denunziatorischen Stils interessiert rezipiert wurde (vgl. http://www.oekonux.de/liste/archive/msg02111.html und grundsätzlich www.opentheory.org/keimformdiskurs). Diese konstruktive Wendung auch »niedermachender« Kritik ist einzigartig.●

PROJEKTWERKSTATT REISKIRCHEN-SAASEN:

Sozialrassistischer Angriff

Am 1. Mai 2001 zwischen 0 und 3 Uhr kam es zu einem bewaffneten Angriff von ca. 50 Personen auf die Projektwerkstatt in Reiskirchen-Saasen. Der Vorgang als solches ist nicht überraschend, wohl aber die Organisiertheit der Angreifenden, die in mehreren Gruppen agierten, zwischen denen es eine Kommunikation gab. Die Gruppe wurde von BürgerInnen angefeuert oder unterstützt. In den Tagen danach wurde deutlich, daß wieder politische Kreise hinter dem Geschehen steckten. Sie geben die Begriffe aus, sie sind die geistigen Brandstifter, die mit Worten wie »Schandfleck« oder »Sozialschmarotzer« den ideellen Rahmen für das Geschehen stecken.

Redaktion Umweltschutz von unten ● Das Besondere am Pogrom gegen die Projektwerkstatt ist nicht der Angriff als solches: Attacken gegen Obdachlose, AsylbewerberInnen oder Behinderte sind oft genug sozialrassistisch motiviert, d.h. dahinter steht eine Ablehnung gegenüber anderen Lebensansätzen bzw. gegenüber Menschen, die im gesellschaftlichen Diskurs als Ballast definiert werden. Das Besondere am Pogrom von Saasen ist die historische Nachvollziehbarkeit. Da das angegriffene Projekt seit 1993 in dem Ort besteht, sind die vielfältigen Auseinandersetzungformen, die dahinterstehenden politischen Bemühungen (von der Verbreitung von Gerüchten über die Bezahlung von Menschen, die Anschläge verüben, bis zur öffentlichen Gutheißung von Gewaltanwendung) und auch die Eskalationstufen genau bekannt. Saasen bietet eine gute Grundlage für eine exakte Recherche, wie Sozialrassismus entsteht, sich entwikkelt und sich auslebt. Inzwischen haben verschiedene Debatten begonnen – aus politischen Kreisen werden die Attacken auf die Projektwerkstatt zum Teil unterstützt. Andere Teile fordern deeskalierende Dialogformen. BesucherInnen der Projektwerkstatt werden beschimpft, andererseits wenden sich auch DorfbewohnerInnen gegen die sozialrassistische Stimmung.

Detaillierte Informationen über die Abläufe und Hintergründe unter www.projektwerkstatt.de/saasen.

Wer ist die Projektwerkstatt

Die angegriffene Projektwerkstatt ist ein Gebäudekomplex (ehemaliger Bauernhof) im Besitz eines Fördervereins. Die Idee der Projektwerkstätten entstand 1990 im Zuge der selbstorganisierten Jugendumweltbewegung. Die erste Projektwerkstatt, der »Alte Bahnhof Trais-Horloff«, ist das Vorgängerprojekt zur Projektwerkstatt in Saasen, 1993 zog das Projekt in das neue Haus, erstmals über Eigentum abgesichert.

Die Idee der Projektwerkstätten weitete sich bis 1993 stark aus, ca. 50 solcher Einrichtungen (die meisten allerdings kleiner und z.B. auf einige Räume in anderen Zentren beschränkt) gab es bundesweit. Inzwischen sind einige wieder aufgelöst, andere haben sich etabliert und sind eher Managementbüros geworden. Einige aber blieben den alten Ideen treu und arbeiten heute lose zusammen, immer wieder projektorientiert oder im Rahmen z.B. des Netzwerkes »Umweltschutz von unten« oder an der Zeitung »Ö-Punkte«, die in verschiedenen Projektwerkstätten erstellt wird.

Zwei wichtige Grundsätze der Projektwerkstätten seien genannt:

- Die Projektwerkstatt ist ein offenes Haus, in dem eine Arbeitsinfrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Projektwerkstätten wollen weder cliquenmäßig organisiert sein (ein wichtiger Unterschied zu großen Teil intransparenter politischer Bewegung!) noch als Projektwerkstatt nach außen treten. Vielmehr sollen die Räume kollektiv und kooperativ aufrechterhalten werden, die konkreten Projekte und Positionen aber kommen von den Gruppen, die das Haus nutzen.
- Projektwerkstätten sind selbstorganisiert, gerade die Projektwerkstatt in Saasen ist das herausragendste Beispiel dafür. Für fast jeden Einrichtungsgegenstand lässt sich eine Geschichte erzählen, auch zum Ausbau des Hauses. Keine Zuschüsse für Personen oder Projekt sind der Normalfall, das Haus organisiert sich aus der Kreativität der Beteiligten und UnterstützerInnen, über Tausch- und Schenkökonomie z.B. mit Umweltfirmen usw.

Zur Zeit beherbergt die Projektwerkstatt in Saasen das größte aktuelle Bewegungsarchiv (KABRACK!archiv), ein Seminarhaus und etliche politische Werkstätten zum Layouten, Internetarbeiten usw. Eine politische Wohngemeinschaft, wie sie in den ersten Jahren das alternative Leben und die politische Orientierung stark getragen hat, existiert zur Zeit nicht. Der Raum dafür wäre aber da – und InteressentInnen sind willkommen.

Kontakt: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen, Tel. 06401/90328-3, Fax -5,
E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de
www.projektwerkstatt.de/saasen

Eine Woche später: Nachwievor hat keine in Politik, Vereinen oder sonstigen Einrichtungen verantwortliche Person den Weg in die Projektwerkstatt gefunden. Ob Kirche, Grüne oder das sonstige bürgerliche Spektrum: Ich seh nix, ich hör nix, ich sag nix ...

Weiterer Verlauf

Dieser Bericht hat bei der Polizei die Zuständigkeit wechseln lassen, inzwischen ermittelt die Kriminalpolizei. Die angesetzte Zeugenvernehmung vom 17.5. ist abgesagt. Während der Hausdurchsuchung am 9.5. in der Projektwerkstatt war Herr Arnold von der Gemeinde Reiskirchen da. Zum Pogrom sagte er nichts, auch nicht zu den vertuschenden Äußerungen des Bürgermeisters oder den Denunziationen des Ortsbeirates. Stattdessen nutzte er seine Anwesenheit offensichtlich, um Informationen für weitere, jetzt formalrechtliche Attacken (Baurecht usw.) gegen die Projektwerkstatt. Das wäre dann nicht nur geistige Brandstiftung, sondern ein Arm-in-Arm mit dem Mob – jeder halt auf seine Art! ●

Hausdurchsuchung am 9.5.2001

Mit Durchsuchungsbeschluß des Amtsgerichts Gießen betraten gegen 9 Uhr Beamte von

- Landeskriminalamt (2 Personen)
- Staatsschutz der Polizei Gießen (2 Personen)
- Polizeistation Grünberg (4 Personen in zwei Wagen)
- Gemeinde Reiskirchen (1 Person)

das Haus. Hintergrund sollen die Ermittlungen um die Beschädigungen des Golfplatzes Winnerod sein. Gesucht würden Arbeitsgeräte, schriftliche Unterlagen wie z.B. TeilnehmerInnenlisten des wohl während der Angriffe auf den Golfplatz laufenden Treffens in der Projektwerkstatt und mehr.

Die Durchsuchung verlief unspektakulär. Neben einer Durchsuchung händigten wir Kopien und Ausdrucke der das Treffen vom 13.-15.10.2000 (Hoppetosse) beschreibenden Berichte aus, die im Internet bzw. in der Zeitung »Open End« erschienen (alles öffentlich zugängliche Daten). Die anwesenden Verteidiger von Recht und Ordnung verzichteten im Zuge dieser Einigung auf die intensivere Durchsuchung oder gar Mitnahme von Unterlagen, Rechnern usw.

Neben etlichen allgemeinpolitischen Debatten um Sinn und Unsinn von Polizei, Parlamenten usw. machten wir deutlich gegenüber Polizei und Gemeinde, dass der kaum zu vermeidende Kontext zum Pogrom gegen die Projektwerkstatt am 1. Mai alles andere als sinnvoll sei.

Wenig erfreulich war das Verhalten des Bediensteten der Gemeinde Reiskirchen, der den ihm auf diese Weise verschafften Zutritt zum Haus offensichtlich nutzte, um sich ein Bild zu machen, wie die Projektwerkstatt, z.B. baurechtlich, anzugreifen war. Von dort (Dienstvorgesetzter Bürgermeister Döring macht nach dem Pogrom am 1. Mai die Bemerkung mit dem »Maischerz« und dem Aushebeln eines Hoftores, was es aber gar nicht gab – er kann halt nur eines: (Lügen) dürfte noch einiges zu erwarten sein ... wenn sie dann auch selbst zu den Handelnden würden, nicht nur als geistige Brandstifter.

SOZIOKULTUR ETABLIERT

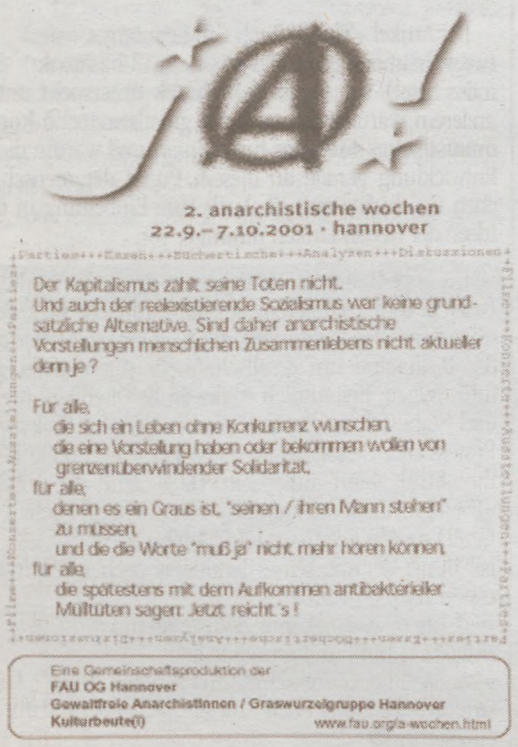
Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren e.V. (LAG NW), der Zusammenschluss von derzeit 65 soziokulturellen Zentren und Initiativen in Nordrhein-Westfalen kann sich über die Erhöhung der Projektmittel durch das Land freuen. 400.000 DM wurden bewilligt und der Beirat der LAG NW vergab die Projektmittel. Bei insgesamt 90 Anträgen mit einem Antragsvolumen von über 1 Mio. DM musste der Beirat natürlich auswählen – bewilligt wurden 53 Projekte.

Rainer Bode, Geschäftsführer der LAG NW: »Soziokultur bekommt in NW damit deutlich mehr Gewicht. Das muss in den nächsten Jahren fortgesetzt bzw. mindestens gehalten werden.« Nach 15 Jahren ist das erstmals eine nennenswerte Erhöhung der Projektmittel für die soziokulturellen Zentren in Nordrhein-Westfalen. Waren es 1986 noch ca. 25 Zentren, die Projektanträge für die 150.000 DM Landesförderung beantragten, sind es nicht nur die 65 in der LAG NW organisierten Einrichtungen, sondern noch 30 bis 40 andere. Der Bedarf an Projektmitteln ist durch diese zahlenmäßige Verbreiterung der Zentren im ganzen Land (nicht nur in den Großstädten) auch gewaltig gestiegen. Dem trägt jetzt die rot-grüne Koalition Rechnung durch die Erhöhung. Das entspricht einer Verdoppelung der Förderung. Treibende Kraft war *Oliver Keymis*, Landtagsabgeordneter und kulturpolitischer Sprecher der grünen Fraktion. Und auch erfreulich: Die CDU-Fraktion unterstützte das ebenfalls.

In der Vergangenheit gab es immer wieder unterschiedliche Unterstützung durch das Land. Das waren nicht nur der Erstumbau und Ersteinrichtung, sondern vor zwei Jahren auch die investiven Modernisierungsmittel für die Zentren (»Verjüngungskur«) und das Qualifizierungsprojekt Quatro in den Jahren 1998 und 1999. Die Soziokultur und die soziokulturellen Zentren weisen nach wie vor eine Erfolgsgeschichte aus. Das belegt nicht nur die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im deutschen Bundestag zur Soziokultur und insbesondere zu den soziokulturellen Zentren (Bundestagsdrucksache 14/4020), zu finden auf der Internet-Seite der LAG NW unter www.soziokultur.de), sondern nun auch die Erhöhung der Förderung. ●

dp

Anzeige



Verfassungsschutz & Polizeirazzia

Repression gegen linke Links

Internetseiten mit rechtsradikalen Inhalten sind seit kurzer Zeit in der öffentlichen Diskussion. Doch der Verfassungsschutz scheint auf dem rechten Auge blind zu sein und macht stattdessen Jagd auf Websites mit linken Inhalten.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Seit mehr als einem Jahr gibt es aktuelle News aus der linken Szene unter www.linkeseite.de. Informationen über Antirepressionsfälle, Aktuelles, sowie Termine für die neuesten Antifa-Demos sind dort zu finden. Doch für ca. fünf Wochen konnte Linke Seite mit ca. 20.000 NutzerInnen und etwa 80.000 Seitenaufrufen pro Monat sowie 800 eingetragenen NewsletternutzerInnen nicht mehr aktualisiert werden.

Ausgerechnet am »Internationalen Tag der Pressefreiheit«, am Morgen des 3. Mai wurden bei einer Durchsuchung in der Stuttgarter Wohnung des »Linke Seite«-Betreibers durch die Polizei die Computeranlage, das Modem und diverse schriftliche Unterlagen beschlagnahmt.

Unter den zahlreichen Informationen der Linken Seite waren es einige Texte der in der BRD verbotenen türkischen DHKP-C, die die Staatsmacht auf den Plan rief. DHKP-C steht für eine marxistisch-leninistische Organisation, die in der Türkei hauptsächlich in den Elendsvierteln um Istanbul aktiv ist. »Der Beschuldigte steht im Verdacht, im Internet unter der Adresse www.dhkc.de Schriften der sogenannten DHKP-C zu verbreiten, obwohl diese, wie er weiß, mit Verfügung des Bundesministers des Inneren vom 09.08.1998 als Ersatzorganisation der bereits im Januar verbotenen »Devrimci Sol« verboten wurde. Verdacht eines Vergehens gemäss Paragraph 20 Vereinsgesetz«, so der Vorwurf im Durchsungsbeschluss. Gegen den Linke Seite-Betreiber wird jetzt wegen Unterstützung einer verbotenen Vereinigung ermittelt. Doch dieser weist den Vorwurf vehement zurück: »Die Linke Seite ist ein nichtkommerzielles Internetprojekt mit dem Ziel, eine möglichst breite Öffentlichkeit zu schaffen, zu sensibilisieren, zu informieren und zu animieren. Es geht uns um die unzensierte Diskussion und Verbreitung linker Informationen«. Die Durchsicht der »Linken Seite« zeigt, dass es kaum möglich sein dürfte, dem Betreiber vorzuwerfen, er mache sich den Inhalt der dort veröffentlichten Texte zu eigen. Dort finden sich neben den inkriminierten DHKP-C-Erklärungen Texte aus anarchistischen, feministischen und autonomen Gruppen.

Das Internetprojekt wurde durch die Razzia und die Beschlagnahme akut gefährdet. Doch mittlerweile ist die Weiterarbeit durch die große Solidarität wieder gesichert: »Ich danke allen für die enorme Soli- und Unterstützungsarbeit, die ein Weiterbestehen dieses Projektes innerhalb kürzester Zeit ermöglichte und somit den Versuch staatlicher Einflussnahme auf ein linkes Informationsportal scheitern ließ. In Zukunft wird eine Dezentralisierung des Projektes weiteren staatlichen Massnahmen entgegenwirken und dieses damit auch schwerer angreifbar sein«, schreibt der Betreiber auf der wieder voll funktionsfähigen »Linken Seite«. ●

www.linkeseite.de

ABBAU VON BENACHTEILIGUNG

Ordnungspolitischer Status von sozialen Unternehmen im Dritten System

Der unklare rechtliche Status von sozialen Unternehmen im Dritten System stand im Mittelpunkt eines Fachgespräches, das im Mai 2001 in Berlin stattfand. Eingeladen hatten Lothar Binding, MdB (SPD) und die Arbeitsgemeinschaft Drittes System. Fachbeamte aus dem Wirtschafts-, dem Justiz-, dem Innen- und dem Sozial- und Arbeitsministerium kamen, um sich über die praktischen Probleme sozialer Unternehmen informieren zu lassen.

Wolfgang Gallfuß*, Red. Genossenschaften ● Soziale Unternehmen haben den Anspruch, soziale Zielsetzung mit wirtschaftlichem und unternehmerischem Handeln zu verknüpfen. Dieser »Doppelcharakter« führt zu rechtlichen und praktischen unternehmerischen Problemen. Denn das sozialunternehmerische Leitbild ist im deutschen Rechtssystem als eigenständige, dritte Säule neben der Privatwirtschaft (erstes System) und der öffentlich rechtlichen Wirtschaft (zweites System) bislang nicht eindeutig vorgesehen und geregelt. Einige europäische Nachbarländer, z.B. Italien, sind da schon etwas weiter. Soziale Unternehmen haben dort einen eigenen Rechtsstatus.

Rechtliche Kernprobleme

Die deutsche Rechtslage entspricht in der Regel entweder den Zielen wirtschaftlich und gewinnorientiert arbeitender Betriebe oder aber den Zielen rein ideell tätiger, kleiner Organisationen. Soziale Unternehmen bewegen sich aber zwischen diesen beiden Organisationstypen und den dazu gehörenden Zielorientierungen. Diese rechtliche Grauzone war Anlass des Fachgespräches zwischen der *ARGE 3. System* und den Fachbeamten verschiedener Bundesministerien.

Die *Arbeitsgemeinschaft Drittes System Deutschland* hat sich nach der europäischen Pilotaktion »Drittes System und Beschäftigung« im Dezember 2000 in Berlin gegründet, um die Interessen von sozialen Unternehmen und Initiativgruppen, die sich dem »Dritten System« zuordnen, öffentlich und politisch darzustellen und durchzusetzen. Der Heidelberger Bundestagsabgeordnete *Lothar Binding* (SPD), Mitglied der Enquetekommission Bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliches Vorstandsmitglied eines sozialen Unternehmens, nahm sich dieses Themas an und lud die betreffenden Berliner Fachministerien zum Fachgespräch mit der *ARGE 3. System* ein.

Nischenbetriebe oder Marktunternehmen?

Die sozialen Ziele von sozialen Unternehmen bewegen sich in einer unterschiedlichen und vielfältigen Bandbreite. Häufig bedienen sie sogenannte Marktnischen, die von der Privatwirtschaft vernachlässigt werden, weil sie wenig rentabel sind, aber trotzdem eine wichtige soziale Bedeutung haben. Diese Variante wird in der Regel ordnungspolitisch geduldet. Denn sie stellt keine Marktkonkurrenz für das erste oder zweite System dar.

Von der Konkurrenz und der Politik werden soziale Unternehmen kritischer beäugt, wenn sie sich aus den Marktnischen heraus bewegen. Dies gilt besonders, sobald sie aktiv am allgemeinen Wettbewerb mit marktfähigen Produkten teilnehmen, um dauerhafte Erwerbsarbeitsplätze für vom ersten und zweiten System ausgegrenzte Arbeitslose zu schaffen und damit einen dauerhaften Beitrag zur sozialen Stabilität leisten. Diese Integration von sogenannten schwerstvermittelbaren Arbeitslosen in das Erwerbsleben erfordert aber eine Mischung von marktorientierter Produktion von Gütern und Dienstleistungen **und** einem staatlich finanzierten Ausgleich für die Wettbewerbsnachteile von Langzeitarbeitslosen. Diese soziale und unternehmerische Konstellation ist aber im deutschen Rechtssystem nicht ausreichend berücksichtigt. Darüber hinaus gibt es auch einige rechtliche Hürden, die für die positive Entwicklung dieses Konzeptes hinderlich sind.

Hürde Unbedenklichkeitsbescheinigung

Die Freiheit des Marktes wird für soziale Unternehmungen durch sogenannte »Unbedenklichkeitsbescheinigungen« eingeschränkt. Die privatwirtschaftliche Konkurrenz hat eine Art Vetorecht, wenn öffentlich geförderte Langzeitarbeitslose bei marktorientierten sozialen Unternehmen produktiv mitarbeiten sollen. In der Praxis werden diese Unbedenklichkeitsbescheinigungen häufig von den Mitbewerbern zur Verhinderung des Wettbewerbs genutzt. Durch diesen partiell vorhandenen, faktischen Ausschluss von sozialen Unternehmen aus der Marktkonkurrenz bleibt den sozialen Unternehmungen häufig nichts anderes übrig, als sich dann doch in den Marktnischen einzurichten. Sie sind aber nur selten rentabel und erfordern deswegen eine hohe öffentliche Subvention.

Die Marktteilnahme von sozialen Unternehmen wird in der Regel mit dem Argument eingeschränkt, dass durch die finanzielle Förderung von leistungseingeschränkten Personen diese Betriebe einen Wettbewerbsvorteil hätten. Tatsächlich ist die Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und jungen Arbeitslosen mit erheblichen betrieblichen Kosten verbunden, die durch die geförderte Beschäftigung nur teilweise refinanziert werden. Der Markt kann durch dieses finanzielle Hilfsinstrument eigentlich nicht negativ beeinflusst werden. Denn es werden dafür soziale Dienstleistungen von den sozialen Unternehmen erbracht. Deshalb ist die geforderte Unbedenklichkeitsbescheinigung ökonomisch und ordnungspolitisch betrachtet unsinnig und führt zu einer Wettbewerbsverzerrung zu Gunsten der privatwirtschaftlichen Mitbewerber von sozialen Unternehmungen.

Der Ausweg aus dieser Situation könnte geschaffen werden, indem soziale Unternehmungen im Dritten System konsequent rechtlich gleichgestellt werden mit privatwirtschaftlichen und öffentlich rechtlichen Unternehmungen. Statt soziale Unternehmungen aus dem Markt fernzuhalten, sollten sie motiviert werden, sich dem Wettbewerb konsequent zu stellen. Die finanzielle Förderung von Langzeitarbeitslosen sollte ausdifferenziert werden, so dass sie zwar den wirtschaftlichen Leistungsnachteil ausgleicht aber nicht den Betrieb an sich subventioniert. Mitnahmeeffekte bei der öffentlichen Förderung müssen strukturell ausgeschlossen werden. Das muss für alle drei Systeme gelten. Insbesondere für das öffentlich rechtliche, zweite System. Gerade die öffentliche Hand nutzt nachweislich zweckfremd öffentliche Beschäftigungsförderung zur Sanierung ihrer Haushalte. Wenn dieser Missbrauch ausgeschlossen ist, sollte es gleichermaßen dann aber auch möglich sein, dauerhaft leistungsgeminderte ArbeitnehmerInnen dauerhaft gefördert zu bekommen. Auf diese Weise würden tatsächlich neue Arbeitsplätze für schwervermittelbare Personen entstehen.

Ermäßigter Umsatzsteuersatz

Soziale Unternehmungen, die trotz der restriktiven Randbedingungen erfolgreich am Markt operieren (häufig unter kreativer Nutzung aller Grauzonen) und damit einen hohen Teil ihrer betrieblichen und auch der sozialintegrativen Kosten selbst erwirtschaften, riskieren ständig den Entzug der Gemeinnützigkeit für den sozialen Zweck dieses unternehmerischen Handelns. Ein Unternehmen, das über 50% seiner betrieblichen Kosten über wirtschaftliche Erträge selbst finanziert, sei nicht mehr originär gemeinnützig. Diese Auffassung vertreten mittlerweile einige Finanzämter mit verheerenden Folgen für die betroffenen sozialen Unternehmen.

Denn sie müssen nun für die bereits abgelaufenen Wirtschaftsjahre für ihre wirtschaftlichen Erträge den vollen Umsatzsteuersatz bezahlen: Statt 7% sind das 16%. Die Nachzahlung der Differenz von 9% kann schnell zum Konkurs eines sozialen Unternehmens führen. Ein Konkurs, der absurderweise gerade dann eintritt, wenn das Unternehmen erfolgreich und wirtschaftlich arbeitet. Kein Wunder, dass manches soziale Unternehmen seine wirtschaftlichen Potentiale nicht ausschöpfen und lieber weiterhin am staatlichen Tropf der Subvention hängen bleiben will.

Zu gestaltender Rechtsrahmen

Dies sind nur zwei Beispiele, die zu unternehmerischen Risiken von sozialen Unternehmungen aufgrund unklarem ordnungspolitischem Status führen können. Diese Risiken könnten durch eine konsequente und systematische ordnungspolitische und rechtliche Positionierung der sozialen Unternehmungen reduziert werden. Darüber hinaus gibt es weitere Rechtsfelder, wo das Konzept von sozialen Unternehmungen nur ungenügend berücksichtigt wird und deshalb vorhandene Ressourcen nicht optimal ausgeschöpft werden können. Der neu zu gestaltende Rechtsrahmen zu Gunsten von sozialen Unternehmen im Dritten System umfasst mindestens folgende Rechtsgebiete:

- **Ordnungspolitik**: Das dritte System, insbesondere das soziale Unternehmen im Dritten System, muss rechtlich legalisiert und als dritte Säule der Wirtschaft anerkannt und gefördert werden. Bei allen öffentlichen Verfahren und Abstimmungen, wo die Interessen von sozialen Unternehmen tangiert werden, sind noch zu gründende Verbände des Dritten Systems systematisch zu beteiligen.
- **Gesellschaftsform / Gesellschaftsrecht**: Eine eigene Rechtsform für gemeinwesenorientierte und wirtschaftlich tätige soziale Unternehmen ist notwendig. In dieser Rechtsform muss es möglich sein, dass sich bürgerschaftliche Interessenslagen, öffentlich rechtliche Interessenslagen und auch das Interesse von MitarbeiterInnen in diesen Unternehmungen gleichwertig organisieren lassen.
- **Arbeitsrecht / Tarifwesen**: Das Arbeitsrecht muss auf die Besonderheiten von sozialen Unternehmungen zugeschnitten werden. Vor allem der potentielle Konflikt zwischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die gleichzeitig auch Miteigentümer/innen sind, bzw. sein sollen einerseits , und dem sozialunternehmerischen Gesamtinteresse andererseits muss konstruktiv und strukturell geklärt werden. Diese Regelungen sollen sowohl die MitarbeiterInnenrechte, als auch die sozialunternehmerisch notwendige Entscheidungsstärke des Unternehmens wahren.
- **Steuerrecht**: Soziale Unternehmungen sollten sowohl gemeinnützig sein können, als sich auch wirtschaftlich betätigen dürfen. Solange die wirtschaftlichen Erträge in soziale Zielsetzungen reinvestiert werden, darf dies nicht schädlich für die Gemeinnützigkeit sein. Die dauerhafte Beschäftigung von dauerhaft leistungseingeschränkten Personen soll als gemeinnützige Aufgabe anerkannt werden.
- **Beteiligungsformen / soziales Kapital**: Beteiligung von MitarbeiterInnen oder von Dritten an sozialen Unternehmen ist nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus demokratischen Gründen zu fördern. Vorhandene Formen der staatlich geförderten Vermögensbildung für ArbeitnehmerInnen muss auf die besondere Bedingung von sozialen Unternehmen zugeschnitten werden. MitarbeiterInnenbeteiligungsformen können eine wichtige, neue Form sozialen, bürgerschaftlich aufgebrachten Kapitals sein, das direkt in ein soziales Unternehmen investiert wird. Dabei ist aber das Problem zu klären, wie das unternehmerische Risiko einer Beteiligung von MitarbeiterInnen an sozialen Unternehmen sozial angemessen begrenzt werden kann. Beispielsweise könnte dies durch öffentlich gespeiste Risikofonds geschehen.

Die Arbeitsgemeinschaft Drittes System wird den begonnenen Dialog mit den Fachministerien und der Politik fortführen. Sinnvoll wäre es, wenn es dabei auch zu einem koordinierten Vorgehen anderer Teile des produktiv arbeitenden Dritten Systems kommen könnte, z.B. der Bewegung der kleinen Sozialgenossenschaften.●

* Kontakt zur Arbeitsgemeinschaft Drittes System über:
Wolfgang Gallfuß, DIE WERKSTATT gGmbH, Wieblinger Weg 81/1, D-69115 Heidelberg
www.werkstatt-spielart.de/
Tel. (0 62 21) 16 08 91, Fax 60 18 97
e-mail: wgallfuss@t-online.de

SOZIALGENOSSENSCHAFT, BERLIN

Privatwirtschaftliche und gemeinwirtschaftliche Ziele verknüpfen

Am 18.10.2000 gründeten 37 Bewohner, Arbeitslose, und Vertreter aus Organisationen die Stadtteilgenossenschaft Wedding für wohnortnahe Dienstleistungen eG. Sie wollen sich nicht mit der hohen Dauerarbeitslosigkeit im Berliner Ortsteil Wedding und der wirtschaftlichen und sozialen Abwärtsspirale in ihrem Quartier Sparrplatz/Sprengelkiez abfinden.

Willy Achter, Red. Genossenschaften ● Die Stadtteilgenossenschaft Wedding ist eine Initiative des *Vereins Kommunales Forum Wedding e.V.* Unter dem Motto »Arbeit für mehr Lebensqualität im Stadtteil« initiiert und unterstützt der Verein seit 1988 die Zusammenarbeit zwischen Repräsentanten des öffentlichen, des privaten und des gemeinnützigen Sektors, die stadtteilbezogene Aktivierung der Bewohner, nachbarschaftliche Selbsthilfe und lokale Beschäftigungsinitiativen. 1997 initiierte das Kommunale Forum in Kooperation mit dem Bezirksamt Wedding die Lokale Partnerschaft Wedding.

Das Modellprojekt *Arbeit und Nachbarschaft – Arbeit statt Sozialhilfe* verfolgt in diesem Zusammenhang das Ziel der Integration von Sozialhilfeempfängern. Jeweils angepasst an die individuellen Wünsche und an die Bedarfe im Stadtteil werden in dem Projekt neue Arbeitsmöglichkeiten im lokalen Arbeitsmarkt eröffnet. So entstand ein Beschäftigungsverbund mit fast 30 gemeinnützigen, öffentlichen und privaten Organisationen. Als Teil des Verbundes und Vorläufer der Stadtteilgenossenschaft wurde so auch das Projekt »Stadtteilbetrieb« aufgebaut. Das Modellvorhaben der Stadtteilgenossenschaft erhält aktuell über das Quartiersmanagement der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eine Förderung.

Langzeitarbeitslose als Beschäftigte

Mittlerweile bietet das Projekt »Stadtteilbetrieb« mit sechs Mitarbeitern handwerksähnliche Dienstleistungen für Einkommensschwache sowie für gemeinnützige und öffentliche Einrichtungen an. Es soll als erster Geschäftsbereich in die Stadtteilgenossenschaft überführt werden. Das Kommunale Forum Wedding wird auch in Zukunft eng mit der Stadtteilgenossenschaft Wedding zusammenarbeiten und die Potentiale seiner Projekte in die Unternehmensentwicklung einbringen. Entsprechend bekommt die Stadtteilgenossenschaft in der Gründungsphase z.B. Räume im Nachbarschaftsladen »Aktiv im Kiez« zur Verfügung gestellt.

Die Stadtteilgenossenschaft wird überwiegend Arbeitslose aus dem Stadtteil einstellen. Fast alle Beschäftigten des Projekts »Stadtteilbetrieb« und weitere Teilnehmer des Projekts »Arbeit und Nachbarschaft – Arbeit statt Sozialhilfe« sind Gründungsmitglieder. Gemeinnützige und öffentliche Einrichtungen können insbesondere dazu beitragen, dass die Zielgruppen ihrer Einrichtungen, beispielsweise Langzeitarbeitslose, Jugendliche und Bewohner nicht deutscher Herkunft, Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten.

Genossenschaftliche Prinzipien

Die Rechtsform der Genossenschaft wurde gewählt, da diese auf den Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung aufbaut. Relativ neu in Deutschland ist die Gründung von Genossenschaften, die eine Verknüpfung von privatwirtschaftlichen und gemeinwohlorientierten Zielen innerhalb ihres sozialen Umfeldes anstreben. Vorbilder existieren vor allem in Frankreich (»Régie de Quartier«), Italien (»cooperativa sociale«), Großbritannien (»community businesses«) und in den Niederlanden (»Buurtbeheerbetrijv«).

Die Erfahrungen anderer Länder z.B. in Italien zeigen die hohe Integrationskraft des Modells Genossenschaft, wenn es darum geht, benachteiligten Bevölkerungsgruppen eine wirtschaftliche Basis zu sichern. Dies gilt besonders, wenn die Genossenschaft eine Verknüpfung von Erwerbsarbeit und Bürgerarbeit, Konsum bzw. Lebensgestaltung praktiziert. Sozialgenossenschaften sowie stadtteilbezogene Genossenschaften gibt es in Deutschland bisher nur in Ansätzen. Viele befinden sich noch im Experimentierstadium. Dennoch haben einige inzwischen ihre formale Anerkennung erhalten.

Niedrige Beitrittsschwelle

Aufgrund der geringen Kaufkraft im Stadtteil wurden Beitrittsgelder und Geschäftsanteile in einer Höhe und nach Mitgliedergruppen gestaffelt festgelegt, so dass sich alle Interessierten beteiligen können. Das einmalig erhobene Beitrittsgeld verbleibt als Kapitalrücklage im Unternehmen. Mit der Höhe der Geschäftsanteile sind die Mitglieder Miteigentümer der Genossenschaft, aber auch an der Verlustdekkung beteiligt. Nach Austritt aus der Genossenschaft wird der Wert der aktuellen Geschäftsguthaben zurückgezahlt.

In der Generalversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig von der Anzahl der Geschäftsanteile. Im Sinne der Selbsthilfe wird angestrebt, dass sich möglichst viele Beschäftigte als Mitglieder an der Stadtteilgenossenschaft beteiligen. Für die Sicherstellung der innerbetrieblichen Mitbestimmung der Beschäftigten ist über die gesetzlich vorgeschriebenen Entscheidungsstrukturen hinaus die Beschäftigtenversammlung als zusätzliches Organ der Genossenschaft aufgenommen. Der soziale bzw. gemeinnützige Charakter der Stadtteilgenossenschaft steht in der Satzung verankert. Entsprechend wurde festgeschrieben, dass Bilanzüberschüsse nicht an die Mitglieder ausgeschüttet

Fortsetzung auf Seite 12

WOHNUNGSGENOSSENSCHAFT, TRIER

Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung beseitigen als Förderauftrag

Die Wohnungsgenossenschaft am Beutelweg wurde 1991 für die rund 300 BewohnerInnen in drei bundeseigenen Häusern gegründet, um ihre Wohnungen für sie auf Dauer zu erhalten. Als wesentliche Ziele für der Arbeit der Genossenschaft kann genannt werden die Beseitigung von Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung. In der Folgezeit kaufte die Genossenschaft im gleichen Quartier eine Konversionssiedlung des Landes und im vergangenen Jahr städtisches Wohneigentum mit rund 250 Wohnungen. Heute verfügt die WOGEBE über rund 500 Wohneinheiten, verteilt auf 93 Häuser. Alle Häuser weisen einen hohen Sanierungsstau auf. Etwas mehr als ein Drittel ist inzwischen saniert.

Das Sanierungskonzept der WOGEBE Trier im Modell

Maria Ohlig und Heinz A. Ries, Red. Genossenschaften ● Um einer Spekulation vorzubeugen und nachdem in Trier ansässige Wohnungsunternehmen kein überzeugendes Sanierungskonzept vorlegen konnten, gründeten sozial engagierte BürgerInnen 1991 die Wohnungsgenossenschaft am Beutelweg. Der Bund bot die sanierungsbedürftigen Häuser zum Verkauf an. Ziel der Gründung war und ist, die Wohnsituation für die BewohnerInnen des Beutelwegs nachhaltig zu verbessern.

Der Kauf der Häuser, in denen mit wenigen Ausnahmen AAA-Menschen wohnten (arbeitslos, arm, ausgegrenzt) kam einer Privatisierung sozialer Probleme gleich, denn mit den Häusern wurden auch die sozialen Probleme übernommen. Die Lösung dieser Probleme, das ist eine Kaufbedingung der Gründer, kann nur im Sinne einer Private-Public-Partnership erfolgen. Die Stadt und insbesondere das Land ließen sich darauf ein und engagieren sich in den letzten Jahren in vielfältiger Weise.

Stabilisieren des Stadtteils

Als wesentliche Ziele für der Arbeit der Genossenschaft kann genannt werden die Beseitigung von Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung. Konkreter bedeutet dies, die Benachteiligungen in den Bereichen Wohnen, Bildung, Gesundheit, Erholung, sozialer Anerkennung und politischer Teilhabe zu bekämpfen. Damit soll langfristig die Stabilisierung des Stadtteils Trier-Nord erreicht werden. Schwerpunkt der Bemühungen der Genossenschaft sind die Arbeitsfelder Wohnen und Berufliche Integration der StadtteilbewohnerInnen sowie die Teilhabe an den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen.

Das Konzept, das der Gründung der WOGEBE zugrunde lag, machte klar, dass eine bauliche Sanierung der Häuser nicht ausreicht. Deshalb wurde das Projekt PROLOG (Projekt Lokale Ökonomie und Gründungsinitiativen) initiiert, das vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit gefördert wird. Die Projektinitiatoren wußten, dass die Sanierung mittelfristig und langfristig keinen Bestand haben werde, wenn nicht drei Voraussetzungen gesichert würden:

- Miteinbezug der BewohnerInnen in den Sanierungsprozess durch Beteiligung und Selbsthilfe.
- Schaffung von Arbeitsplätzen für die arbeitsfähigen und arbeitswilligen BewohnerInnen
- Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung.

FORTSETZUNG VON SEITE 11

werden, sondern als Rücklage im Unternehmen verbleiben und zum Aufbau neuer Geschäftsbereiche genutzt werden können.

Wohnortnahe Dienstleistungen

Die Stadtteilgenossenschaft wird ausgehend vom Quartier Sparrplatz überwiegend wohnortnahe Dienstleistungen im Ortsteil Wedding bzw. im neuen Bezirk Mitte anbieten. Der Geschäftsbereich Handwerkliche Dienstleistungen ist als Meisterbetrieb und potentieller Ausbildungsbetrieb für Jugendliche aus dem Stadtteil konzipiert. Im Mittelpunkt stehen Arbeitsfelder wie Renovierungen, Trockenbau, kleinere Reparaturen und Transporte. Über den Geschäftsbereich Soziale Dienstleistungen werden Haushaltshilfen, Begleit- und Betreuungsdienste, kleinere Reparaturen, Transporte und Kurierdienste angeboten. Außerdem wird die Stadtteilgenossenschaft als Dienstleistungsagentur Aufträge an das lokale Gewerbe vermitteln und gemeinschaftliche Aufgaben wie den Aufbau eines Rabattrings koordinieren.

Die Stadtteilgenossenschaft will möglichst viele lokale Gewerbetreibende einbinden. Ziel ist es, sich gegenseitig zu unterstützen und zu erreichen, dass mehr Menschen im Quartier Waren und Dienstleistungen einkaufen. Menschen aus anderen Berliner Stadtteilen sollen so von der Attraktivität des Angebots und des Stadtteils angezogen werden. Die Bewohner und alle anderen Mitglieder können Dienstleistungen und Waren preisgünstiger beziehen. Zum gegenseitigen wirtschaftlichen und sozialen Nutzen erhalten sie zudem Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement in ihrem Stadtteil.●

Einbeziehen der BewohnerInnen

Durch die Genossenschaft werden die BewohnerInnen zu Teilhabern. Sie identifizieren sich mit Wohnung und Wohnumfeld und die Hemmschwelle gegen Destruktion des Wohneigentums steigt. Pädagogische Arbeit mit den BewohnerInnen (Bewohnerarbeit) unterstützt den Prozess der Beteiligung und Integration. Entsprechend findet eine eigene Qualifizierung und Bildungsarbeit statt, die sie befähigt zur Übernahme von Verantwortung für sich und für andere. In den Bewohnerräten, die sich regelmäßig treffen, werden Dinge den unmittelbaren Wohnbereich betreffend verhandelt, aber auch Konflikte bearbeitet. Das tatkräftige Anpacken im Rahmen der Selbsthilfe (Muskelhypothek) bindet die BewohnerInnen an Wohnung und Stadtteil.

All dies fördert die Qualifizierung und führt zu einem neuen Selbstverständnis und Selbstbewusstsein. Ein konkretes Beispiel ist der Einbezug der BewohnerInnen in den Planungsprozess im Rahmen der Projektstudie »Bewohnerorientierte Wohnumfeldgestaltung«. Gemeinsam mit der Universität Trier Fachbereich Geographie / Raumplanung wurde das Wohnumfeld am Beutelweg geplant. Dabei lagen Schwerpunkte bei den Bereichen Verkehr, Kinder- und Jugend, Grünflächen und Gärten, Ver- und Entsorgung.

Schaffen von Arbeitsplätzen

Den überwiegend erwerbslosen BewohnerInnen musste ein Weg gezeigt werden, wie sie aus der Arbeitslosigkeit herauskommen konnten. Die Frage ist, wie für die langzeitarbeitslosen Stadtteilbewohner sichere niederschwellige Arbeitsplätze geschaffen werden können und wie QualifizierungsangebotE aussehen müssen, um die BewohnerInnen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Der bestehende Arbeitsmarkt und die Förderkonzepte – wie die hohe Zahl an Langzeitarbeitslosen im Stadtteil zeigte – blieben bislang ohne Wirkung. Um Arbeitsplätze zu schaffen, bedarf es Kapital und eine mittel- bis langfristige Nachfrage. Die WOGEBE verfügte über ihre Mieteinnahmen und die Kapitalmittel für die Sanierung. Wie, das war die Frage, liess sich dieses Kapital umsetzen, damit nicht nur bezahlbarer Wohnraum, sondern gleichzeitig auch Arbeits- und Ausbildungsplätze entstehen konnten? Hier setzt das Konzept der lokalen Ökonomie und der Kreislaufwirtschaft an.

Ziel ist, möglichst viel des erwirtschafteten Kapitals zum Vorteil der Benachteiligten im Kreislauf des Stadtteils zu lassen und Synergieeffekte für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen zu nutzen. Die Wirtschaftskraft im Stadtteil wird gestärkt, die Wertschöpfung geschieht im Stadtteil und verbleibt dort auch. Gleichzeitig werden wichtige Bedürfnisse erfüllt, nämlich die nach zufriedenstellendem Wohnraum und nach Arbeit. Das wiederum hat auch auf die Menschen im Quartier unmittelbare Wirkungen. Selbstbewusstsein und Zufriedenheit steigen. Der Baubereich ist sicherlich ein besonders gutes Beispiel, da er elementare Bedürfnisse der BewohnerInnen sowohl als Kunden als auch als Produzenten betrifft.

Gründen von Tochterfirmen

Die Erfahrung zeigte, dass bei Handwerksfirmen eine sehr geringe bis keine Bereitschaft besteht, bei der Sanierung der Häuser der WOGEBE Arbeitslose aus dem Stadtteil einzugliedern. Ebenso schwierig ist es, gute Praktikumplätze für die in den Qualifizierungsmaßnahmen stehenden Stadtteilbewohner zu finden. Als logische Konsequenz ergab sich daraus, eine eigene Handwerksfirma zu gründen: die HVS GmbH. Anfänglich war dies ein Betrieb hauptsächlich für Trockenausbau. Später entwickelte sich daraus ein Handwerksverbundsystem mit fünf in die Handwerksrolle eingetragenen Meisterbetrieben und einem Baumanagement. Diese Hausverwaltungs- und Sanierungs GmbH, wie sie sich nennt, übernahm anfänglich auch die Hausverwaltung der Genossenschaft und ist als GmbH eine Tochterfirma der WOGEBE.

Der Vorstand der WOGEBE vereinbarte mit dieser Tochterfirma folgende fünf wichtigen Bedingungen:

1. Die WOGEBE sichert der HVS zu marktüblichen Preisen einen Teil der Sanierungsaufträge. Dies war gleichbedeutend mit einem Startkapital.
2. Die HVS wird als Gegenleistung Arbeitslose aus dem Stadtteil in die Firma integrieren und Ausbildungsplätze schaffen.
3. Die HVS ist bereit in ihren Gewerken Selbsthilfe (Muskelhypothek der Genossenschaft) in zu vereinbarender Größenordnung zu integrieren und anzuleiten. Entsprechend musste sie bei ihren Angeboten nach einem zu vereinbarenden Stundenansatz für die geleistete Selbsthilfe Abschläge gewähren.
4. Die HVS hat – so die Vereinbarung – nach wirtschaftlichen Prinzipien zu arbeiten und muss sich auf dem freien Markt behaupten.
5. Die HVS hat ihren jährlichen Anteil an Außenaufträgen sukzessive zu steigern.

Lernen durch Motivation

Als Ergebnis wurden BewohnerInnen in Arbeit gebracht. Ein großer Teil niederschwelliger Arbeiten sind während eines Sanierungsprozesses zu erledigen. Durch die Arbeit für ihre eigene Wohnung, ihr eigenes Quartier sind die BewohnerInnen hochmotiviert, lernen strukturiertes Arbeiten und werden qualifiziert. Zur Zeit zählt die HVS 64 MitarbeiterInnen, davon ca. die Hälfte ehemals Langzeitarbeitslose aus dem Stadtteil und viele Ausbildungs- bzw. Umschulungsverträge.

Der Betrieb agiert heute auch erfolgreich auf dem ersten Arbeitsmarkt, ist mit den Meisterbetrieben Schreiner, Maurer-Stukkateure, Maler, Dachdecker, Zimmerer und Baumanagement in die Handwerkerrolle eingetragen und somit konkurrenzfähig zu anderen Handwerksbetrieben. Der Sitz des Unternehmens liegt im Industriegebiet Trier-Nord, wo die HVS ein Werksgebäude kaufte und sanierte. Gesellschafter ist der Vorstand der WOGEBE. Die HVS GmbH kooperiert mit der Qualifizierungsmaßnahme des Bürgerhauses Trier-Nord, fungiert als Praktikumsstelle und ist idealer Trainingsort für potentielle MitarbeiterInnen nach Beendigung der Qualifizierungsmaßnahme, wodurch sich der Drehtüreffekt solcher Maßnahmen reduzieren lässt.

Trotz hohen Sanierungsbedarfs ist die Grundsubstanz der Häuser sehr attraktiv

Zeit für Veränderungen

Die Genossenschaftsstruktur ermöglicht den BewohnerInnen die Teilhabe am Veränderungsprozeß in Trier-Nord. GenossIn zu sein bedeutet nicht nur die Garantie auf eine preisgünstige Wohnung, sondern auch das Recht auf Mitsprache und Entscheidungsbefugnis. Im Aufsichtsrat der Wohnungsgenossenschaft sind die Hälfte der Mitglieder BewohnerInnen aus dem Stadtteil. In der jährlichen Generalversammlung entscheiden die BewohnerInnen über die Belange der Genossenschaft. Die Bewohnerräte (pro Haus bzw. Straßenzug einer) übernehmen Verantwortung und lernen Konflikte untereinander zu regeln. Dies bedeutet auch Rückwirkung auf ihr persönliches Leben und Wachsen.

Allerdings benötigt die bauliche Sanierung eines Quartiers ohne Umsiedlung der BewohnerInnen und unter Partizipation und Selbsthilfe der Betroffenen bedeutend mehr Zeit als übliche Sanierungen. Da der Erfolg von der Veränderung der Verhaltensmustern vieler BewohnerInnen abhängt, spielt der Zeitfaktor sogar noch eine weit wichtigere Rolle als sonst. Veränderungen von Verhaltensmuster sind kurzfristig nicht zu erreichen, sondern nur über mehrere Jahre hinweg. Projekte dieser Art müssen also langfristig angelegt sein. Dies gilt auch, weil die MitarbeiterInnen in dem Projektverbund in der Regel länger brauchen, um sich in die Komplexität des Verbundsystems einzuarbeiten. Wenn es aber nicht gelingt, ihre Mitarbeit zu verstetigen, ist dies stets mit einem Verlust an Know-how verbunden.●

DATENÜBERSICHT

Wohnobjektdaten

- Anzahl Häuser: 93
- Wohneinheiten: 534
- Wohnfläche: 36.986 qm
- Erwerbskosten: 22 Mio DM
- Sanierungsaufwand: 79 Mio DM
- Davon Selbsthilfe: 11 Mio DM
- Sanierungskosten je qm: 1.337 DM bis 2.441 DM
- Mieten in san. Wohnungen: 6,10 DM bis 8,70 DM je qm

Bewohnerdaten

Anzahl Bewohner in den Häusern der Genossenschaft: 1.515

Davon:	18 J. und jünger:	32%
	19 J. bis 60 J.:	56%
	über 60 J.:	12%

Finanzquellen

- Genossenschaftsanteile DM 100
- Fördermittel Programm sozialer Wohnungsbau des Landes Rheinland-Pfalz
- Konversionszuschüsse des Landes Rheinland-Pfalz
- Kapitalmarktmittel
- Muskelhypothek

TAGUNG SOZIALGENOSSENSCHAFTEN

Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft

Sozialgenossenschaften können spannende Modelle für die Zukunft sein. Zu diesem Zweck müssen allerdings auftretende Schwierigkeiten besser bewältigt werden. Hierfür einen Beitrag zu leisten, ist Anliegen der Tagung »Sozialgenossenschaften – Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft«, die am 14./15. Sept. 2001 im Haus der Parität in Frankfurt am Main stattfindet. Der Tagungsbeitrag einschließlich Verpflegung und Übernachtung beträgt 240,00 DM.

Martina Racki, Red. Genossenschaften ● Die wichtigsten Ziele der Tagung »Sozialgenossenschaften – Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft« sind:

1. Eine Überblick über bestehende Beispiele ermöglichen;
2. Beschäftigungpolitische Alternativen aufzeigen;
3. Die Diskussion um bürgerschaftliches Engagement bereichern;
4. Anregungen für genossenschaftliche Initiativen geben;
5. Politische Unterstützungen für genossenschaftliche Lösungen anstoßen.

Wirtschaftlichkeit und sozialpolitisch verantwortliches Handeln müssen sich nicht widersprechen. Das verdeutlicht das breite Spektrum vorhandener Sozialgenossenschaften, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben. Sie reichen von Unternehmen zur Arbeitsplatzsicherung für benachteiligte Gruppen über Betriebsgenossenschaften, die Tagesstätten für behinderte Kinder oder Schulen führen, bis hin zu neuen Dienstleistungskooperativen im Altenbereich.

Eigenständige Organisationsform

Die Bezeichnung eines Teils neuer Genossenschaften als Sozialgenossenschaften verdeutlicht ihren eigenständigen Charakter. Sie werden so genannt, weil die Mitglieder, die Beschäftigten oder das Tätigkeitsfeld dem sozialen Sektor zuzuordnen ist. Agieren sie erfolgreich, können sie helfen, zahlreiche Ziele gleichzeitig zu verwirklichen: mehr Arbeitsplätze, bessere soziale oder gesundheitliche Versorgung, attraktives Wohnen für unterversorgte Teilgruppen und selbstbestimmtes Arbeiten.

Eine Auseinandersetzung mit dem Thema soll dazu beitragen, Sozialgenossenschaften zu einem breiteren Durchbruch zu verhelfen. Gleichzeitig besteht so die Chance, ihnen eine Identität bzw. einen eigenständigen Stellenwert innerhalb der Vielfalt genossenschaftlicher Unternehmen in Deutschland zu ermöglichen. Dies läßt sich nur erreichen, wenn es gelingt, den Blick der verengten bundesdeutschen Genossenschaftsdiskussion in Richtung einer offeneren europäischen Denkweise zu lenken.

Zielgruppen der Tagung sind besonders: Sozialgenossenschaften, soziale Verbände und Organisationen, Genossenschaftswissenschaftler, Vertreter der genossenschaftlichen Verbände, Kommunen, Mitglieder des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Mitglieder des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.

Organisatorisches

Die Tagung findet am 14./15. Sept. 2001 im Haus der Parität, Frankfurt am Main statt. Das Tagungshaus liegt 10 Minuten vom Hauptbahnhof, bietet 55 Übernachtungsplätze und faßt bis zu 80 Teilnehmende. Arbeitsräume für die Foren stehen zur Verfügung. Der Tagungsbeitrag einschließlich Übernachtung und Verpflegung beträgt 240,00 DM. Inhaltliche Rückfragen können gerichtet werden an: Dr. Burghard Flieger, Erwinstr. 29, D-79102 Freiburg, Tel.: 0761/709023 und Fax: 0761/709084, E-mail: Genossenschaft@t-online.de

Die Anmeldung erfolgt bei der PARITÄTISCHE AKADEMIE gGmbH, Heinrich-Hoffmann-Straße 3, 60528 Frankfurt am Main, Tel.: 069/6706-231, Fax: 069/6706-233, e-mail: akademie@paritaet.org. Veranstalter ist der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Geschäftsstelle: Wernerstraße 24, 42653 Solingen, Tel. 0212-38 37 555, Fax 0212-38 37 556, e-mail: pro-geno@t-online.de, Internet: www.genossenschaftsgedanke.de in Kooperation mit der Paritätischen Akademie.

Tagungsprogramm

Freitag, den 14.09.2001

Einstieg in die konzeptionelle Diskussion

11.00 Uhr Eröffnung und Begrüßung

11.15 Uhr Läßt sich die Gemeinwesenökonomie durch Genossenschaften aktivieren? Chancen für Empowerment. Prof. Dr. Susanne Elsen, Fachhochschule für Sozialwesen, München

12.00 Uhr Ist die Genossenschaft für soziale Einrichtungen eine rechtliche Alternative? Organisatorische Grundlagen, Anwendungsformen, Gründungsschritte, Zukunftschancen. Dr. Burghard Flieger, Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Freiburg

13.30 Uhr Mittagessen

Diskussion praktischer Beispiele und Probleme

14.30 Uhr:Kurzvorstellung der Arbeitsforen

15.00 Uhr:Arbeit in drei Foren mit Kaffepause um 16.30 Uhr

Forum 1: Wege zur Beschäftigung: Arbeitslosenselbsthilfegenossenschaften

Input: Gabi Hafner, Freie Hilfe Arbeitslosenzentrum eG, Ludwigsburg / Wolfgang Hindrichs, low-tec Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft in Umwandlungsplanung, Düren / Willy Achter, Stadtteilgenossenschaft Wedding für wohnortnahe Dienstleistungen eG, Berlin

Moderation: Karin Schröder, netz e.V., Bremen

Forum 2: Genossenschaftliche Eigeninitiative: Soziale Versorgung im Wohnbereich

Input: Maria Ohlig, Stadtteilmanagerin, Wohnungsbaugenossenschaft Am Beutelweg eG, Trier / Horst Frehe, Wohnungsgenossenschaft für Behinderte, Bremen / Norbert Brugger, Aufsichtsratsvorsitzender der Genossenschaft für seniorenfreundliches Wohnen eG, Löffingen

Moderation: Dr. Nicole von Göler, Institut für Genossenschaftswesen, Marburg

Forum 3: Arbeitsformen der Zukunft: Sozialgenossenschaften im Betreuungs- und Pflegebereich

Input: Clemens Reichow, Hamburger Assistenzgenossenschaft eG / Margit Johns, Gemeinnütziger Krankenpflegeverein eG Salzhausen / Rüdiger Reiz, Begleitung in Verlust und Trauerzeiten eG, Köln

Moderation: Martin Link, Paritätisches Bildungswerk BW e.V., Stuttgart

18.30 Uhr Abendessen

Samstag, den 15.09.2001

Ausblick auf Organisationserfordernisse und Politik

09.00 Uhr Wie sehen die Rahmenbedingungen für Sozialgenossenschaften in Europa aus? Bedeutung in den Ländern der EU.

Rainer Schlüter, CECOP, Brüssel

10.15 Uhr Läßt sich die Gemeinnützigkeit mit der genossenschaftlichen Rechtsform vereinbaren? Anforderungen an die sozialgenossenschaftliche Organisation.

Dr. Burchard Bösche, Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften e.V., Hamburg

11.15 Uhr Kaffeepause

12.00 Uhr Welche Rolle spielt die Prüfung für Sozialgenossenschaften? Neue Aufgabenfelder für Verbände.

RA Stephan J. Bultmann, Schlawien Naab Partnerschaft, Berlin

13.00 Uhr Mittagessen

14.00 Uhr Wie ist der rechtliche Rahmen zu gestalten? Überlegungen zur Reform des Genossenschaftsgesetzes.

Prof. Dr. Hans-H. Münkner, Institut für Kooperation in Entwicklungsländern, Marburg

15.00 Uhr Gibt es Möglichkeiten Sozialgenossenschaften politisch zu stützen? Fördermöglichkeiten und -grenzen gestaltender Politik.

Lothar Binding, MdB, Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«

SOMMERSEMINAR VOM 13.-22.07.2001 IN BIELEFELD

»Forum Alternative Ökonomie«

Das Sommerseminar des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) findet dieses Jahr vom 13.07.2001 bis 22.07.2001 in der Bildungsstätte Einschlingen in Bielefeld statt. Hier waren Anfang der achtziger Jahre einige der ersten Treffen des Arbeitskreises. Mehrere Inhalte werden sich um den Bereich »Didaktik der Projektneugründung« drehen. Neben ausführlichen Diskussionen zu Themen wie Selbstverwaltung, Gemeinschaftseigentum, Teamgründungen und Kollektives Management wird es viel Raum für »Kulturarbeit« geben.

Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ), 1978 gegründet, organisiert in diesem Jahr sein dreiundzwanzigstes Sommerseminar. Er hat in der Zeit seines Bestehens so gut wie alle Diskussionen begleitet, die sich um Fragen Alternativer Ökonomie drehten. Für Neugierige bzw. an der Selbstverwaltungsthematik interessierte Menschen, die sporadisch oder dauerhaft mitarbeiten wollen, ist der Arbeitskreis jederzeit offen.

Das Sommerseminar selbst ist keine klassische Weiterbildungsveranstaltung mit der Unterscheidung ReferentInnen und TeilnehmerInnen. Es wird vielmehr getragen von dem Selbstverständnis: alle sind Vermittelnde und Lernende zugleich. Organisation und Durchführung verläuft weitgehend selbstorganisiert. Das bedeutet, das Sommerseminar Alternative Ökonomie ist:

- Ort des formellen und informellen Austauschs zur Alternativen Ökonomie (AÖ)
- Ort des Treffens zahlreicher Aktiver aus unterschiedlichsten Bereichen der AÖ
- Ort zur Initiierung neuer Projekte und Institutionen der Alternativen Ökonomie
- Ort der Entwicklung von Ideen, Theorien oder Konzepten für die AÖ
- Ort der ersten Begegnung und des Kennenlernens verschiedener Ansätze der AÖ

Neben den unten dargestellten bisherigen Inhalten des Seminars, spielen Wohlfühlen, Kultur, Gespräche, Handarbeit, Selbstversorgung (diesmal nur morgens und abends), Ausprobieren, Austausch, sich Sehen, miteinander Feiern etc. eine große Rolle. Jede Form von Eigeninitiative ist deshalb erwünscht, so daß Musikinstrumente, selbstorganisierte Schreibspiele, Kollagen und vieles andere mehr zur Bereicherung des Seminars mitgebracht werden können und sollen.

Inhaltliche Themen

Die täglichen Arbeitszeiten kann jede AG sich zwischen 10.00-12.30 und 14.30-18.00 legen

Ökologisches Marketing am Beispiel Naturkost

Von Ökologischem Marketing zu sprechen, ergibt sich nicht allein aus den umweltorientierten Inhalten. Erst wenn die Kommunikation nicht hierarchisch oder als Einwegkommunikation gestaltet wird, sondern dialogisch, netzartig und/oder partizipativ, ist von »ökologischer Kommunikation« zu sprechen. Im Hintergrund dieser Arbeitsgruppe spielen deshalb Erfahrungen, Aktivitäten und Erfordernisse von Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften eine wichtige Rolle, da hier die Grundidee Ökologischen Marketings am stärksten mitschwingt. Weitere Diskussionsstichworte immer bezogen auf Naturkost lauten: Formen der genossenschaftlichen Vermarktung in Deutschland, neuere Vertriebsformen für Naturkost wie Regioregal, Bringdienste, Gemüsetüte etc., Chancen und Grenzen von Regionalvermarktungskonzepten, Kooperationsformen zwischen Groß- und Einzelhandel. Die Koordination liegt bei Burghard Flieger, Tel. (07 61) 70 90 23, 70 90 84

E-mail: Genossenschaft@t-online.de

Nachhaltige Selbstverwaltung

In der Veranstaltungsreihe »Nachhaltige Selbstverwaltung?« wird der Frage nachgegangen, ob die Erfahrungen von 30 Jahren Selbstverwaltung für die aktuelle gesellschaftliche Situation praktizierbare Alternativen anbieten. Thema im Sommerseminar ist Kollektives Eigentum: Wie kann langfristig die gemeinschaftliche Nutzung von kollektiv erwirtschaftetem Eigentum gesichert werden? Welche Beispiele von Betrieben gibt es? Ziele der AG sind a) eine Sensibilisierung für das mit dem zunehmenden Umfang der kollektiv erwirtschafteten Ressourcen immer relevanter werdende Thema, b) das Benennen von Frühwarnsymptomen von Privatisierung und c) das Kennenlernen konkreter Modelle zur dauerhaften Sicherung der kollektiv erwirtschafteten Ressourcen für gemeinschaftliche Zwecke. Der Austausch von Erfahrungen aus verschiedenen Zusammenhängen soll auch eine Wertschätzung der eigenen Geschichte ausdrücken und durch die Kenntnis voneinander möglicherweise den beteiligten Projekten Vernetzungsimpulse geben. Die Organisation liegt bei Elisabeth Voß, Crellestr. 6, D-10827 Berlin, elisv10777@aol.com

Innovation im betrieblichen Alltag

JedeR redet von den Erfordernissen der künftigen Veränderung in Wirtschaft und Gesellschaft. Was bedeutet das heruntergebrochen auf dem betrieblichen Alltag? Schon die teilweise rasante Weiterentwicklung der Technik erfordert Umzudenken, zwingt Geschäftszweige aus- bzw. umzubauen. Dies geht einher mit veränderten Anforderungen an Qualifikation und Organisation. Wie das konkret aussehen kann, soll in der Arbeitsgruppe am Beispiel der eigenen Erfahrungen mit der Ausweitung der Geschäftsfelder von Redaktion, Satz etc. hin zur Digitaldruckerei und anderen Dienstleistungen skizziert werden. Dabei ist ein Schwerpunkt den erforderlichen (Weiter-)Bildungsprozess im betrieblichen Alltag darzustellen. In der AG werden die bisherigen eineinhalbjährigen Entwicklung reflektiert und mit den Erfahrungen der TeilnehmerInnen ergänzt. Die AG soll Lust auf Innovationen im betrieblichen Alltag machen und eventuelle Ängste vor diesem Prozess nehmen. Die Vorbereitung liegt bei Hannelore Zimmermann und Waldemar Schindowski

E-mail: Hannelore.Zimmermann@t-online.de

Selbstlerntechniken mit nichtelektronischen Medien

Auch wenn mittlerweile vieles auf neue Medien, Internet und dem Lernen mit Hilfe von Computern hinausläuft, sind viele »alte« Formen der Aneignung von Wissen und Kompetenzen genauso wirkungsvoll und in vielen Fällen mit einem »menschlicherem Gesicht« versehen. Den Austausch und die Diskussion dazu koordiniert Rolf Schwendter: Fax (05 61) 804 33 88

Aus- und Fortbildung in Kollektivbetrieben

Wer in einem selbstverwalteten Betrieb für Ausbildung verantwortlich ist, sollte sich verstärkt mit anderen Unternehmen gleicher Interessenlage zusammensetzen. Auf diese Weise können sie die Konsequenzen für die eigene Organisation und ihre Entwicklung reflektieren. In einem wechselseitigen Austauschprozeß sollen in der Arbeitsgruppe so zum einen Erfahrungen, die im Alltag unbewußt ablaufen, vergegenwärtigt werden. Zum anderen ist es Ziel der AG, auch vorhandene Lernkonzepte und den Erfahrungen damit gemeinsam zu diskutieren. Die Vorbereitung liegt bei Michael Vogelsang, Fax: (0 30) 69 50 43 92

Perspektive des Netzes für Selbstverwaltung und Selbstorganisation

Mitte der 80ziger Jahre wurde das NETZ in NRW gegründet. Durch die Zusammenarbeit mit dem Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen entstand in den 90ziger Jahren ein Bundesverband mit zwei eigenständigen Landesverbänden. Durch die Mitgliedschaft des NETZes in CECOP (europäischer Dachverband für Arbeiter- und Sozialgenossenschaften, Mitarbeitergesellschaften und partizipativen Unternehmen) wurde das NETZ auch über Deutschland hinaus bekannt. Die veränderten Rahmenbedingungen und Veränderungen in der internen Organisation machen es notwendig, erneut über die zukünftige Entwicklung des NETZes zu diskutieren. Die Koordination liegt bei Hans-Gerd Nottenbohm, Fax: (02 31) 47 59 59 59

Expressionismus – Ausdrucksform für alternative Lebensformen?

Der Expressionismus ist eine Gegenbewegung zum Naturalismus mit starker gesellschaftspolitischer Ausrichtung. Die alte Ordnung (die Gesellschaft, der Militarismus, die industrielle Entwicklung, die Technologie) und die Kunst, die diese Ordnung repräsentierte, hatten die Menschen von sich und der Natur entfremdet. Um die Probleme zu überwinden, sollte der Mensch sich mit allem Lebendigen, besonders aber mit den Mitmenschen verbrüdern. Nicht das Individuum war wichtig, sondern die Bruderschaft, das Kollektive. Die Ausdrucksform dieser Denkweise für die bildnerische Kunst: visionär, utopisch, viel Intensität. Alles in der Kunst ist abstrahiert, d.h. exakte Details wurden nicht gezeigt, sondern nur das Wesentliche. Input Elmar Sing, E-mail: info@elmar-sing.de, Freitag 20.00 Uhr (13.07.) und Samstag Morgen (14.07.)

Grundsicherung und gesellschaftliche Werte

Diskussionen über Grundsicherung, Bürgereinkommen usw. führen immer wieder zu heftigen auch emotionsgeladenen Auseinandersetzungen. Herausgearbeitet werden soll, welche unterschiedlichen Werte diesen Reaktionen zugrunde liegen. Zweck ist die eigene Argumentation für die Grundsicherung wirksamer zu machen, indem andere Perspektiven in der eigenen Argumentation ausreichend berücksichtigt werden. Angestrebt wird eine gemeinsame Erarbeitung in Form eines moderierten Gesprächsforums am Sonntag Nachmittag den 15.07. Ansprechpartner Wolfgang Beywl, Fax: (0 22 32) 94 97 95

Das Seminar wird begleitet von vielfältigen praktischen Formen der Kulturarbeit, aber auch der Vorstellung neuer Projekte und neuer Literatur zum Thema Alternative Ökonomie. Angekündigt sind unter anderem ein »Literarischer Umtrunk«, in dem Waldemar Schindowski und Elisbeth Voß das Jahrbuch »Nachhaltiges Wirtschaften« vorstellen. Weitere Beiträge werden sehr gewünscht. Von dem gesamten Seminar wird ein Tagungsreader erstellt.

Organisatorisches

Seminarzeiten:

Anreise: Freitag 13.07.2001 bis um 18.00 Uhr und Abreise: Sonntag 22.07.2001 um 14.00 Uhr.

Kosten:

Der Teilnahmebeitrag beträgt für Unterkunft und Verpflegung 450 DM, für Kinder 240 DM. Es gibt die Möglichkeit, einen vom TAK AÖ bezuschussten Sozialtarif zu beantragen, wenn der/die Teilnehmende a) aufgrund seiner Einkommenssituation nach eigener Einschätzung einen Zuschuß benötigt, weil er/sie sonst nicht an der Veranstaltung teilnehmen kann, b) ganzzeitig an der Tagung teilnimmt, c) dies und die gewünschte Höhe seines Teilnahmebeitrags – maximal reduziert auf 300 DM – auf der Anmeldung angibt. Da die Mittel des TAK AÖ-Sozialfonds beschränkt sind, ist der Sozialtarif vor Tagungsbeginn im Rahmen der Anmeldung zu beantragen.

Bei zeitverkürzter Teilnahme kostet jeder Tag für Übernachtung und Essen 80 DM, Kinder 40 DM. Zelten ist erlaubt. Da hierfür vom Tagungshaus ein etwas geringerer Beitrag erhoben wird, ist dann ein kleiner Beitragsnachlass möglich, sobald die Mindestbelegung erreicht wird.

Kinderbetreuung:

Während der Seminarzeiten wird Kinderbetreuung angeboten. Voraussetzung ist ein entsprechender Bedarfshinweis bei der Anmeldung. Der TAK AÖ übernimmt 50% der Kosten für die Kinderbetreuung. Die restlichen 50% müssen durch die Eltern anteilig getragen werden mit einer maximalen Obergrenze pro Eltern von 200 DM für die gesamte Tagungszeit.

Rückfragen:

Burghard Flieger, Erwinstraße 29, D-79102 Freiburg, Tel.: (07 61) 70 90 23 oder Elisabeth Voß, Crellestr. 6, D-10827 Berlin, E-mail: elisv10777@aol.com. Dorthin auch jeweils zusätzliche Angebote zur inhaltlichen und kulturellen Mitarbeit bzw. zu eigenen eingebrachten Themen.

Kontakt zum Tagungshaus:

Bildungsstätte Einschlingen, Michael Wolf, Schlingenstr. 65, D-33649 Bielefeld, sobi-einschlingen@t-online.de, Tel.: (05 21) 45 18 11, Fax: 45 90 42

Anmeldung:

Nur schriftlich bei: Elisabeth Voß, Crellestr. 6, 10827 Berlin, E-mail: elisv10777@aol.com und zwar so schnell wie möglich. Bei Anmeldung ist der Tagungsbeitrag auf das Konto von Martina Racki-Flieger: Kto 349 433-755, BLZ: 660 100 75 bei der Postbank Karlsruhe zu überweisen.●

Die Verschwundenen von Mercedes Benz

1977 »verschwanden« die meisten Mitglieder des unabhängigen Betriebsrates des Mercedes-Werkes in González Catán (Buenos Aires), d.h., die aktiven Gewerkschafter wurden von den Repressionskräften der Militärdiktatur entführt und ermordet. Nur einige wenige, bei deren Verschleppung Zeugen zugegen waren, überlebten.

Die Ermittlungen gegen chilenische und argentinische Militärs in Europa und der Umstand, dass dabei nie gefragt wurde, wer von den Menschenrechtsverletzungen profitiert hat, bewogen die Journalistin *Gaby Weber*, das »Verschwinden« der Mercedes-Betriebsräte zu untersuchen. Sie recherchierte, wie die Gewerkschafter ins Visier der Todeskommandos des Militärs gerieten und wer aus dem Unternehmen dafür Verantwortung trug. Auf der Grundlage ihrer Recherchen hat der Republikanische Anwälte- und Anwältinnenverein im September 1999 Strafanzeige gegen DaimlerChrysler wegen Beihilfe zum Mord in mindestens 13 Fällen erstattet. Die Staatsanwaltschaft Nürnberg hat die Ermittlungen übernommen.

In dem Buch lässt Gaby Weber die Leserinnen an ihren Recherchen teilhaben, sie beschreibt, wie sie vorging und wie es ihr schließlich gelang, vieles von dem ans Licht zu holen, über dem mehr als 20 Jahre ein Mantel des Schweigens lag: die Komplizenschaft eines Unternehmens mit den unifomierten Mördern bei der Eliminierung aktiver Gewerkschafter.

Das Buch wird herausgegeben von der Informationsstelle Lateinamerika (ila), vom Republikanischen Anwältinnen und Anwälte Verein (RAV) und dem deutschen Labournet.●

Theo Bruns

Gaby Weber: Die Verschwundenen von Mercedes Benz ISBN 3-922611-92-3, 128 Seiten, 19,80 DM Berlin · Hamburg · Göttingen 2001: Assoziation A

Grundrechte-Report 2001

Die rot-grüne Bundesregierung hat viele Versprechen auf dem Gebiet der Bürgerrechte nicht gehalten und dringende Aufgaben unerledigt gelassen. Dies wird im Grundrechte-Report 2001, dem 5. Bericht zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland nach Ansicht der dortigen AutorInnen mehr als deutlich. Der Report wird von den vier Bürgerrechtsorganisationen *Humanistische Union, Gustav Heinemann-Initiative, Komitee für Grundrechte und Demokratie und dem Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen* herausgegeben.

Der Band enthält 37 Beiträge von Autorinnen und Autoren aus dem gesamten Spektrum des (links-) liberalen Bürgerengagements. Es schreiben u.a. Burkhard Hirsch (FDP) und Wolfgang Wieland (Olivgrüne Berlin), BürgerrechtsaktivistInnen wie Prof. Wolf-Dieter Narr, Martina Kant, Heiko Kauffmann (Pro Asyl) und Michael Findeisen. Sie zeigen anhand von konkreten Fällen Verstöße, Versäumnisse und Defizite auf, die in der Regel von staatlichen Organen zu verantworten sind.

Zu den gravierenden Verletzungen der Menschenwürde ist die Verwahrung von Menschen in Käfigen zu zählen. Die Polizei hat in Hannover und Dortmund sogenannte mobile Sammelzellen für Personen benutzt, die z. B. im Kontext von Demonstrationen in Gewahrsam genommen werden, meistens ohne dass ihnen Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten vorgeworfen werden können. Eine relative Breitseite bürgerrechtlicher Kritik erfährt die offensichtliche Unfähigkeit (der Rezenszent würde eher sagen: der Unwillen?) des Staates, die Rechte und Würde von Personen und Minderheiten gegen rechtsradikale Gewalt zu schützen. Das Übersehen rechtsradikaler Gewaltausübung durch Staatsorgane vollzieht sich bei der Duldung sogenannter »befreiter nationaler Zonen« wie auch bei der Unfähigkeit der Behörden, der Öffentlichkeit eine plausible und umfassende Statistik über rechtsradikale Straftaten und ihre Aufklärung zu übergeben. Vor allem MigrantInnen sind in besonderer Weise von Schutz- und Rechtlosigkeit betroffen. Dazu zählt auch, dass im Zusammenhang mit Abschiebeverfahren immer stärker der Gebrauch von öffentlicher Gewalt bis hin zum leichtfertig inkaufgenommenen Tod anzuklagen ist. Die Kritik der BürgerrechtlerInnen gilt auch der Tatsache, dass die Bundesregierung immer noch nicht die Kinderrechtskonvention der UN unterzeichnet und anerkannt hat und damit in vielerlei Hinsicht die Völkerrechtsnormen für eine besonders schutzwürdige Gruppe, die Kinderflüchtlinge, nicht einhält.

Manche Skandale haben im Rechtsstaat Bundesrepublik eine jahrzehntelange Kontinuität, wie der ehemalige nordrhein-westfälische Minister und Strafverteidiger Diether Posser am Beispiel des »Zeugens vom Hörensagen« nachweist. An verschiedensten Beispielen zeigen die Autorinnen und Autoren, dass es immer wieder zu herben Einschränkungen der Aufenthalts, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit kommt, weil andere Güter höher bewertet werden als die grundrechtlich verbürgte Freizügigkeit und Meinungsfreiheit. Zu den Dauerskandalen gehören auch die unterschiedlichen Entlohnungs-, Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland, sowie die Kinderarmut. Zwei Beiträge thematisieren die Anwendung des AntiTerror-Paragraphen 129 a Strafgesetzbuch, während ein junglinker Jurist (Bela Rogalla/BAKJ) und ein altlinker Prof (W.-D.Narr) sich über die Sinnhaftigkeit eines NPD-Verbotes streiten. Auch der Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee wird problematisiert.

Mit einer Chronik der Ereignisse des Jahres 2000, Adressen von Bürger- und Menschenrechtsorganisationen und einem Sachregister bietet der Band weitere praktische Informationen. Er ist ideal für alle, denen an einer weitergehenden Kritik des Staates und kapitalistischer Verwertungsmechanismen nicht gelegen ist und die sich von einer rot-grünen Regierung wirklich eine Verbesserung der Lage versprochen hatten und nun natürlich enttäuscht sind. Sich radikaler dünkende LeserInnen können ja – erst recht bei dem durch die grosse Auflage bedingten niedrigen Anschaffungspreis – die unsäglichen Beiträge einfach überblättern....●

Bernd Hüttner

Till Müller-Heidelberg, Ulrich Finckh, Elke Steven und Bela Rogalla (Hg.): Grundrechte-Report 2001 – Zur Lage der Bürger-und Menschenrechte in Deutschland, Rowohlt-Taschenbuch-Verlag Hamburg 2001, 16,90 DM

Das zerbrochene Fenster

Die aktuelle Diskussion um den Hooliganismus und die Nazi-Skins verdeckt vielfach die wahre Ausrichtung des staatlichen Gewaltmonopols: zunehmende Repression gegen »Fremde« in Form von Abschiebeknästen oder Polizeikessel gegen Antifaschisten, die sich faschistischen Demonstrationen in den Weg stellen. Die unabweisbare Gewalttätigkeit einer kleinen Gruppe meist männlicher Jugendlicher dient der weiteren Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte für alle. Die andere Seite des staatlichen Handelns: allein im Bundesland Brandenburg werden 600 Stellen in der Jugendarbeit gestrichen und Jugendheime geschlossen.

Was bietet sich zur Verdeckung der offensichtlichen sozialen Widersprüche besser an, als ein Haufen wildgewordener Fußballbegeisterter, die marodierend durch Europa ziehen? Der Fußball als Volksdroge bewegt Millionen Menschen weltweit. Der Fußball als Wirtschaftsfaktor bewegt Milliarden Mark allein in Europa. Ruhe und Ordnung beim Fußball sind also ein sportliches, maximal ökonomisches Problem, und haben natürlich mit Politik nichts zu tun?!

Die Innenansichten von Praktikern aus der Arbeit mit gewaltbereiten Fußballfans und Nazi-Skins werfen ein anderes Licht auf dieses Feld.●

(Klappentext)

Andreas Buderus, Gerd Dembowski, Jürgen Scheidle: Das zerbrochene Fenster – Hools und Nazi-Skins zwischen Gewalt, Repression, Konsumterror und Sozialfeuerwehr. 230 Seiten, 6 farb. u. 5 sw. Abb., geb., 29,90 DM, Pahl-Rugenstein Verlag, ISBN 3-89144-285-8

Die Neue NATO, Irak und Jugoslawien

Das erste Opfer im Krieg, so heißt es, ist die Wahrheit. In Wirklichkeit ist sie aber in der Regel schon vorher gestorben, genauer gesagt die wahrheitsgemäße Information der Bevölkerung. Dies ist eine der Thesen die *Clemens Ronnefeldt* versucht in seinem Buch an Hand der Kriegspolitik gegen Irak und Jugoslawien nachzuweisen – und das mit Erfolg. Jedem der sich ernsthaft mit den Themen befasste, hätte schon vorher feststellen können, dass Krieg weder ein notwendiges noch sinnvolles Mittel war, die Konflikte zu lösen. Es waren genügend Fakten bekannt »die funktionierenden Demokratien einen Verzicht auf einen Militäreinsatz nahegelegt hätten« schreibt Ronnefeldt in der Einleitung. Zudem lies sich, wie sich aus den folgenden Kapiteln ergibt, auch früh erkennen, dass es der kriegführenden Supermacht USA und ihren Verbündeten nicht um die vorgegebenen uneigennützigen Ziele, sondern um handfeste politische und wirtschaftliche Interessen ging.

Der vom *Versöhnungsbund* im April herausgegebene Band sammelt Beiträge des Autors, die zwischen Anfang 1998 und Ende 2000 entstanden sind und in verschiedenen Medien auch veröffentlicht wurden. Vielen wird daher der eine oder andere Text noch in Erinnerung sein. Thematisch gegliedert und ergänzt durch wichtige Quellentexte ist es nicht nur ein Nachschlagewerk sondern ergibt auch einen guten Überblick über einige der wichtigen außen- und friedenspolitischen Themen unserer Zeit.

Nachgelesen werden kann beispielsweise die Vorgeschichte des Golfkriegs, wo Ronnefeldt durch Quellen belegt, dass der Einmarsch des Irak in Kuwait nicht der Anlass für den »Wüstensturm« gewesen war, sondern die Pläne für einen Krieg gegen den Irak bereits zwei Monate zuvor vom später kommandierenden General *Norman Schwarzkopf* vorgestellt worden waren. Ausführlich sind auch die vielen warnenden Stimmen dokumentiert, die auf die Völkerrechtswidrigkeit des geplanten Kriegs gegen Jugoslawien hingewiesen haben und Zweifel an den vorgegebenen Absichten der NATO-Staaten äußerten. Er zeigt, dass – ein entsprechender Wille vorausgesetzt – die Konflikte im Kosovo durchaus zu lösen, zumindest zu entschärfen gewesen wären. Ausführlich dokumentiert sind Quellen, die u.a. belegen, dass friedliche Lösungen unter Vermittlung von UNO oder OSZE nicht gewollt waren und offensichtlich die NATO alles daran gesetzt hat, ihre neue Strategie auch gleich praktisch zu demonstrieren. Der Zusammenhang des neuen strategischen Konzept der NATO mit der Kriegspolitik gegen den Irak und Jugoslawien ist Thema des ersten Teils des Buches, wo die Kernpunkte analysiert und deren Risiken für die Zukunft, z.B. die zu erwartenden Konflikte mit Russland angesichts der Krisenregion Kaukasus, erörtert werden.

»Kritischen Arbeiten, wie den hier vorgelegten, ist zu wünschen, dass sie Früchte tragen, dass sie breit wahrgenommen und intensiv diskutiert werden und .. dazu führen die Schwelle für neue Militäreinsätze in weiten Teilen der NATO-Gesellschaften so anzuheben, dass Kriege innenpolitisch nicht mehr durchsetzbar werden.« Diesem Wunsch von *Dieter S. Lutz* kann ich mich nur anschließen.●

Joachim Guilliard

herausgegeben vom Deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, Minden 2001, 195 Seiten, mit einem Vorwort von Prof. Dieter S. Lutz, ISBN: 3-9804408-3-4, Preis: 15 DM (+ 3 DM für Porto und Versand)
Internationaler Versöhnungsbund – Deutscher Zweig, Geschäftsstelle, Ringstr. 9a , D-32427 Minden Tel.: (05 71) 85 08 75, Fax: 829 23 87
e-mail: Geschaeftsstelle@versoehnungsbund.de
www.versoehnungsbund.de

Grenzgängerbeatz

»Sympathische Tortilla-Flat-Hasardeure mit krimineller Energie« (Tip, Berlin), die ins pittoreske Berlin-Spandau geschickt werden, um gnadenlos zu scheitern. Iserlohner Abiturkurden, die sich als Vorstadt-Gangster profilieren, und albanisch-türkisch-mazedonische Gemüsehändlerinnen, die an handfesten Katastrophen vorbeischrammen. Deutsche Vagabunden in Lateinamerika und Nordafrika, die sich als melancholische Waschlappen erweisen und in Liebesgeschichten ebenso versagen wie bei ihren revolutionären Bestrebungen. Grenzgängererfahrungen bestimmen den gemeinsamen Grundton dieser Geschichten, die unter denen spielen, die nicht genau wissen, wo sie hingehören.●

(Klappentext)

Raul Zelik: Grenzgängerbeatz, Assoziation A (Berlin/Hamburg/Göttingen 2001), ISBN 3-922611-89-3, 204 Seiten, gebunden, 29,80 DM

Auch der Proll wird 60

Im Jahre 1941 befand sich die halbe Welt mitten im Krieg. In jener Zeit wurden Menschen geboren, die – den wie auch immer strapazierten Begriff der 68er – eine Zeit der Umwälzungen prägten. JedeR auf seine Weise. Am 24.5. wurde *Robert Zimmerman* alias *Bob Dylan* 60, ebenfalls werden in diesem Jahr Roger, unser Ingelein und Alfred 60 Jahre alt, und all dies werden wir auf unsere Weise feiern.

Wen es allerdings noch zu feiern gilt, ist *Thorwald Proll* am 22.7., der sich wohl schon mal vorab mit seiner CD* ein eigenes Geburtstagsgeschenk gemacht hat. In acht Abschnitten werden 32 alte und neue Gedichte präsentiert. Auch wenn Thorwald Proll seine Texte mit großem Ernst, und hanseatischer Zurückhaltung präsentiert, und Gefühlsausbrüche eher der gezielten Betonung vorbehalten sind, so ist dieser Enkel des Dadaisten *Kurt Schwitters* mit dieser CD auch endlich akustisch wahrnehmbar. Leider sind seine Lesungen viel zu selten. Klassiker wie die »Die Kommune von Karstadt« (»Ich gehe nach Hause es ist niemand da / Ich mache den Abwasch ich schreibe ein Gedicht / Dieses hier...«), oder »Son of Zolá (»Ich bin der Sohn von Emile Zola / Und ich trinke all' die Cola...« *[die dadaistische Variante Aldi-Cola, hätte auch noch gut gepasst. Anm.d.S.])* All das zu hören, samt der musikalischen Untermalung und/oder Ergänzung von *Wolfgang Dürring* ist eine gelungene Sache: wer nicht lesen will soll hören.

Ich bemerke auch immer wieder an mir selbst, dass gehörte Literatur auch seine Vorteile haben kann, abgesehen davon, dass in diesem Fall der Autor selbst seine Akzente setzt, die der Leser oder die Leserin soo vielleicht nicht erkennen würde, nein, es macht auch durchaus Spaß dazusitzen und sich von der Technik bedienen zu lassen. Im Sessel sitzen, aus dem Fenster sehen – so mensch eine schöne Aussicht hat – und den Gedichten lauschen. Hier und dort ein Schmunzeln (»Ein Gedicht sagt mehr / Als ihm lieb ist / Ich kam sah und siegte – / Cäsar erfand das Telegramm...«), aber hinter all der dadaistischen Wortakrobatik steckt natürlich auch die Person Thorwald Proll. Er ist ein Teil bundesdeutscher Geschichte – die Literaturgeschichte wäre ihm heute vielleicht lieber (?) – aber er gehörte nie zu jenen, die sich in die öffentlichen Abschwörungsorgien drängelten, selbst wenn er heute eine andere Sichtweise auf den damals nachfolgenden sog. Terrorismus haben wird. Hinter all dem feinen Humor lauert aber auch seine politische Erfahrung von Verurteilung und Knast.

Die CD ist eine schöne Sache, vor allem, wo sich Thorwald beim publizieren doch recht rar macht, doch leider ein Manko: sie ist zu kurz.

Auch so, natürlich: Herzlichen Glückwunsch zum 60.! Und alles, alles Gute (auch an Roger, unser Ingelein und Alfred – wo wir schon mal dabei sind.)●

Jochen Knoblauch

* Matchbox – Thorwald Proll spricht 22 Gedichte in Neufassung aus seinen Gedichtbänden »Einmaliges aus der alten Welt« (1979), Bringt Opi um (1993) und 10 neue Gedichte. Plus Bio-Bibliographischen Notizen. Musik: Wolfgang Dürring Verlag auf hoher See, Schnellstr. 22 in D-22765 Hamburg. Die CD kostet 29,95 DM

Trojas Puppenkiste

Politische Aktionen verlaufen oft wie Rituale. Langweilige Latschdemos und Kundgebungen zerren eher an den Nerven aller Beteiligten und haben oft kaum eine Außenwirkung. Vielfach führen sie dazu, dass man sich als AktivistIn bald ausgebrannt, gelangweilt und deprimiert fühlt.

Aber es gibt auch ein anderes Gesicht politischer Aktionen, das bunt und kreativ, motivierend und inspirierend sein kann. Der weltweite Protest gegen den Neoliberalismus hat uns nicht nur in Seattle und Prag gezeigt, dass Demos wie Festivals sein können. »Radical cheerleaders«, »Tutti Bianchi«, Samba-Bands, Kostüme, Straßentheater, Puppen, kreative Blockadetechniken, Kommunikationsguerilla, militante und direkte Aktionen ... bilden die Vielfalt und den Facettenreichtum politischer Interventionsmethoden. Und gerade diese enorme Vielfalt und Kreativität besitzt eine außerordentliche Schlagkraft, wie die Erfolge in Seattle und Prag gezeigt haben.

»Trojas Puppenkiste« dient dazu, eine dieser kreativen politischen Aktionsformen vorzustellen und Tipps und Tricks im Umgang damit zu geben. Diese Broschüre enthält Anleitungen und Anregungen zum Bau von großen Puppen, die auf Demos und Aktionen eingesetzt werden können. Das ist ein Ausdruck von Kreativität, der v.a. in den USA und England schon sehr lange einen Platz im Widerstand einnimmt. In Deutschland beginnt man sich gerade – vor allem inspiriert durch die Anti-Globalisierungs-Proteste – auch für den Fest-Charakter dieses Widerstands zu interessieren. Puppen können eine Menge Enthusiasmus verbreiten, können ein Sinnbild für die Buntheit und Verschiedenartigkeit des Widerstands sein und – wie *Reclaim the Streets* (RTS) beispielsweise bewiesen hat – auch Hand in Hand gehen mit direkten Aktionen: Während einer RTS in London konnte sich mindestens ein Aktivist unter dem Rock einer riesigen Puppe tarnen und die Straße mit einem Presslufthammer aufreißen.●

dp

Die Broschüre kostet inklusive Porto 4,50 DM, ab 5 Stück für WeiterverkäuferInnen 2,20 DM zzgl. Porto und ist über die nachfolgende Anschrift zu beziehen: Flatline-Imperium, c/o M99, Manteuffelstr. 99, D-10997 Berlin
E-Mail: flatline_imperium@hotmail.com

Gesunde Ernährung

Das Schwein aus der eigenen ökologischen Zucht, der Käse vom eigenen Schaf, erntefrisches Gemüse aus eigenem Anbau, der Wein vom eigenen Rebstock - für Großstädter ist dies kein Traum mehr. Europaweit entwickeln sich Landwirte zu neuen Dienstleistern, die dem Verbraucher zu seinen gewünschten Lebensmitteln verhelfen, die für seine Gesundheit unbedenklich sind. Nach den Lebensmittelskandalen der Vergangenheit bis hin zu BSE und Maul- und Klauenseuche steht für den Zukunftsforscher Matthias Horx fest: »Vertrauen ist der Schlüssel zum Lebensmittelverkauf der Zukunft«.

Als Beispiele führt Horx in seinem Zukunftsletter »2000 X« unter anderem die Internet-Schaf-Patenschaft bei italienischen Züchtern aus den Abruzzen an. Neben Käse und Wolle gibt es auch noch das eigene Lammfleisch. Eine E-Mail an www.myveggiepatch.com und 495 britische Pfund genügen, um übers Jahr hinweg alles zu erhalten, was ökologischer Gartenbau bietet – und dazu noch regelmäßig Internet-Fotos vom Wachstum der eigenen Pflanzen. Die britische Somerset Farm informiert mit einer umfangreichen Bildergalerie im Internet die Käufer, wie ihre Lammkeule vor dem Schlachttermin aussah, womit das Tier gefüttert und wann es geschlachtet wurde. Ein Schwandorfer Wurstfabrikant lässt Interessenten unter www.wurst.de die Produktion live miterleben. 10 Webcams sollen wieder Vertrauen in die Qualität schaffen. Ferkel zum Leasen zieht ein Mecklenburger Bio-Bauer auf. Am Ende des Sommers erhält der Leasingpartner etwa 60 Kilogramm bestes Schweinefleisch, letztlich zu einem Kilopreis zwischen 14 und 17 Mark.●

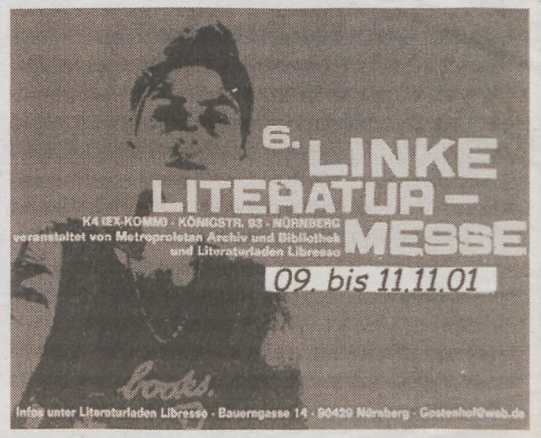
dp

2000 X – Der Zukunftsletter, VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Theodor-Heuss-Str. 2-4, D-53117 Bonn, www.2000x.de

Anzeige

ESPERO
(Hrsg. Mackay – Gesellschaft)
Zeitschrift ESPERO, Sonderhefte,
libertäre Literatur.
Forum für libertäre Gesellschafts- u.
Wirtschaftsordnung
E - mail: utespero@aol.com
www.utespero.de

Anzeige



JOBS

Wir suchen
eine Fachfrau/einen Fachmann als Abteilungsleiter/In für unsere digitale Druckvorstufe. Fundierte Kenntnisse in den gängigen MAC-Anwendungen, DOS-Programmen, sowie MacOS/Windows NT-Kenntnisse setzen wir voraus. Schön wäre es, wenn die/derjenige auch noch Erfahrungen aus kollektiven Arbeitsverhältnissen mitbrächte.
Wir sind
eine kollektiv geführte Offsetdruckerei. Zur Zeit arbeiten bei uns 13 Menschen. Unsere technische Ausstattung besteht aus 2 Vierfarbdruckmaschinen im Format 36x52cm und 72x102cm und einer kompletten digitalen Druckvorstufe mit vier MAC-Arbeitsplätzen, Scanner, Plotter, Signastation und Signasetter zur Belichtung fertig ausgeschossener Druckbögen bis zum Format 70 x 100 cm. In der Vorstufe arbeiten im Moment 4 MitarbeiterInnen und 1 Lehrling. Unsere Betriebsräume befinden sich in einer kleinen Gemeinde etwa 40 km südlich von München im Voralpenland.
Wir wünschen uns
jemanden, die/der sich zutraut, die Abteilung Druckvorstufe selbständig und eigenverantwortlich zu leiten und zu organisieren. Da wir wissen, dass dies einen hohen Grad an Identifikation mit dem Betrieb voraussetzt, sind wir für jede Form der Mitarbeit offen. Wer Interesse hat, die/der soll sich melden bei:
Ulenspiegel Druck & Verlag GmbH,
Besengassl 4, D-82346 Andechs

Sommer in Regensburg?
Wir suchen ab sofort dringend zur Überbrückung eines DruckerInnen-Engpasses in den Sommermonaten oder auch für immer eine Offset-DruckerIn für Ryobi 522: 2-Farben, 35x50 und/oder Heidelberg Speedmaster SM .74-2-P, 2-Farben, 50x70
Kenntnisse und Bereitschaft für Tätigkeiten in der Weiterverarbeitung wären willkommen.
Wir bieten: individuelle Betreuung, kollektive Strukturen und angenehme Arbeitsbedingungen.
Außerdem suchen wir ab sofort eine Person für die Druckvorstufe. Im Moment fallen noch klassische Bogenmontagen und Plattenkopie an, schön wäre aber auch jemand, der/die sich auf die Digitale Welt einlassen könnte.
Bitte meldet Euch beim
Kartenhaus Kollektiv, Hans-Sachs-Str. 8a, D-93049 Regensburg
☎(09 41) 2 22 73, Fax: 20 72 07
E-mail: ina@kartenhauskollektiv.de

Gesucht:
Zivile Freiwillige für Kosovo-Einsatz
Das Jugendprojekt KIDS sucht MitarbeiterInnen für einen Freiwilligeneinsatz in Vushtrri/Kosovo! Die Gemeinde Vushtrri wurde vom Krieg stark betroffen. Zerstört wurden nicht nur Häuser, sondern vor allem Beziehungen, Familien und Menschen. Ziel des Projektes KIDS ist es, Kindern und Jugendlichen in dieser Gemeinde bei der Überwindung der Kriegstraumatisierungen zu helfen und ein Stück gesellschaftliche Normalität für die kriegsversehrte Bevölkerung zurückzugewinnen.
Seit dem 17. April 2001 ist das erste Dreierteam vor Ort und arbeitet am Aufbau eines Jugendtreffs. Bereits wurden erste Aktivitäten für Kinder angeboten und das Beziehungsnetz verdichtet – der Start ist geglückt!
Für ein zweites Projektteam suchen wir ab Juli/August 2001 Freiwillige, die 3-4 Monate im Projekt KIDS mitarbeiten.
Aufgaben:
- Anbieten von verschiedensten Aktivitäten und Workshops für Kinder und Jugendliche
- Erweiterung des bestehenden Beziehungsnetzes vor Ort
- Ständige Evaluation und Weiterentwicklung des Projektes (in Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung)
- Koordination der Gruppen von internationalen Freiwilligen, die ab ca. Juli für jeweils 3 bis 6 Wochen in diesem Projekt mitarbeiten werden.

Anforderungen:
- Motivation, auch unter erschwerten und politisch instabilen Bedingungen im Projekt zu arbeiten und das Projekt weiter zu entwickeln
- Erfahrung in Projektarbeit/Freiwilligenarbeit
- vorzugsweise Projekterfahrung im Balkangebiet
- Bereitschaft, drei bis vier Monate vor Ort zu arbeiten
- Alter vorzugsweise 25 bis 45 Jahre

Entlöhnung: Reisespesen, Kost und Logis, kleines Taschengeld.
Informationen und Anmeldung bei: Service Civil International SCI, Christa Luginbühl, Monbijoustr. 32, Postfach 7855, 3001 Bern. Tel. 031 381 46 20, scich@access.ch. Informationen auch unter www.4u2.ch

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu vielen Projekten surfen und andere Medienprojekte besuchen. Unsere Link-Liste wird paralell zur Herstellung der BUNTEN SEITEN 2001 laufend erweitert und aktualisiert. Auch die komplette Ausgabe 1 und demnächst auch Nr. 2 aus dem Jahr 1984 ist dort auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Homepage mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

AUSBILDUNG

BGS-Holztechnik-Schüler in Lübeck, Noten 1-2, sucht zum 9/01 Lehrstelle in Möbeltischlerei. Bundesweit.
Christian Kessler, Geverdesstr. 21, D-23554 HL
☎(04 51) 479 79 80 ab 19 Uhr

PROJEKTE

Grundstück in wunderbarer Lage (Märkische Schweiz bei Berlin) wartet auf Menschen zum Projektaufbau (WG, Büro, Gästehaus, ?). Infos:
☎(0 30) 29 66 96 50
www.projektneo.de/land

SONSTIGES

Viel sagen wollen, aber sich nicht ausdrücken können? oder Wenig sagen können, dies aber möglichst elegant tun wollen? Professionelle und schnelle Hilfe bei der Formulierung von Doktor- und Diplomarbeiten und jeglichem anderen Text bietet erfahrene Autorin und Lektorin.
☎(0 62 23) 80 55 75 oder
e-mail: gudrunmangold@t-online.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

« Unser LEBEN ist der MORD durch ARBEIT – wir hängen 60 Jahre lang am STRICK und zappeln. Aber wir werden uns LOSSCHNEIDEN»
[Georg Büchner, 1835]

[anar'ço:zyndi'ka'lismus]
ist ein Messer

DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung
PROBEHEFT
Direkte Aktion
Mühlgasse 13
60486 Frankfurt
da@fau.org

...wenn Ideen nötig sind, die an die Wurzeln gehen

Die graswurzelrevolution informiert jeden Monat über:
- widerstand gegen staat und krieg
- ökologie, die über umweltschutz hinausgeht
- antirassismus und antisexismus
- aktualität und geschichte des gewaltfreien anarchismus
- transnationalismus
- bücher
- concert for anarchy
u.v.m.

→ Sonderhefte und Bücher: Bitte Informationen anfordern

Jahresabo 40 DM (10 Ausgaben) • Schnupperabo 10 DM (3 Ausgaben nur gegen Vorkasse) • WiederverkäuferInnenrabatt
GWR • Straßberger Str. 24 • D-10405 Berlin • Fax 030/44281 85
www.comlink.de/graswurzel
graswurzelrevolution
für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

DER RABE RALF
Die unabhängige Umweltzeitung aus Berlin

Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 20 DM/Hj., Probenummer gratis

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung
12. Jahrgang, Nr. 46, Juni 2001, 224 Seiten plus 48 Seiten Beilage
Höhme: Weltwirtschaft und US-Abschwung
Markt und Macht
Huffschmid – Die Finanzmärkte und ihre Kontrolle / Maicher & Diaz – Gesamtamerikanische Freihandelszone / Schui – Staat, Klassen, Markt / Goldberg – Rettung des Marktes durch Good Governance? / Richter – Warenproduktion, Werttheorie und Markt / Roesler – NÖS: Marktreform im Sozialismus / Croydt – Kritik des „Marktsozialismus"
Rosa Luxemburg
Seidel – Luxemburgs Marx-Rezeption / Haug – Revolutionäre Realpolitik
Und: Stiehler – Materialismus in der Gesellschaftstheorie / Czichon – Deutsche Bank: Geschichte als Finanzprodukt / Knorr – Deregulierung als Friedens- und Freiheitsbedrohung / Mohl – In memoriam Wolfgang Jahn
Sowie:
Berichte, Zuschriften, Buchbesprechungen
Beilage: 13 Wortmeldungen zur PDS-Programmdiskussion
Z Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60 ; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:
Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M. Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

BUH e.V.
Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker
Unsere Zielsetzungen:
-Politisches Engagement zur Abschaffung der Meisterpflicht als alleinige Voraussetzung einer Selbständigkeit im Handwerk
-Wiedereinführung der Gewerbefreiheit
-Gleichstellung von Mann und Frau im Handwerk
Unseren Mitgliedern bieten wir: Beratung, Hilfestellung, Information, Mitarbeit und Diskussion im Kampf mit der deutschen Handwerksordnung.
BUH e.V.
Klein Breese 13 29497 Woltersdorf,
Tel. 05841-973900 Fax 973901
http://www.aries.de/BUH

kabrack! archiv
...für das ende der gemütlichkeit

zeitungen ★ bücher ★ videos ★ papierkram
kabrack! aktions- und ideenarchiv für politische bewegung, projektwerkstatt, ludwigstr. 11 35447 reiskirchen-saasen, tel: 06401 903283, http://come.to/projektwerkstatt

Aber Dich gibt's nur einmal für mich

24seitige Broschüre zu Kritik an Ehe und romantischer Liebe. Gute Seiten, Schlechte Seiten, Genese, Alternativen, Umsetzung
einzeln 3 DM • 10 Stück 10 DM • incl. Versandkosten
Infoladen Sabotnik • Moritzstraße 26 • 99084 Erfurt
sabotnik@infoladen.net

Seit Jahrhunderten sind wir STARK und KÄMPFEN um unsere EHRE im Krieg, in der Fabrik und im Büro. Wenn wir nicht BEFEHLEN können, dann GEHORCHEN wir! GEWALT gegen ANDERE ist für viele von uns normal. Jede dritte Frau wird im Laufe ihres Lebens Opfer männlicher sexualisierter GEWALT. Aber JETZT REICHT'S! Schluss mit Stärke, Ehre und dem ganzen Scheiss! Lernen wir endlich, als MENSCHEN solidarisch und selbstbestimmt zu leben anstatt uns ständig als MANN zu behaupten.

A2-Farbdruck-Plakate • 30 Stück 10 DM incl. Versandkosten
Pakt-Gruppe Erfurt • c/o Fachschaftsrat Soz. an der FHE
Altonaer Straße 25 • 99096 Erfurt • pakt@stud.fh-erfurt.de

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: http://members.aol.com/ricabuch; 18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 8900, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; 60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netz-hessen@nikocity.de; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; 90419 Nürnberg, Redaktion Franken, Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 510 68 77, Fax 93 42 80 41 52, E-Mail: r.schaefer@odn.de; Portugal: Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: Elisabeth Voß E-Mail: elisv10777@aol.com; Umweltschutz von unten: 23843 Bad Oldesloe, Jörn Hartje, (JUP!), Turmstr. 14a, ☎(04531) 45 12, Fax 71 16, E-Mail: joern@inihaus.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

TAK AÖ

Sommerseminar
Alternative Ökonomie
Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ), 1978 gegründet, organisiert in diesem Jahr sein dreiundzwanzigstes Sommerseminar. Es findet dieses Jahr vom **13.07.2001 bis 22.07.2001** in der Bildungsstätte Einschlingen in Bielefeld statt. Thema wird schwerpunktmäßig die »Didaktik der Projektneugründung« sein. Neben ausführlichen Diskussionen zu Themen wie Selbstverwaltung, Gemeinschaftseigentum, Teamgründungen und Kollektives Management soll viel Raum für »Kulturarbeit« gegeben werden, wie selbstorganisierte Schreibspiele, Kollagen etc. Für Neugierige bzw. an der Selbstverwaltungsthematik interessierte Menschen, die sporadisch oder dauerhaft mitarbeiten wollen, ist der Arbeitskreis jederzeit offen. Das Programm zum Sommerseminar kann angefordert werden bei der TAK AÖ-Kontaktadresse: Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen.

NIEDERKAUFUNGEN

»When I'm 64...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden verglichen: die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherungen) und selbstgestaltete Schatzbildung.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend und ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 14.-16.9.2001

Die Subsistenzperspektive oder: die Befreiung vom Konsum
Die Warenwirtschaft, die als einziges Ziel die Vermehrung von Geld verfolgt, ist eine der Hauptursachen für weltweite Naturzerstörung und ungerechte Verteilung. Diese Warenwirtschaft kann ersetzt werden durch die Subsistenzperspektive, deren Ziel das Leben ist.
Die Subsistenzperspektive bedeutet nicht »zurück auf's Land«, sondern beinhaltet einen anderen Blick auf die Wirklichkeit. Ständig steigender Konsum ist kein Garant für ein freies und glückliches leben! Wir beschäftigen uns während des Seminars mit der »Theorie der Subsistenz«, die Maria Mies uns andere Frauen der »Bielefelder Schule« entwickelt haben.
Wie können wir dem weltweiten Globalisierungsprozess, der uns immer mehr Eigenständigkeit und Entscheidungsmöglichkeiten nimmt, entgegenwirken und somit die Autonomie über das eigene Leben zurückgewinnen?
Im Verlauf des Wochenendes wollen wir uns von den Ideen der Subsistenzperspektive für unseren jeweiligen Alltag anregen lassen.
Termin: 21.-23.9.2001

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 10.-12.8.2001
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

LOS GEHT'S NRW...,

oder das gemeinsame, vielleicht etwas andere Leben, miteinander organisieren!
Das 3. Treffen aller an NEUEN WOHNFORMEN interessierten in NRW findet vom 17.-19.08.2001 in schöner Natur am Nordrand des Ruhrgebietes statt.
Infos und Anmeldung unter: Los geht's NRW, G. Rose, Bessemer Str. 77, 44793 Bochum, oder unter:
los-gehts-nrw@web.de

HERBSTAKADEMIE

Gemeinsam statt einsam
Rund um kollektive Strategien und ihre politische Wirksamkeit dreht sich die Soester Herbstakademie vom **10. bis 14.10.2001.** Das Anders-Leben-Netzwerk Soest lädt alle Interessierten zum inhaltlichen Austausch und der Suche nach persönlichen wie gesellschaftlichen Perspektiven ein.
Schwerpunkte in den Workshops werden langfristige gemeinschaftliche Wohnformen, professionelles kollektives Wirtschaften und aktuelle Strategien politischer Initiativen sein. Dahinter steht die Frage, ob Gemeinschaftsprojekte eine Chance für ein anderes Arbeits- und Politikverständnis sind oder eher viele Kräfte in Alltagsaufgaben binden. Neben Perspektivdiskussionen wird es praktische Workshops und Kulturangebote sowie Raum für Projektvorstellungen der Teilnehmenden geben.
Die Herbstakademie bietet auch die Möglichkeit, das Anders-Leben-Netzwerk näher kennenzulernen, das es in Soest (Westfalen) seit vier Jahren gibt.
Information & Anmeldung:
Soester Herbstakademie, Postfach 11 21, D-59471 Soest
☎(0 29 21) 3 36 40, Fax 3 36 45
E-Mail: herbstakademie@soestprojekt.de
www.soestprojekt.de

NETZ

Kollektive Entscheidungsstrukturen im Zeitalter des Internet
Das Seminar wird eine grundlegende Übersicht in die Möglichkeiten und täglich wachsenden Angebote des Internet geben. Aufgezeigt wird, wie in kleineren und größeren Arbeitsgruppen virtuelle Entscheidungsstrukturen aufgebaut werden können. Neben den schon fast »klassischen Instrumenten« der elektronischen Post (E-Mail), werden Mailinglisten und webbasierte Diskussionsforen vorgestellt. Das immer breiter werdende Angebot an ebenfalls webbasierten Groupwareanwendungen wird beleuchtet und auf seine Alltagstauglichkeit geprüft. Ein kritischer Blick wird auf die Zuverlässigkeit, die Administration der Anwendungen und nicht zuletzt auf die Kosten geworfen.
Termin: 14.9.2001
Information & Anmeldung:
Netz, Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44
Fax: 794 90 46
E-Mail: info@netz-bund.de
www.netz-bund.de

WIDERSTAND

Ab 16. Juli
Klimakonferenz in Bonn
Zur Weltklimakonferenz werden diverse Fahrradtouren in Bonn eintreffen. Eine feste Zusage haben wir bereits aus Utrecht, weiter aus Münster und Bochum sind im Gespräch.
Am 16. Juli findet die Auftaktkundgebung mit einer critical mass (kreative Fahrraddemonstration) statt, Treffpunkt ist hier um 12:00 Uhr am Münsterplatz.
Am 17. und 18. Juli werden zahlreiche inhaltliche Workshops angeboten.
Am 19. Juli findet unser zentraler Aktionstag mit einer Reclaim-The-Street-Party zum Konfernzgebäude (Maritim) statt. Die Auftaktkundgebung beginnt um 12:00 Uhr auf dem Münsterplatz. Begleitet wird die Demonstration mit zahlreichen direkten Aktionen. Überall auf der Welt werden Solidaritätsaktionen stattfinden. Gruppen, die nach Genua mobilisieren, rufen ebenfalls dazu auf, nach Bonn zu kommen und werden abends mit Bus und Bahn weiter nach Genua fahren. In Planung ist ein Gratiszug (siehe www.projektwerkstatt.de/gratiszug).
Am Samstag, dem 21. Juli, versammeln sich in Bonn mehrere tausend Menschen, um ein kolossales Rettungsboot zu bauen. Das Boot wird in einer karnevalesken Prozession zum Konferenzgebäude gezogen, wo es als Mahnmal der Forderungen der Menschen aus aller Welt aufgestellt wird. Diese Aktion wird organisiert von Friends of the Earth International.
In der folgenden Woche werden noch direkte Aktionen eigenständiger Gruppen stattfinden, bevor am Freitag, den 27. Juli, eine große Abschlussdemonstration zum geplanten Gipfelende stattfinden wird.

20.-22. Juli in Genua
G7/G8-Gipfel mit internationalen Protesten
In Deutschland bereiten mehrere Bündnisse die Aktivitäten vor – bislang ziemlich intransparent. Einige (dürftige) Informationen gibt es über die Internetseiten www.attac-netzwerk.de, www.projektwerkstatt.de/hoppetosse und www.menschenstattprofite.de. Eine Mobilisierungszeitung mit wichtigen Infos kann bestellt werden: Bis 5 Stück für 3 DM, bis 50 Stück für 10 DM, darüber je 100 Stück 15 DM bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen.

5.-24. August in Saasen
5. Politische Werkeltage
Eine bunte Mischung aus Ö-Punkte-Endredaktion (Thema »Utopien«), Stöbern und Sortieren in den Archiven, politische Diskussion und Renovieren in der Projektwerkstatt (Ausbau der Archivräume und eines Zirkuswagens als Gästewohnung).
☎(0 64 01) 90 32 83
www.projektwerkstatt.de/saasen

SOMMERSCHULE

Vom **02.08. bis zum 12.08.** findet die zweite Sommerschule des Institut für Theologie und Politik in Klein-Schwarzlosen/Sachsen-Anhalt statt. (Entwicklungs-)politische, ökonomische und befreiungstheologische Themen stehen genauso wie Strategiefragen und Perpektiven internationalistischen Engagements auf der Tagesordnung.
Weitere Infos: Institut für Theologie und Politik, Friedrich-Ebert-Str. 7, D-48153 Münster
☎(02 51) 52 47 38
E-mail: itpol@muenster.de

MEDIEN

Die eigene Homepage mit HTML
Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Homepage. Wie zeichnet man Text aus, wie bindet man ein Foto ein, wie setzt man Hyperlinks und »Anker« in den Text? Warum braucht man eine »Tabelle«, um Text zweispaltig zu gestalten, und was bringt der Einsatz von Rahmen (Frames)? Sie lernen das Handwerkszeug für professionelles Web-Design, worauf Sie beim Layout von Web-Seiten achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot strukturieren.
Termin: 24.-25.9.2001

Von der Meldung zum Kommentar
Vom Aufbau eines journalistischen Beitrages hängt es zunächst einmal ab, ob er gelesen wird. Jedes Thema, jede Information kann man auf verschiedene Weise darstellen. Wie formuliere ich Texte für Terminhinweise, Berichte von Veranstaltungen, wie einen Beitrag für die Tagespresse? Unser Praxis-Seminar führt in die informierenden und kommentierenden Stilformen ein.
Termin: 17. bis 19.9.2001

Daten schützen – Post verschlüsseln
Wie verhindern Sie, dass ihre E-Mails im Internet von den falschen Leuten gelesen werden? Die Antwort heißt PGP (Pretty Good Privacy), ein Verschlüsselungsprogramm für die Offline- und Online-Nutzung. Was sind Secret Keys und Public Keys? Wie binde ich PGP in verschiedene Mail-Programme ein? Auf dem Seminar werden die DOS- und die Windows-Version von PGP vorgestellt. Grundkenntnisse im Umgang mit DOS und Windows sind von Vorteil.
Termin: 26.9.2001

Pressearbeit 1:
Pressemitteilung und Presseverteiler
Ihr Ziel: in den redaktionellen Teil der Medieñ zu kommen, mit Ihren Stellungnahmen, Aktionen, Vorschlägen, Personalien. Ihre Ansprechpartner: Redakteure in den Medien, die Ihre Pressearbeit in Zeitungen und Zeitschriften aufnehmen und daraus eigene Beiträge machen. Wie formuliert, wie gestaltet man eine Pressemitteilung? Wie baut man einen funktionierenden Presseverteiler auf?
Termin: 30. bis 31.7.2001

Pressearbeit 2:
So bleiben Sie im Gespräch
Zu welchen Anlässen ist eine Pressekonferenz (PK) zu empfehlen? Wie bereitet man sie vor? Was ist bei der Einladung, was bei der Durchführung zu beachten? Preiswerte Alternative zur PK: der Redaktionsbesuch, vorausgesetzt, er ist gut vorbereitet. Checklisten, Workshops und Rollenspiele helfen bei der individuellen Umsetzung.
Termin: 1. bis 2.8.2001
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie
Fax (0 89) 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
www.journalistenakademie.de

GRENZCAMP 2001

Vom **27.7. bis 5.8.2001** wird bei Frankfurt am Main – nach Rothenburg 1998, Zittau 1999 und Forst 2000 – das 4. antirassistische Grenzcamp stattfinden.
Info:
www.aktivgegenabschiebung.de/camp01/index.html

SOZIALE ARBEIT

4. Bundeskongress Soziale Arbeit
Die diesjährige Tagung trägt den Titel »Gestaltung des Sozialen – eine Herausforderung für Europa« und findet in Mainz und Wiesbaden statt. In der Tradition vorangegangener Kongresse in Lüneburg, Tübingen und Dresden, die sich mit den Aufgaben der Sozialen Arbeit in der Konkurrenzgesellschaft auseinandergesetzt haben, soll in Mainz die europäische Perspektive in den Mittelpunkt gestellt werden.
Der europäische Integrationsprozess hat in vielfältiger Weise die Entwicklungen und den Alltag der Sozialen Arbeit verändert. Europäisch beschleunigter sozialer Wandel, Migration und Transformation haben sowohl neue Probleme und Arbeitsfelder entstehen lassen.
Einerseits begrenzen Wirtschafts- und Währungsunion den Spielraum für Sozialpolitik, andererseits verbessern die Programme der Europäischen Strukturfonds die Arbeitsbedingungen von Sozialarbeit und Jugendhilfe. Europa verspricht nicht nur Reichtum, Sicherheit und Mobilität, sondern bewirkt auch Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung.
Im Alltag der sozialen Arbeit wird Europa schon lange erfahrbar, realisiert sich in Austauschprogrammen und Vernetzungen. Europa heißt: voneinander lernen, bedeutet aber auch Unübersichtlichkeit und Bürokratie. Diese Ambivalenz Europas stellt den Rahmen dar, innerhalb dessen sich Soziale Arbeit neu bestimmen muss. Sie steht vor der Aufgabe, ihre Bedingungen und Wirkungsgefüge auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene neu zu klären, Möglichkeiten einer gestaltenden Einflussnahme zu bestimmen und Gegenmodelle zu einem ökonomischen Europa zu entwikkeln. Dazu will der Kongress einen Beitrag leisten.
Termin: 20.-22.9.2001
Weitere Informationen unter
www.bundeskongress-soziale-arbeit.de
E-Mail: buko.sa2001@uni-mainz.de

FRAUEN

Theaterspiel & Sonnenbad
Die »frauenbühne« veranstaltet eine Woche Sommertheater
Gestaltungsfreude, Phantasie und Zeigelust sind Trumpf in diesem workshop, der jeder Teilnehmerin die Möglichkeit bietet, mindestens eine Bühnenfigur zu erarbeiten. Diese werden in einem abschließenden Spiel einem interessierten Publikum vorgestellt.
Termin: 2. bis 9.8.2001, Pommmerby (Ostsee), Gasthof »Möve Jonathan«
Information & Anmeldung:
frauenbühne hamburg e.V.,
Beerenweg 1, D-22761 Hamburg
☎(0 40) 85 35 26 25 (Mi-Fr 15-19 Uhr)

RADIKAL REISEN

Südafrika
Kapstadt und Durban
Südafrika vom Apartheidstaat zur Rainbow Nation
Nun ist in Südafrika seit den ersten demokratischen Wahlen 1994 einige Zeit vergangen. Die Gallionsfigur der Versöhnung, Nelson Mandela, ist abgetreten, die Programme des ANC haben sich gewandelt. Starteten sie Anfang der 90er Jahre noch mit sozialistischen Ansätzen, so liest sich das heutige Wirtschaftsprogramm neoliberal. Es bleibt abzuwarten, was aus der politischen Dreierallianz zwischen dem ANC, dem Dachgewerkschaftsverband COSATU und der kommunistischen Partei Südafrikas wird. Die hieraus resultierenden politischen Perspektiven werden wir in Durban und Kapstadt mit verschiedenen Organisationen diskutieren. U.a. werden wir uns mit der StudentInnenorganisation SASCO, einem selbstverwalteten lokalen Radiosender in Durban, sowie der Frauengewerkschaft SEWU treffen. Auch für ein Kennenlernen der kulturellen Besonderheiten wird neben diesem politischen Programm Zeit verbleiben.
Termin: 30.9.-14.10.2001
Kosten: 1.650 DM

Frankreich
Vivent ... les réformes radicales?
Die französische Regierung bestehend aus Sozialisten, Grünen und Kommunisten ist im Vergleich zu derjenigen in England und der BRD die erfolgreichste. Sie gilt als sozialste. Gleichwohl sind ihre Beiträge zu Privatisierung von Unternehmen und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse erheblich. Und die finstere Linie gegen Einwanderer und Flüchtlinge (Sans-Papiers) wird, abgesehen von einigen Schönheitskorrekturen, ebenfalls fortgesetzt. Doch bleibt – anders als in der BRD – in beiden bereichen sozialer Protest keine Fehlanzeige. Hier wollen wir uns umtun, nicht zuletzt in Paris.
Termin: 3.-10.10.2001
Kosten: ca. 450 DM

Ungarn
Nach Budapest? Immer rechts halten!
Seit 1998 regiert in Ungarn eine rechtsregierung unter Führung der FIDESZ-MPP (Ungarische Bürgerpartei). Regierungschef Orbán koaliert seitdem mit der radical arrizipanistischen und antisemitischen Partei der Kleinbauern und Bürger. Wir wollen herausfinden, welche Folgen diese Regierungskonstellation für Juden und Sinti und Roma hat. Weiterhin werden offen die südlichen Landesgrenzen zur jugoslawischen Provinz Vojvodina, mit ca. 30% ungarischer Minderheit, zur Disposition gestellt. Im Gespräch mit verschiedenen Gruppen wollen wir die Folgen für die regionale Stabilität diskutieren.
Termin: 29.12.2001-02.01.2002
Kosten: ca. 400 DM
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen / Junge Linke,
Rosa-Luxemburg-Str. 19, D-10178 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 66
E-Mail: jdjlbgs@aol.com
Hier gibt es auch Infos zu weiteren Reisen

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM (40 Euro) (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.